

# Deutschland ist pleite - was nun?

Die hohe Verschuldung von Deutschland ist schon lange bekannt. Viel wurde darüber gesagt und geschrieben, doch effektiv hat noch keine Bundesregierung darauf reagiert. Die Krise in Griechenland hat viele zum ersten Mal wirklich aufgerüttelt. Die Gefahr eines Staatsbankrotts war vielen vorher zu weit weg, jetzt wurde es plötzlich real. Es gibt seitdem viele Absichtserklärungen und seit neuestem auch ein tolles Sparpaket. Helfen wird uns aber weder das eine noch das andere. Die Staatsschulden Deutschlands belaufen sich aktuell auf 1,7 Billionen Euro (Quelle: <http://www.steuerzahler.de>). Das sogenannte Sparpaket soll nicht etwa zum Schuldenabbau beitragen, noch nicht einmal zu einem ausgeglichenen Haushalt.

Das nicht gerade ehrgeizige Ziel ist es, den Schuldenzuwachs etwas abzubremsen. Doch die Koalition aus CDU und FDP scheiterte schon fast an diesem Minimalziel der Schuldenbekämpfung. Die FDP unter Westerwelle präsentiert sich als eindimensionale Steuersenkungspartei. Trotz horrender Staatsschulden setzte sie eine Steuererleichterung für Hoteliers durch - schließlich gab es von dieser Seite aus ja umfangreiche Parteispenden. Kaum kam die Meldung raus, dass Deutschland nicht ganz so viele Schulden wie erwartet macht, wurde der Ruf seitens der FDP nach weiteren Steuersenkungen laut. Einzelne Lichtblicke bei der FDP wie die gute Arbeit der Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger oder die Verhinderung von überflüssigen Subventionen an Opel gehen im sonstigen Koalitionschaos unter.

Regierungen denken oft nur kurzfristig bis zur nächsten Wahl. Hier ein paar Steuergeschenke an die Wähler, da eine Subvention für den spendenfreudigen Lobbyisten. Die Schuldenkrise ist jedoch ein sehr langfristiges Problem, das mit der üblichen Verteilungspolitik nicht zu lösen ist. Die Wähler wollen zwar Einsparungen, aber nicht bei sich selber. Doch gerade Griechenland hat viel dazu beigetragen, den Ernst der Lage deutlich zu machen. Griechenlands Krise ist vielleicht unsere Rettung. Es gibt den Politikern Argumentationshilfe und vermehrt die Sparbereitschaft in der Bevölkerung. Ein ausgewogenes und durchdachtes Sparpaket wäre der Bevölkerung durchaus zu vermitteln. Das Sparpaket der Bundesregierung ist jedoch weder ausgewogen noch wirklich durchdacht. Es wirkt wie ein liebloses Sammelsurium von Einzelmaßnahmen. Viele davon liegen im Ungefähren. Oder was sind „5,7 Milliarden Euro

Einsparungen durch globale Minderausgaben“? Die meisten Einsparungen gibt es bei der wachsenden Unterschicht, besonders bei den ALGII-Empfängern.

Die Sozialausgaben sind der größte Haushaltsposten und daher Einsparungen hier auch durchaus sinnvoll. Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum das Sparpaket dermaßen einseitig ist. Das Elterngeld für Bezieher von ALGII wird gestrichen (bzw. auf's ALGII angerechnet, was das Gleiche ist) und sie bekommen keine Rentenbeiträge mehr gezahlt. Besonders der Verlust des Elterngeldes dürfte viele Familien mit Leistungsbezug schwer treffen. Einsparungen im Sozialbereich sind trotzdem notwendig. Wenn man an oft sinnlose Qualifizierungsmaßnahmen oder ABM-Stellen denkt, fragt man sich aber, warum als erstes bei den Familien gespart wird.

Natürlich würde sich die Arbeitslosenquote plötzlich erhöhen und die wahre Arbeitslosigkeit nicht mehr so stark verschleiert sein. Warum bekommt die MillionärsGattin weiterhin Elterngeld (Ich weiß, so viele MillionärsGattinnen gibt es nicht, aber man kann hier jeden gut bezahlten Beruf einsetzen und ich wollte keine Berufsgruppe per se diskriminieren.)? Wäre das Elterngeld komplett abgeschafft worden, hätte es größere Einsparungen gegeben und gleichzeitig wäre das Sparpaket sozial gerechter geworden. Eine sogenannte Reichensteuer ist natürlich auch nicht im Sparpaket enthalten, obwohl die Reichen von der Krise weniger betroffen sind als der Rest der Bevölkerung. Einsparpotential gibt es auch bei den Subventionen, doch hier finden sich starke Lobbygruppen beim Verteidigen ihrer Privilegien. Es gibt auch einzelne gute Punkte im Sparpaket, so wie die Steuer auf Brennelemente.

Grundsätzlich ist ein Atomausstieg begrüßenswert, doch die Steuer + längere Laufzeiten ist ein akzeptabler Kompromiss. Die Atomlobby muss sich dann wenigstens teilweise an den Kosten beteiligen, die ihr „billiger Strom“ dem Steuerzahler aufgebürdet hat. Die Steuer ist angesichts der Gewinne der Energiekonzerne nicht sehr hoch. Der Widerstand der Atomlobby gegen die Steuer aber ist massiv, trotz des Zugeständnisses von längeren Laufzeiten. 2,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr sind geplant, doch ob sich am Ende nicht die Atomlobby durchsetzt, ist noch offen. Das Sparpaket ist kein großer Wurf und ist weder sozial gerecht noch ausreichend zur langfristigen Verbesserung der Haushaltslage. Was wir brauchen ist eine Regierung, die ein wirkliches Sparpaket durchsetzen könnte, wenn sie irgendwo Mut und Kraft findet, sich wirklich gegen die Lobbyisten jeglicher Art durchzusetzen.

---

# Faustus-Debatte in der SED-Kulturpolitik der 50er Jahre

## Inhaltsverzeichnis

### 1. Einführung

### 2. Hauptteil

#### 2.1 Historischer Hintergrund - Musik in der DDR

#### 2.2 Hanns Eislers „Johann Faustus“ und die Faustus-Debatte

### 3. Fazit - Die kulturpolitische Konfrontation

### 4. Literaturverzeichnis

## 1. Einführung

„Hübsch provokant ist ja das Ganze [...]“<sup>[1]</sup>, antwortete Thomas Mann im November 1952 dem Komponisten Hanns Eisler auf seinen Textentwurf des Librettos „*Johann Faustus*“. Diese Bemerkung scheint dabei repräsentativ für die gesamte musikwissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Werk Eislers in der Öffentlichkeit der DDR. Welches Ausmaß diese unkonventionelle Faust-Interpretation auf die Kulturpolitik der DDR wirklich haben sollte und welche Reaktionen durch diesen Text ausgelöst wurden, konnte Thomas Mann dennoch nicht einmal ansatzweise ermessen. Ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler entbrannte 1953 am Beispiel dieses Entwurfs eine der grundlegendsten Diskussionen über die künstlerische Verwendung und Verwertung des Werks Goethes. Die, unter dem Namen *Faustus-Debatte* bekannt gewordene, Konfrontation spiegelt die elementare Diskrepanz zwischen einer freien künstlerischen Interpretation des klassischen Erbes auf der einen Seite und der Vorgaben der SED in der Klassikrezeption auf der anderen Seite wider. Der Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Essays soll jedoch keine inhaltliche Analyse der Oper Eislers darstellen, sondern eine nähere Betrachtung des dazugehörigen öffentlichen Diskurses. Inwieweit verfolgte die *Faustus-Debatte* literarische oder politische

Intentionen? Welche Bedeutung besaß diese Auseinandersetzung im Rahmen der angestrebten Kulturpolitik der DDR und welche tatsächlichen Absichten verfolgte Eisler mit seinem Libretto? Ziel des Essays ist es, unter Berücksichtigung der vielseitigen Hintergrundinformationen, die *Faustus-Debatte* aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und in die Politik der SED der 50er Jahre einzuordnen.

## **2.1 Historischer Hintergrund - Musik in der DDR**

In den Gründungsjahren der Deutschen Demokratischen Republik kennzeichnete die SED, neben der Orientierung nach sowjetischem Vorbild, auch die „besondere Pflege des 'klassischen' Kulturguts“[\[2\]](#) als einen wesentlichen Eckpfeiler ihrer Kulturpolitik. Nachdem die Geschichtspolitik der DDR zunächst durch eine pessimistische Sicht auf die deutsche Vergangenheit gekennzeichnet war, wurde die verfolgte „*Misere-Theorie*“ ab 1950 stückweise zurückgenommen. Die „Lasten des deutschen Versagens“[\[3\]](#) wogen zu schwer auf dem jungen Geschichtsbewusstsein der Deutschen Demokratischen Republik. Innerhalb der Umstrukturierung und Umgestaltung aller Lebens- und Arbeitsbereiche nach einer positiven programmatischen Linie der Einheitspartei, wurden auf der Basis des sozialistischen Realismus Dogmen in Kraft gesetzt, die einen Rückgriff auf die Klassik postulierten. Auf welche Art und Weise die Auseinandersetzung mit den traditionellen nationalen Errungenschaften gestaltet werden sollte, wurde jedoch klar vorgegeben. Aus der absoluten Mustergültigkeit der Vorgaben und ihrer bedingungslosen Deutungsvariationen resultierte geradezu eine Entpolitisierung und Instrumentalisierung der Kunst für die politischen Intentionen der SED in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz. Warum aber wählte die DDR gerade die deutsche Klassik als einen ihrer zentralen „Gründungs- und Orientierungsmythen“[\[4\]](#)?

In erster Linie hatte die SED durch den Verweis auf die deutsche Historie und Tradition die unvergleichliche Gelegenheit, sich aus der Vergangenheit heraus in der Gegenwart zu legitimieren. Dadurch stieß sie nicht nur auf große Zustimmung bei der Bevölkerung, die sich eher von nationalen als von sowjetischen Vorbildern angesprochen fühlte. Zudem konnte sie, Bezug nehmend auf die klassischen deutschen Ideale, ihre eigenen kulturpolitischen Vorstellungen verbreiten. Die Verflechtung der deutschen Klassik mit der Programmatik der DDR beinhaltete aber auch politische Brisanz. Der gemeinsame

historische Hintergrund wurde auch in der Konfrontation der Bundesrepublik mit der DDR aufgegriffen. Im Kampf um die Rechtmäßigkeit des eigenen deutschen Staates wurde die „Geschichte als Waffe“[\[5\]](#) eingesetzt. Im Mittelpunkt des „Klassikzentrismus“[\[6\]](#) standen dabei die Werke Johann Wolfgang von Goethes und Friedrich Schillers. Durch die aufwendigen Inszenierungen des Goethe-Jahres 1949 und des Schiller-Jahres 1955 versuchte die SED einen nationalen Enthusiasmus in der gesamten Bevölkerung auszulösen.

Die scheinbar grenzenlose, von der Parteispitze angeordnete, Begeisterung gipfelte darin, dass Goethe zum „Taufpaten der DDR“[\[7\]](#) ernannt wurde und der Ausspruch „Schon Goethe“[\[8\]](#) zu einem Schlachtruf in der Kulturpolitik dieser Zeit avancierte. Schlüsselbegriffe, wie Nationalität, Sozialismus und Identität, wurden eindrucksvoll aus den berühmten Stücken des deutschen Dichters herauskristallisiert. Dabei wurde die Figur des Doktor Faustus zu einem positiven Helden stilisiert, der als Vordenker und Visionär einer sozialistischen Staatsform umgedeutet wurde.

## **2.2 Hanns Eislers „Johann Faustus“ und die Faustus-Debatte**

Hanns Eisler gilt als einer der bedeutendsten Komponisten der Deutschen Demokratischen Republik. Er arbeitete an vielen musikalischen Kompositionen, Büchern und Zeitschriftenartikeln, die sich überwiegend großer Beliebtheit erfreuten. Außerdem arrangierte Eisler die Musik für die Nationalhymne des sozialistischen Staates, für die er im Oktober 1950 den Nationalpreis I. Klasse der DDR erhielt. Deswegen scheint es aus der heutigen Perspektive besonders interessant, dass Hanns Eisler mit dem Stück „*Johann Faustus*“ für eine Oper berühmt geworden ist, bei der die Musikbegleitung nie von ihm komponiert wurde. Diese „Oper ohne Musik“[\[9\]](#) wurde 1952 publiziert und löste im darauf folgenden Jahr eine große kulturpolitische Welle der Kritik im SED-Regime aus. Um diese Reaktionen beurteilen zu können, wird im Folgenden kurz auf den Inhalt des Librettos eingegangen. Eisler projiziert die Figur des Goethe'schen Faust in die Zeit nach dem Deutschen Bauernkrieg, der 1524/25 immense Auswirkungen auf Deutschland besaß.

Im 16. Jh. konnten und wollten die Bauern die Repressalien der herrschenden Feudalgesellschaft nicht mehr länger hinnehmen und forderten ihre eigenen Rechte. Weiterhin greift Hanns Eisler die Rolle der beiden Kontrahenten Martin Luther und Thomas Müntzer für die damalige Zeit auf. Während Müntzer die

Aufstände der Bauern unterstützte, war Luther entschieden gegen diese Art und Weise, seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Im ersten Akt des Stückes schließt Faust, der aus einer Bauernfamilie stammt, ein Abkommen mit Mephisto, um den unerträglichen Erinnerungen des Verrates an seinen Mitmenschen und seiner Untätigkeit in den Bauernaufständen entfliehen zu können. Im Gegenzug dazu erhält der Teufel Pluto, als Auftraggeber Mephistos, Fausts Seele. Beide reisen im zweiten Akt, gemeinsam mit Fausts lebenslustigem Diener Hanswurst, nach Atlanta in die USA.

Doktor Faustus muss jedoch mit seiner Gefolgschaft erneut nach Wittenberg fliehen, nachdem seine Affäre mit der Hofdame und seine Verwicklungen in den Deutschen Bauernkrieg aufgedeckt wurden. Im dritten und letzten Akt verfällt Faust zunehmend in Depressionen. Seine steigende Anerkennung in der Öffentlichkeit divergiert zu den eigenen Empfindungen, Schuldgefühlen und Leistungen. So bekommt er im Höhepunkt der Oper Eislers für seine „ideologische Hilfe während der Bauernunterdrückung“[\[10\]](#) eine weitere Doktorwürde verliehen, obwohl die tatsächlichen Taten des Faust im völligen Kontrast dazu stehen. Die Gegensätzlichkeit zwischen Luther und Müntzer während und unmittelbar nach dem Deutschen Bauernkrieg greift der Komponist in seiner literarischen Gestaltung auf, indem sich Faust, als bekennender Anhänger Müntzers, am Ende des Librettos Luther zuwendet und ihn umarmt.

Im Zentrum des Entwurfs Eislers steht jedoch nicht der Verrat des Doktor Faustus an seinem gesamten Umfeld, sondern vielmehr die negativen Konsequenzen aus seinen Handlungen. Genau diese pessimistische, zwiespältige und zweifelnde Darstellung des Protagonisten in dem Werk von Hanns Eisler ist der Ausgangspunkt für die Kritiken der SED-Kulturpolitiker. Die intensive Auseinandersetzung der geisteswissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit der DDR mit dem Werk „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler basiert im Kern auf drei Diskussionsrunden, die von Mai bis Juni 1953 in der Akademie der Künste in Berlin veranstaltet wurden. Wortführer der *Faustus-Debatte* waren Alexander Abusch und Wilhelm Girnus aus den Reihen der SED. Alexander Abusch, der zur damaligen Zeit Bundessekretär des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung war, gilt als inoffizielles Mitglied des Ministeriums für Staatssicherheit. Wilhelm Girnus verfügte, als ein Mitglied der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten und als stellvertretender Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, über einen großen Wirkungsbereich in der

programmatischen Gestaltung kultureller Angelegenheiten der DDR-Regierung. Zu den weiteren Teilnehmern der so genannten „*Mittwochsgesellschaften*“ gehörten aber auch Autoren, Komponisten, Literatur- und Theaterwissenschaftler, wie Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Helene Weigel, Walter Felsenstein und Johannes Becher.

Ausgangspunkt der ersten „*Mittwochsgesellschaft*“ am 13. Mai 1953 waren die Aufsätze „*Faust - Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?*“ von Alexander Abusch und „*Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte*“ vom Redaktionskollegium des *Neuen Deutschland*. Ganz im Sinne des Klassikmythos und der Goethe-Rezeption der DDR stellt Alexander Abusch in der Diskussion Faust als einen „großen positiven Helden des klassischen deutschen Nationaldramas“[\[11\]](#) dar, der die „Tragödie des inneren deutschen Freiheitskampfes“[\[12\]](#) repräsentiert, sinngemäß zu den Anschauungen von Friedrich Engels und Karl Marx. Im gleichen Atemzug verweist Abusch auf die Arbeit von Eisler, der „bisher noch nicht tief genug die Grundfragen unseres patriotischen Kampfes durchdacht und deshalb auch noch nicht eine echte Beziehung zu dem großen Erbe unserer Nationalliteratur“[\[13\]](#) aufgebaut hat. Der Kritiker erkennt zwar die Ideen Hanns Eislers an, erklärt aber, dass die negative Darstellung des Goethe'schen Faust, als eine zentrale nationale Heldenfigur der DDR, dem klassischen Werk und der vorgegebenen Lesart nicht gerecht werden kann. Wilhelm Girnus beschreibt den „*Johann Faustus*“ von Eisler in strikter Abgrenzung zu seinen anderen Arbeiten, die große Zustimmung im SED-Regime erhielten. Er schließt seine Ausführung damit ab, dass die Figur des Faust in dieser Interpretation „pessimistisch, volksfremd, ausweglos, antinational“[\[14\]](#) ist und somit abzulehnen ist. Eine der wenigen befürwortenden Stimmen in diesem Diskurs war der Beitrag „*Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg*“ von Ernst Fischer.

Diese positive Rezension des Librettos wurde bereits ein halbes Jahr vor der öffentlichen Auseinandersetzung publiziert. Aufgrund von zum Teil provokativen Formulierungen, wie der Beschreibung des „deutschen Humanisten als Renegaten“[\[15\]](#) oder der Faust-Figur als „Zentralgestalt der deutschen Misere“[\[16\]](#), bot der Artikel für die Kritiker dieser Faust-Inszenierung viele Angriffspunkte. Nicht nur, dass die Gegner des „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler in diesem Text Bestätigung ihrer Vorwürfe fanden, auch der Autor Ernst Fischer selbst rückte in das Blickfeld der Diskutanten. Im Verlauf der nächsten

beiden „Mittwochsgesellschaften“ wurde Eisler die Gelegenheit dazu gegeben, sich zu rechtfertigen. Des Weiteren beteiligten sich einige Förderer des Librettos an der Debatte, wie Bertolt Brecht und Arnold Zweig. Dessen ungeachtet war der Anteil der kritischen Stimmen deutlich größer, als der der Befürworter. Kurz vor der dritten und letzten Diskussionsrunde wurden im *Neuen Deutschland* zudem Leserbriefe abgedruckt, die Aufsehen erregend ihre Ablehnung gegenüber dem Werk Eislers Ausdruck verleihen sollten. So illustrieren „vier ‚Werkstätige‘[...] ihre ‚Empörung‘ gegen ‚eine so frivole Verhöhnung des vielleicht genialsten und dem deutschen Volke teuer gewordenen Meisterwerkes“[\[17\]](#).

Nicht nur der Wahrheitsgehalt und die Urheber der Zeitungsbeiträge sind zu hinterfragen, sondern auch ihr Publikationsort im *Neuen Deutschland*. Schließlich endeten die drei „Mittwochsgesellschaften“ mit dem Verbot der Oper „*Johann Faustus*“ und dem Rückruf der noch nicht verkauften Exemplare des Textentwurfes zur Einlagerung in den Kommissions- und Großbuchhandel in Leipzig. Nach dem Abschluss der *Faustus-Debatte* zog sich Hanns Eisler nach Wien zurück. Enttäuscht über die Ablehnung seines Werkes, beendete er die Arbeit an seiner Interpretation des Faust, ohne die dazugehörige Musik zu seiner Oper komponiert zu haben. Schon im Oktober 1953 bat er die SED um Erlaubnis, wieder in die DDR zurückzukehren. Die Zustimmung von der Parteiführung wurde Eisler erst 1955, also rund zwei Jahre später, erteilt. Das Libretto „*Johann Faustus*“ wurde nach einigen erfolglosen Versuchen erst 1982 durch das Berliner Ensemble in der DDR uraufgeführt. Nach einer Vertonung des Textes durch Friedrich Schenker konnte das Stück Eislers erst 2004 in Kassel verwirklicht werden, als Oper mit musikalischer Begleitung.

### **3. Fazit - Die kulturpolitische Konfrontation**

Bei der Einordnung der *Faustus-Debatte* in die Kulturpolitik der DDR wird schnell deutlich, dass die negative Darstellung des Protagonisten nicht der damaligen programmatischen Klassikrezeption entsprach. Kaum hatte Walter Ulbricht 1952 endgültig die „*Misere-Theorie*“ revidiert und an das nationale Bewusstsein der Bevölkerung appelliert, publizierte Hanns Eisler seinen „*Johann Faustus*“. Während die DDR gerade einen unvergleichlichen „geschichtspolitischen Schöpfungsakt“[\[18\]](#) von einer pessimistischen und hoffnungslosen zu einer vaterlandsliebenden und optimistischen Konfrontation mit der Vergangenheit vollzog, illustrierte Eisler einen Faust, der das genaue Gegenteil zu all diesen Bestrebungen darstellte. Verdeutlicht man sich diesen Sinnzusammenhang,



musste das Libretto des Komponisten unabwendbar auf großen Widerspruch treffen.

Welche Bedeutung aber besaß die *Faustus-Debatte* für die SED-Politik? Zunächst wurde an dem Werk Eislers ein Exempel statuiert. Sein „*Johann Faustus*“ entsprach nicht den Richtlinien und musste folglich geahndet werden. Die *Faustus-Debatte* konzentrierte sich jedoch nicht allein auf Hanns Eisler. Auch Befürworter dieses Stückes, wie Ernst Fischer und Bertolt Brecht, gerieten in die Kritik der Teilnehmer der „*Mittwochsgesellschaften*“. Zudem fand nicht nur eine politische, sondern auch eine detaillierte literarische Auseinandersetzung mit dem Textentwurf Hanns Eislers statt. Des Weiteren dienten die Diskussionsrunden auch dazu, sich des politischen Standortes des Autors zu vergewissern. Denn Hanns Eisler war kein Parteimitglied, hatte mehrere Jahre in den USA verbracht und besaß dadurch noch viele internationale Kontakte. Außerdem bildeten einige seiner Melodien, die er zu Liedtexten von Ernst Busch verfasst hatte, die Grundlage für Jazz-Stücke und fielen somit in der DDR dem ‚Formalismusvorwurf‘ zum Opfer.

Überdies war einer seiner größten Sympathisanten Bertolt Brecht, der mit seiner eigenen Faustinterpretation auch in die Kritik der DDR geraten war. Gemäß der Staatspolitik der SED gehörte Eisler zu einem Personenkreis der kulturellen Öffentlichkeit, der zwangsläufig unter engerer Beobachtung stand. Beschäftigt man sich mit der Musik im SED-Regime von 1949 bis 1969 näher, kristallisieren sich zwei Charaktere der musikalischen Elaborate heraus: „DDR-Musik und Musik aus der DDR“[\[19\]](#). Auch wenn der Unterschied zwischen beiden Intentionen hauchfein scheint, ist er für die Bewertung der *Faustus-Debatte* von enormer Aussagekraft. Die Musiker in der DDR zerteilten sich in zwei Lager. Auf der einen Seite standen diejenigen, die sich mit der vorgegebenen Klassikrezeption der Kulturpolitik arrangierten und teilweise auch identifizierten. Diesen Künstlern standen Musiker gegenüber, die sich innerhalb ihres Schöpfungsprozesses nicht von der SED-Programmatik beeinflussen ließen. Das Bemerkenswerte an dieser Differenzierung ist, dass alle Künstler auf ihre Art und Weise versuchten, mithilfe ihrer Arbeit einen Beitrag zum Aufbau des sozialistischen deutschen Staates zu leisten. Somit sind die Musiker, die ungeachtet vorgegebener Normen komponierten, nicht sofort als Gegner der DDR zu verstehen, sondern einzig und allein als Kritiker ihrer „staatlichen Pseudomusikästhetik“[\[20\]](#). Zu diesen Künstlern zählt Hanns Eisler.

Als ein bekennender Kommunist mit der Wahlheimat DDR, versucht er seiner künstlerischen Freiheit und Kreativität Ausdruck zu verleihen – ohne jedoch die vorgegebenen politischen Paradigmen zu berücksichtigen. Der Übergang zwischen einfachem Experimentieren mit allen möglichen Mitteln und deren Verwirklichung im legalen Rahmen der SED-Bestimmungen scheint fließend zu sein. Auf der anderen Seite muss sich Eisler der Bedeutung seiner Publikation bewusst gewesen sein, wenn er die Entwicklung in der Kulturpolitik der DDR verfolgt hatte. Als ein renommierter und gefeierter Komponist konnte er großen Einfluss auf die kulturelle Gestaltung des neuen deutschen Staates ausüben. Welche Absichten verfolgte er also mit seinem Opernlibretto? Unterstellt man der Konzeption des „*Johann Faustus*“ politische Motive, so muss die inhaltliche Umsetzung des Goethe-Klassikers eindeutig als Verstoß gegen die propagierte Klassik-Rezeption gewertet werden. Kontrastiert man diese Hypothese mit der Arbeitsweise von freien Künstlern, kann man schließlich keine eindeutige Antwort auf die Frage geben.

Nicht nur die Intentionen Hanns Eislers bleiben undurchsichtig, sondern auch die der Mitstreiter in der *Faustus-Debatte*. Da die Kulturpolitik in den ersten Jahren der SED-Herrschaft zum Aufgabenbereich der Parteispitze gehörte und noch nicht über das Ministerium für Staatssicherheit kontrolliert wurde, sind auch die Absichten der Diskutanten essentiell für eine Beurteilung des Entscheidungsprozesses. Welche Rolle spielte eigentlich Alexander Abusch bei der Diskussion? Als Urheber der „*Misere-Theorie*“ hätte er doch diesen schwermütigen Zugang zum Goethe'schen Faust als einen letzten Versuch der Umsetzung seiner Theorie unterstützen können. Doch Abusch, der genau in diesem Zeitraum unter näherer Beobachtung der SED stand, versuchte höchstwahrscheinlich in der *Faustus-Debatte* seine Parteitreue zu demonstrieren. Köster illustriert, dass Abusch vormittags über die richtige Faust-Interpretation diskutierte und sich nachmittags in geheimen Befragungen behaupten musste. Für Wilhelm Girnus hingegen scheint die Debatte eine Herzensangelegenheit. Für ihn war Goethe die Verkörperung alles Positiven und der Hoffnung, die ihm angeblich dabei geholfen hat, die Zeit im KZ Sachsenhausen zu überstehen. Insgesamt ist die *Faustus-Debatte* als Ausdruck einer literarischen und kulturpolitischen Konfrontation mit dem Klassiker J. W. von Goethes zu werten.

Die Kulturpolitiker, welche individuellen Beweggründe sie auch dazu bewogen haben mögen, mussten bezüglich der Zuwiderhandlung der musikalischen

Doktrin der SED-Regierung reagieren bzw. Stellung beziehen. Insofern stellen die „Mittwochsgesellschaften“ und das Verbot der Oper eine unverkennbare und einschneidende politische Einflussnahme auf das Libretto „*Johann Faustus*“ dar. Letztendlich sind die systemkritischen Beiträge von Hanns Eisler und Bertolt Brecht in den 50er Jahren Einzelfälle und scheinen somit keinen großen Einfluss auf die kulturelle Entwicklung der DDR, abseits politischer Programmatik, gehabt zu haben.

#### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

Abusch, Alexander: Faust – Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 47-61.

Betz, Albrecht: Hanns Eisler. Musik einer Zeit, die sich eben bildet, hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold, München 1976.

Dietrich, Gerd: „Die Goethepächter“. Klassikmythos in der Politik der SED, in: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, hrsg. v. Lothar Ehrlich/ Gunther Mai, Köln/ Weimar/ Wien 2000, S. 151-174.

Eisler, Hanns; Mann, Thomas: Briefwechsel über „Faustus“, in: Sinn und Form. Beiträge zur Literatur – Sonderheft Hanns Eisler, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste, Berlin 1964, S. 246-247.

Fischer, Ernst: Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg. Auszüge aus dem Essay zu Hanns Eislers Faust-Dichtung, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 21-36.

Köster, Maren: Negative und positive Helden? Probleme der Rezeption der Faustus-Debatte, in: Hanns Eislers »Johann Faustus«. 50 Jahre nach Erscheinen des Operntextes 1952. Symposium, hrsg. v. Peter Schweinhardt, Wiesbaden 2005, S. 95-108.

Neues Deutschland, Redaktionskollegium: Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991,

S.91-101.

Schebera, Jürgen: Nachbemerkung. Oper ohne Musik, in: Johann Faustus, Hanns Eisler, Leipzig 1996.

Tischer, Matthias: Musik aus einem verschwundenen Staat, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 1-11.

Wißmann, Friederike: Klassik als Auftrag und Selbstentwurf - Faust-Vertonungen in der DDR, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 152-165.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

Fußnoten:

[1] Mann, Thomas: Briefwechsel über „Faustus“, in: Sinn und Form. Beiträge zur Literatur - Sonderheft Hanns Eisler, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste, Berlin 1964, S. 247.

[2] Wißmann, Friederike: Klassik als Auftrag und Selbstentwurf - Faust-Vertonungen in der DDR, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 152 - 165, hier S. 152.

[3] Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, S. 67.

[4] Dietrich, Gerd: „Die Goethepächter“. Klassikmythos in der Politik der SED, in: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, hrsg. v. Lothar Ehrlich/ Gunther Mai, Köln/ Weimar/ Wien 2000, S. 151 - 174, hier S. 151.

[5] Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 71.

[6] Wißmann, Klassik als Auftrag und Selbstentwurf, S. 160.

[7] Dietrich, Gerd, „Die Goethepächter“, S. 160.

[8] Wißmann, Klassik als Auftrag und Selbstentwurf, S. 153.

- [9] Betz, Albrecht: Hanns Eisler. Musik einer Zeit, die sich eben bildet, hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold, München 1976, S. 191.
- [10] Betz, Hanns Eisler, S. 195.
- [11] Abusch, Alexander: Faust - Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 47-61, hier S. 53.
- [12] Abusch, Faust - Held oder Renegat, S. 52.
- [13] Abusch, Faust - Held oder Renegat, S. 60.
- [14] Neues Deutschland, Redaktionskollegium: Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S.91-101, hier S. 101.
- [15] Fischer, Ernst: Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg. Auszüge aus dem Essay zu Hanns Eislers Faust-Dichtung, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 21 - 36, hier S. 27.
- [16] Fischer, Doktor Faustus, S. 27.
- [17] Zit. nach: Schebera, Jürgen: Nachbemerkung. Oper ohne Musik, in: Johann Faustus, Hanns Eisler, Leipzig 1996, S. 162.
- [18] Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 69.
- [19] Tischer, Matthias: Musik aus einem verschwundenen Staat, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 1-11, hier S. 7.
- [20] Tischer, Musik aus einem verschwundenen Staat, S. 8.
-

# NRW hat gewählt - Nichtwähler stärkste Kraft

Nun folgend eine kurze Wahlanalyse von uns zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Dabei interessiert weniger die zukünftige Machtverteilung, sondern wie viel Unterstützung die Parteien in der Bevölkerung tatsächlich haben (siehe auch: [Wieder Wahlen, wieder geschönte Zahlen?](#)). Die Wahlbeteiligung ist trotz des schlechten Ergebnisses bei der letzten NRW-Landtagswahl im Jahre 2005 weiter zurückgegangen. Die Wahlbeteiligung lag bei 59%.

Hier das vorläufige amtliche Wahlergebnis in Relation zu den Wahlberechtigten (Stand: 10. Mai):

<b>Nichtwähler:</b>	<b>41 % (+4 %)</b>
<b>CDU:</b>	<b>20,4 % (-7,81 %)</b>
<b>SPD:</b>	<b>20,3 % (-3 %)</b>
<b>Grüne:</b>	<b>7,1 % (+3,2 %)</b>
<b>FDP:</b>	<b>4 % (+0,1 %)</b>
<b>Linke</b>	<b>3,1 % (+2,5 %)</b>
<b>Sonstige</b>	<b>3,8 % (+0,2 %)</b>

Die CDU bricht dramatisch ein und nur rund jeder fünfte Wahlberechtigte in NRW machte bei der CDU ihr Kreuz. Auch die SPD muss sich mit einem ihrer schlechtesten Ergebnisse zufrieden geben. Mit der im Landtag neu vertretenen Linken und den Grünen hat die SPD jedoch neue Machtoptionen. 41 % haben keiner Partei ihre Unterstützung gegeben. Dem Status von Volksparteien werden CDU und SPD bald kaum noch gerecht. Beide Seiten konnten ihre Anhänger nur schwer mobilisieren. Für die kleinen Parteien sieht es tendenziell besser aus. Grüne und Linke können sich über Zugewinne freuen. Die FDP kann ihr Ergebnis halten. Die Linke hat mit ihrem Wahlergebnis den Einzug in den Landtag geschafft und wird für spannende Koalitionsverhandlungen sorgen.

Neben den Nichtwählern sind auch die Anhänger sonstiger Parteien nicht im Landtag präsent. Insgesamt konnten die sonstigen Parteien ihren Stimmanteil ausbauen. Die im Sinne einer stabilen Regierung sinnvolle 5 % Hürde verschärft

aber gleichzeitig das Problem einer schwindenden Repräsentation der Bevölkerung durch den Landtag. Eine knappe Mehrheit von 52 % der Wahlberechtigten wird vom neuen Landtag vertreten. Eine parlamentarische Mehrheit benötigt damit eine Unterstützung von etwas über 25 % der Wahlberechtigten. Die ständig sinkende Wahlbeteiligung ist Indiz für eine Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit der Parteien und muss sehr ernst genommen werden. Die Parteien müssen ihren Umgang mit den Bürgern überdenken.

Eine einfache Lösung gibt es sicherlich nicht. Mehr Bürgerbeteiligung, auch im Sinne von Volksentscheiden, wäre aber sicher eine sinnvolle Maßnahme.

---

# ACTA - Auseinandersetzungen gehen in neue Runde

**Basiert auf [ACTA - Geheimabkommen wird zu Politikum](#)**

Der Druck auf die ACTA-Verhandlungspartner hat teilweise gewirkt. Der aktuelle Entwurf der ACTA-Verhandlungen wurde nach über 3 Jahren Geheimniskrämerei endlich offen gelegt. Deutlich werden dabei mehrere Dinge: Der aktuelle Vertragstext wurde gegenüber den früheren Versionen, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, etwas entschärft. Klar wird aber auch, dass die bisherigen Geheimverhandlungen tatsächlich zum Ziel haben, die Grundregeln des Netzes neu zu definieren. Das Internet ist für viele Bereiche fast unentbehrlich geworden. Über die Regeln, auf denen das Internet basiert, sollte man also nicht im kleinen Kämmerlein entscheiden.

Hier ist eine breite Diskussion notwendig, an der sich nicht nur die Urheberrechtsindustrie beteiligt. Netzsperrungen gegen Urheberrechtsverletzer (also vermutlich 90% der heutigen Jugend) sind im aktuellen Vertragstext keine Verpflichtung mehr, die Sperrung wird jedoch weiterhin als geeignete Möglichkeit für die Vertragsstaaten aufgeführt. Auch sollen die Regelungen zum Schadensersatz verschärft werden. Die Höhe des Schadensersatzes wird dabei

auf dubiose Weise festgelegt, wobei sich wesentlich auf die Angaben des Rechteinhabers verlassen wird. Millionenstrafen für das Herunterladen weniger Lieder können also nach den neuen Richtlinien durchaus normal werden. Damit würde das amerikanische Zivilrecht mit seinen teils absurd hohen Strafen auch in Deutschland Fuß fassen können. Da auch die Anstiftung zur Urheberrechtsverletzung strafbar werden soll, würden die Gerichte nach einer solchen veränderten Rechtslage sicher viel zu tun bekommen.

Die Regelungen im Vertragsentwurf zielen vor allem auf die Provider ab. Sie sollen verpflichtet werden, bei vermeintlichen Urheberrechtsverletzungen gegen ihre Nutzer vorzugehen. Werden die Provider nicht selbst bei der Kontrolle und Überwachung ihrer Nutzer aktiv, sollen sie selber haftbar gemacht werden. Es ist vergleichbar mit einem Vermieter, der für die Handlungen seiner Mieter haftbar gemacht wird, wenn er nicht selber regelmäßig die Wohnungen durchsucht. Industrieverbände von Providern und Hightech-Firmen sehen durch die geplanten Regelungen ihre Geschäftsgrundlage in Gefahr und haben ihren Widerstand gegen ACTA angekündigt.

So sieht der weltgrößte Providerverband EuroISPA die Basis der modernen Informationsgesellschaft in Gefahr. Der CCIA (Computer and Communications Industry Association) hat scharfe Kritik an dem endlich veröffentlichten ACTA-Entwurf geäußert. In der CCIA sind unter anderem Firmen wie Microsoft, T-Mobile, Google, Nvidia und AMD vertreten. Da es auch für Journalisten, Blogger etc. keine Sonderregelungen gibt, müssen auch die Gefahren für die Meinungsfreiheit betrachtet werden. Veröffentlicht ein Enthüllungsjournalist Informationen, z. B. Dokumente einer gefährlichen Sekte, kann es für ihn nach den geplanten Regelungen äußerst schwierig werden. Seine Veröffentlichung im Netz kann schnell zivilrechtlich unterbunden werden, auch ohne langwierigen Prozess, in dem auch Aspekte wie Pressefreiheit berücksichtigt werden würden. Der Journalist muss dann unter Umständen sogar ruinösen Schadensersatz zahlen. Investigativer Journalismus wird somit behindert und damit ein Eckpfeiler der Demokratie. Während die harten US-amerikanischen Schadensersatzregelungen in den ACTA-Entwurf aufgenommen wurden, sind die amerikanischen Schutzvorschriften für Konsumenten und Journalisten „vergessen“ worden. Die Diskussion um ACTA hat nach der Veröffentlichung des aktuellen Entwurf gerade erst begonnen. Vieles ist noch in der Veränderung befindlich. Wir werden über die weiteren Entwicklungen berichten!



## Weiterführende Links:

- [Der ORF über ACTA](#)
  - [Artikel in der Zeit über den ACTA-Entwurf](#)
  - [Die Rechtsexpertin Gwen Hintze über ACTA](#)
  - [Der Kommentar der Piratenpartei zum ACTA-Entwurf](#)
  - [Natürlich hat auch Wikipedia Informationen zu ACTA parat](#)
  - [Entschluss des EU-Parlaments auf Offenlegung des Verhandlungsstandes](#)
  - [Ausführliche, aber nicht mehr ganz aktuelle Informationen vom Spiegel](#)
- 

# ACTA - Geheimabkommen wird zu Politikum

Seit 2007 finden Verhandlungen über ein multilaterales Handelsabkommen namens Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) statt. Wie sich jedoch immer deutlicher zeigt, sind diese Verhandlungen über die Bekämpfung von Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen politisch hochexplosiv. Die Verhandlungen zwischen den Teilnehmerländern, unter anderem EU(-Kommission), USA, Australien, Kanada und Korea, liefen von Anfang an unter äußerster Geheimhaltung ab. Während Vertreter der Wirtschaft beteiligt sind, werden Journalisten und Parlamente von den Verhandlungen bewusst ferngehalten. Jeder Teilnehmer musste eine Stillschweigevereinbarung unterzeichnen, keine Details des Vertrages bekannt zu machen. Die Reporter ohne Grenzen kritisieren daher zu Recht die „Verhinderung der demokratischen Debatte“. Das EU-Parlament forderte nun die Veröffentlichung des bisherigen Verhandlungsergebnisses. Doch worum geht es eigentlich?

Die Produktpiraterie ist ein ernstzunehmendes Problem für zahlreiche Industriezweige, allein 2008 wurden an den EU-Grenzen gefälschte Waren im Wert von 178 Millionen beschlagnahmt. Die steigende Zahl an Urheberrechtsverletzungen gilt in den betroffenen Branchen oft als ähnlich großes Problem. Deshalb soll die Kooperation zwischen den Ländern bei der

Bekämpfung von Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen verbessert werden. Dabei geht es unter anderem um die Schaffung neuer Gesetze zur Verwertung geistigen Eigentums. Wie sich gezeigt hat, ist dieses Thema in den meisten Teilnehmerländern umstritten, was erklärt, warum die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. So ist es nicht verwunderlich, dass entschiedenste Ablehnung seitens der Piratenpartei kommt, deren Kernforderungen nach Datenschutz und Liberalisierung des Urheberrechts dem Abkommen komplett entgegenlaufen. Auch im Bundestag formiert sich, angefangen bei Grünen und Linken, allmählich der Widerstand gegen die Intransparenz des ACTA-Abkommens.

Gerade auch das Aufkommen von Piratenparteien in fast allen Teilnehmerländern zeigt die allmähliche Formierung einer Gegenbewegung. Doch wie soll man es verstehen, wenn neue Gesetze unter Umgehung der Parlamente entwickelt werden? Natürlich müssten die Parlamente die Gesetze ratifizieren, jedoch immer unter dem Druck der internationalen Vereinbarungen. Zudem ist offen, ob ausreichende Zeit bleibt, um diese Gesetze ausführlich zu diskutieren. Trotz aller Geheimhaltung kursieren immer wieder Gerüchte und Unterlagen aus dem Umfeld der ACTA-Verhandlungen finden ihren Weg nach draußen. Mit solchen Informationen muss man vorsichtig sein, sie sind zur Zeit aber fast die einzigen Informationsquellen.

Nach diesen Informationen soll es an Flughäfen die Möglichkeit geben, ohne einen Verdacht MP3-Player, Laptops und Handys nach Urheberrechtsverletzungen zu durchsuchen. Dabei müssten natürlich auch die privaten Dateien durchsucht werden. Provider sollen für die Urheberrechtsverletzungen ihrer Kunden verantwortlich gemacht werden, was bedeutet, dass sie den kompletten privaten und geschäftlichen Datenverkehr ihrer Kunden überwachen müssten. Was normalerweise eine Straftat wäre, würde dann vorgeschrieben sein. Oder die äußerst umstrittene „Three-Strikes“-Regelung, nach der beim dritten Urheberrechtsvergehen, also z.B. dem Runterladen eines Liedes, der Internetzugang für den Betroffenen gesperrt wird, was in einigen Arbeitsbereichen einem faktischen Berufsverbot nahekommen würde. Unter dem stärker werdenden Druck reagieren auch allmählich die Beteiligten der ACTA-Verhandlungen und wenden sich gegen die zahlreichen „Gerüchte“. Konkrete Aussagen über den Verhandlungsstand gibt es aber immer noch keine.

Vom 12.-16. April tagt die 8. Verhandlungsrunde von ACTA in Neuseeland. Wie der Stand der Verhandlungen wirklich ist, kann kaum einer sagen: Dafür hat die strikte Geheimhaltung gut gesorgt.

---

# Der Riss der Generationen in den achtziger Jahren

## Inhaltsverzeichnis

### [1. Einführung](#)

### [2. Hauptteil](#)

#### [2.1 Die großen Alten und die mittlere Generation](#)

#### [2.2 Die Generation der Sprachveränderer](#)

#### [2.3 Reaktionen der Etablierten](#)

### [3. Schlussbemerkung](#)

### [4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

## 1. Einführung

Die Kulturpolitik der DDR bewegte sich in den Jahren ihrer Existenz zwischen Eiszeit und Tauwetter. Nach der seit 1965 besonders starr gewordenen kulturpolitischen Atmosphäre wurde zu Beginn der siebziger Jahre eine neue Ära in der Kulturpolitik eingeleitet. Honeckers Statement: „*Wenn man von der festen Position des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet von Kunst und Literatur keine Tabus geben*“<sup>[1]</sup>, wurde als Aufforderung in Richtung kultureller Freizügigkeit interpretiert.

Die SED-Führung bestimmte ab 1971 drei kulturpolitische Leitpunkte: Erstens die Anhebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung, zweitens die Förderung des sozialistisch-realistischen Kunstschaffens und drittens ein auf Vertrauen basierendes, kameradschaftliches Miteinander zwischen Partei und Kulturschaffenden. Das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Staatsführung und

Intelligenz erhielt jedoch spätestens 1976 tiefe Risse, denn die Ausbürgerung Wolf Biermanns wirkte massiv auf den größten Teil der Intellektuellen. Nach Werner Mittenzwei war Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre noch immer eine Stetigkeit bezüglich der DDR-Literatur auszumachen. Trotzdem kam es in dieser Zeit zu einer „*Veränderung im literarischen Kräftefeld*“<sup>[2]</sup>. Unter der jüngeren Autorengeneration machte sich Unbehagen gegenüber den renommierten Schriftstellern breit. Sie fühlten sich als „Randständige“ und warfen den kulturpolitischen Institutionen Vernachlässigungen vor. Die Werke dieser Autoren standen jedoch durchaus in Kontinuität zu den Veröffentlichungen anerkannter Schriftsteller, denn in der Einstellung zur DDR unterschied man sich kaum. Abweichend verhielt es sich mit der jüngsten Autorengeneration zu Beginn der achtziger Jahre. Diese neue Generation, welche die Traditionen der Vätergeneration radikal ablehnte, suchte nach einer neuen Ausdrucksform für ihre Unruhe, ihren Unmut und ihre Wünsche. Die sich vor allem in Berlin Prenzlauer-Berg, aber auch in Dresden-Neustadt oder Leipzig-Connewitz formierenden Gruppierungen suchten eine neue Ausdrucksweise, eine „*andere Sprache*“<sup>[3]</sup>. Es entstand eine andere Literatur, eine intuitive Literatur, deren Antrieb „*radikale Neusetzung*“<sup>[4]</sup> war. Verfechter dieser anderen Sprache waren Lutz Rathenow, Uwe Kolbe, Sascha Anderson, Bert Papenfuss-Gorek oder Rainer Schedlinski, um nur einige zu nennen. Diese Befreiungsversuche blieben nicht nur auf die jüngste Generation der Autorenschaft beschränkt. Auch Kulturschaffende in Theater, Film, Bildender Kunst oder Musik versuchten sich den staatlichen Vorgaben zu entziehen. Dieser Essay konzentriert sich jedoch auf den Riss der Generationen in den achtziger Jahren bezüglich der Autorenschaft und fragt, wie dieser zu erklären ist und sich äußerte.

## **2.1 Die großen Alten und die mittlere Generation**

Die verschiedenen Autoren-Generationen der DDR unterschieden sich insbesondere durch ihre geschichtliche Erfahrung. Die erste und somit älteste Generation war stark durch den Zweiten Weltkrieg geprägt, den viele von ihnen als Soldaten erlebten. Gezeichnet durch den erfahrenen Hitlerfaschismus und den zerstörerischen Krieg fiel es dieser Generation wohl kaum schwer, sich für einen radikalen Neuanfang im Sinne des Sozialismus einzusetzen. Die Hoffnung auf das neue System als „das Andere“, war in den Köpfen präsent. Den damals gegenwärtigen marxistischen Ideen entzog sich nur eine Minderheit. Auch wenn es schon nach kurzer Zeit Auseinandersetzungen zwischen den Kulturschaffenden

und der Parteiführung geben sollte, blieb die deutsche Kriegsvorgangenheit derjenige Punkt, an dem sich beide Seiten immer wieder trafen. Den Auftritt der zweiten Schriftsteller-Generation der DDR kann man – wie zumindest Uwe Wittstock schreibt – auf den Tag genau bestimmen. Wittstock datiert das Erscheinen dieser Generation auf den 11. Dezember 1962. An diesem Tag veranstaltete Stephan Hermlin an der Akademie der Künste in Ost-Berlin einen Lyrikabend. Dort wurden Gedichte und Texte mehrheitlich unbekannter Autoren vorgetragen, unter ihnen neben Wolf Biermann auch Volker Braun oder Sarah Kirsch. Dieser Lyrikabend schien zum politischen Skandal zu werden. Trotzdem, oder wohl genau deshalb, wurden diese neuen Schriftsteller ins Bewusstsein der Leute gehoben. Diese Autoren wurden durch Schule und Studium weitgehend durch den Sozialismus geprägt und betrachteten diesen auch als dasjenige System, in welchem sie ihr Leben bestreiten wollten. Gleichwohl gerieten sie durch ihr Nachdenken und ihre Kritik am Sozialismus in Konflikte mit der Staatsführung. Ihre Beschäftigung mit den kommunistischen Idealen, ihr Nachdenken über die Vorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaft stieß in der SED auf Widerstand. Trotz des ideologischen Streits um diese Generation von Autoren wurden ihre Werke nicht von allen Kulturfunktionären der DDR abgelehnt. So konnten ihre Arbeiten in Zeitschriften wie „Sinn und Form“ oder „Neue Deutsche Literatur“ gedruckt werden. Dem ungeachtet – wie Uwe Wittstock bestätigt – *„die politischen Anfeindungen, die jene Schriftsteller-Generation schon mit dem ersten großen Auftritt auf sich zog, überschatteten ihre Karriere weiter und sollten bis in die achtziger Jahre hinein nicht verstummen“* [5]. Auch wenn sich die kulturpolitische Situation durch den Antritt Honeckers 1971 für kurze Zeit entspannte, spitzte sich spätestens mit der Biermann-Ausbürgerung der Konflikt zwischen Schriftstellern und Partei wieder zu. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre verließen viele der ernstzunehmenden Autoren die DDR. Den Kulturfunktionären blieb noch die Hoffnung auf die jüngste Generation von Autoren. Diese wollte mit dem sozialistischen Staat jedoch kaum zu tun haben. Den Sozialismus in Deutschland betrachteten sie als wertlos und nicht als etwas, zu dem man sich positiv verhalten musste.

## **2.2 Die Generation der Sprachveränderer**

*„Nach den Weltveränderern kamen die Sprachveränderer.“* [6] In den sechziger und siebziger Jahren stand bezüglich der DDR-Literatur die Auseinandersetzung

zwischen dem Staat und seinen Bürgern im Zentrum. Die arrivierten Autoren bezogen in ihren Arbeiten fast ausschließlich Stellung für oder gegen den Sozialismus. Dies änderte sich zu Beginn der achtziger Jahre. Die jüngste Generation der um 1945 bzw. 1950 geborenen Schriftsteller unterscheidet sich ganz grundlegend von den älteren Jahrgängen. Diese Autoren, die oft als „*die Hineingeborenen*“<sup>[7]</sup> bezeichnet werden, haben die Jahre des Aufbaus nach dem Krieg, der sozialen und ökonomischen Veränderungen nicht bewusst erlebt. Sie wurden in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren entscheidend geprägt. Zu dieser Zeit hatte sich die DDR als Gesellschaftssystem bereits gefestigt. Die Jungen lehnten sich gegen überlieferte Doktrin auf und nahmen Gegenpositionen ein. Ihre Vorbilder waren Schopenhauer, Nietzsche, Sartre, Deleuze oder andere poststrukturalistische Theoretiker. Den älteren Jahrgängen wurde misstraut, da diese den Meinungs austausch scheuen würden. Volker Braun beispielsweise wurde für sie zu einer Gestalt, von der sie sich abzugrenzen versuchten. Brauns „*selbstquälerische, verzweifelt hoffende Dialektik*“<sup>[8]</sup> wurde als anstößig bezeichnet.

Heiner Müller beschrieb den offensichtlichen Bruch in den achtziger Jahren folgendermaßen: „*Die Generation der heute Dreißigjährigen in der DDR hat den Sozialismus nicht als Hoffnung auf das Andere erfahren, sondern als deformierte Realität. Nicht das Drama des Zweiten Weltkriegs, sondern die Farce der Stellvertreterkriege. Nicht die wirklichen Klassenkämpfe, sondern ihr Pathos, durch die Zwänge der Leistungsgesellschaft zunehmend ausgehöhlt. Nicht die große Literatur des Sozialismus, sondern die Grimasse der Kulturpolitik.*“<sup>[9]</sup>

Die Generation, von der nun die Rede ist, suchte nicht mehr die direkte politische Konfrontation. Auf die Zusammenarbeit mit Verlagen und Institutionen wie dem Schriftstellerverband wurde verzichtet. Durch die Existenz der inoffiziellen Zeitschriften (MIKADO, SCHADEN, ANSCHLAG usw.) und Verlags-Projekte änderte sich ihre Situation erheblich. Die Veröffentlichungen dieser jungen und zumeist unbekannteren Autoren waren nicht mehr nur von der Zustimmung der Verlagslektoren abhängig und der Autoren-Status wurde nicht mehr nur von staatlichen Einrichtungen verliehen. Ihre bloße künstlerische Orientierung, „*die Sprache als 'Gegengift' zur Ideologie entwickeln und gebrauchen zu können*“<sup>[10]</sup>, führte in einem Staat, der alle Sphären der Gesellschaft zu überwachen beanspruchte, zu Kollisionen. Der ideologischen Sprache, die totalitäre Ziele verfolgte, versuchten sich die Autoren der alternativen Szene bewusst zu

entziehen. Gegen Konventionen und Grammatik wurde verstoßen, um sich der geläufigen Sprache zu verweigern. Es entstand eine autonome Sprache, die sich gegen die syntaktisch und grammatisch verständliche, aber eben totalitäre Sprache wandte. Diese neue Sprache sollte Medium und Prozess individueller Selbstfindung und Selbstbehauptung sein. Die jungen Schriftsteller bemühten sich, den Leser mit ihrer Sprache in das Feld der Assoziationen zu führen. Das Prenzlauer-Berg-Szene-Mitglied Rainer Schedlinski erklärt die Motivation zu neuen Ausdrucksformen wie folgt: *„der totalitäre diskurs der gesellschaft determiniert den einzelnen bis in seine geringsten und intimsten tätigkeiten, indem er für alles, was einer tut, einen gesellschaftlichen sinn formuliert. selbst der knigge, der jetzt erschienen ist, musste im vorwort vom parteitag hergeleitet werden. [...] die sprache der kunst, die poetische sprache, bewegt sich ausserhalb der dienst- und fachsprachen. sie entzieht uns ihrer aufsicht. sie schädigt die diskursive wahrnehmung, die uns schädigt.“*<sup>[11]</sup>

### **2.3 Reaktionen der Etablierten**

Eine solche Literatur konnte es natürlich in der DDR nicht leicht haben. Die Schriftsteller der jüngsten Generation befanden sich trotz der Tatsache, dass sie dem Staat den Rücken zuwandten, in einem Konflikt mit diesem. Diese Autoren der alternativen Szene wurden an ihrer Arbeit behindert, publizierten ihre Werke im Westen oder wurden dorthin abgeschoben. Auch durch die Absage des Staates an eine ganze Generation von Schriftstellern entfalteten sich neue Umgangsformen mit ihren Texten. Uwe Kolbes „Der Kaiser ist nackt“ sollte darauf hinweisen, dass die Literatur auf dem Weg in die Öffentlichkeit, wie bereits erwähnt, nicht wirklich auf Verlage und Druckbetriebe angewiesen war. Die handgefertigten Zeitschriften stiegen zu den Verständigungsmitteln der jungen Kunst-Szene auf. So konnte sich die alternative Szene der jüngsten Generation von den Vorgaben des offiziellen Kulturbetriebes lossagen. Die Abneigung der Jungautoren gegenüber den älteren, ihre Aufmüpfigkeit und ihre provokativen künstlerischen Mittel löste, wie könnte es anders sein, natürlich auch Reaktionen unter den arrivierten Schriftstellern der älteren Generationen aus. Der von den Szene-Autoren heftig kritisierte Volker Braun beanstandete in seinem Essay über Rimbaud die Geschichtslosigkeit und Aussteigermentalität der Jungautoren. Braun, auch wenn er durchaus gewisse Sympathien für die jüngste Generation empfand, nannte diese provokativ *„Kinder der administrativen Beamten“*<sup>[12]</sup>. Glaubt man Manfred Jäger, traf dies durchaus für viele der jungen

Autoren zu, waren doch unzählige Elternteile nicht unbedeutende SED-Funktionäre. Neben den der „anderen Literatur“ sehr skeptisch Eingestellten, gab es allerdings auch etablierte Autoren, die dieser durchaus sehr positiv gesinnt waren und sogar als Förderer in Erscheinung traten. Uwe Kolbe hatte es Franz Fühmann zu verdanken, dass er beim Aufbau-Verlag Lyrikbände veröffentlichen konnte, trotz seiner aktiven Mitgliedschaft in der Prenzlaue-Berg-Szene. Ebenfalls versuchte Fühmann, als Mitglied der Akademie der Künste, deren Präsidenten Konrad Wolf davon zu überzeugen, in einer Anthologie Texte der Szene-Autoren zu sammeln. Die Unterstützung, die die ältere für die jüngere Generation zeigte, ist also keineswegs gering zu schätzen. Adolf Endler, Franz Fühmann, Elke Erb, Heiner Müller, Volker Braun etc. griffen den jungen Schriftstellern nicht nur finanziell unter die Arme, *„sondern trugen auch zu deren Schutz vor Kriminalisierung bei. Der ästhetische Bruch mit der Väter- und Mütter-Generation war so bei allen Differenzen immer auch begleitet von persönlicher Verbundenheit.“*[13]

### **3. Schlussbemerkung**

Richtet man den Blick auf die letzten zehn Jahre DDR, zeigt sich, dass auch unter der letzten aktiven Generation unterschiede auftraten und auch da ein gewisser Bruch auszumachen ist. Während diejenigen Autoren, welche mehrheitlich in den fünfziger Jahren geboren wurden, sich vor allem mit der Sprache beschäftigten, gingen - wie Birgit Dahlke festhält - *„die nach ihnen Geborenen später zur Tagesordnung über, bewegten sich [überwiegend] sozusagen neben Schriftstellerverband, DDR-Fernsehen, Zeitungen, Verlagen und Redaktionen“*[14]. Für diese Autoren, die Sascha Anderson einst die >>Gar-nicht-erst-Eingestiegenen<<-Autoren nannte, wie beispielsweise Durs Grünbein oder Cornelia Sachse, waren die bestehenden alternativen Veröffentlichungsmöglichkeiten in- aber auch außerhalb der DDR bereits Voraussetzung. Der Riss der Generationen in den achtziger Jahren weist auf Differenzen in der Erfahrung des Sozialismus, im Bewusstsein aber ebenfalls hinsichtlich der künstlerischen Mittel auf. Die jüngeren Jahrgänge machten mit dem *„linguistic turn“*[15] der DDR-Öffentlichkeit klar, dass eine neue Generation herangewachsen war, die ein völlig anderes Realitätsverständnis hatte. Die Motive für den „Ausstieg“ der jungen Leute waren mannigfaltig und die SED-Führung sah sich gezwungen, ihre Vorstellung, gerade der intellektuelle Nachwuchs werde durch die Sozialisation im Sozialismus unzweifelhaft ein



ideologisch ausgereiftes Bewusstsein annehmen, aufzugeben. Auch wenn die ältere Generation, ob Kulturfunktionäre oder Schriftsteller, nicht gerade mit Wohlwollen darauf reagierte, war eine wirklich ernstzunehmende Reaktion derselben kaum zu beobachten. Der Niedergang der eigenen Ideologie wurde kaum registriert und seit den siebziger Jahren befanden sich die meisten älteren Autoren ohnehin in einem Prozess der Ablösung von der Partei. Es könnte bemerkt werden, dass aus Sicht der Parteiführung und ihrer Institutionen die Prenzlauer-Berg-Szene und die alternativen Szenen in anderen Städten der DDR zu einem massiven Umdenken im Verhältnis zur Jugend und zu einem härteren Kurs hätte führen können. Birgit Dahlke hält jedoch gerade fest, dass *„das kulturpolitische Einlenken, die zunehmende Duldung und Beendigung der vorherigen Ausgrenzungspraxen eher ein Zeichen einer in die Defensive geratenen Jugend- und Kunst-Politik als bewusste Kurskorrektur [war]“* [16].

#### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

Arnold, Heinz Ludwig: Die andere Sprache, in: Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): TEXT+KRITIK. Zeitschrift für Literatur, SONDERBAND, München 1990, S. 9-15.

Böthig, Peter: Grammatik einer Landschaft. Literatur aus der DDR in den 80er Jahren, Berlin 1997.

Dahlke, Birgit: „Temporäre autonome Zone“. Mythos und Alltag der inoffiziell publizierenden Literaturszene im letzten Jahrzehnt der DDR, in: Günther Rüther (Hrsg.): Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn 1997, S. 463-478.

Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995.

Kolbe, Uwe: Hineingeboren. Gedichte 1975-1979, Berlin 1982.

Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 1990, Leipzig 2001.

Wittstock, Uwe: Von der Stalinallee zum Prenzlauer Berg. Wege der DDR-Literatur 1949-1989, München 1989.

Fußnoten:

[1] Zit. nach Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995,

S. 140.

[2] Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 1990, Leipzig 2001, S. 347.

[3] Ebd.

[4] Arnold, Heinz Ludwig: Die andere Sprache, in: Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): TEXT+KRITIK. Zeitschrift für Literatur, SONDERBAND, München 1990, S. 9-15, hier S. 9.

[5] Wittstock, Uwe: Von der Stalinallee zum Prenzlauer Berg. Wege der DDR-Literatur 1949-1989, München 1989, S. 159.

[6] Ebd. S. 227.

[7] „Hineingeboren“ ist der Teil eines Gedichts und eines Gedichtbandes von Uwe Kolbe. Dieser Begriff wird oft als Generationsbegriff verwendet. Vgl. dazu: Kolbe, Uwe: Hineingeboren, Gedichte 1975-1979, Berlin 1982.

[8] Jäger, Kultur und Politik, S. 227f.

[9] Zit. nach Böthig, Peter: Grammatik einer Landschaft. Literatur aus der DDR in den 80er Jahren, Berlin 1997, S.14.

[10] Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 352.

[11] Zit. nach Wittstock: Von der Stalinallee zum Prenzlauer Berg, S. 228f.

[12] Jäger: Kultur und Politik, S. 228.

[13] Dahlke, Birgit: „Temporäre autonome Zone“. Mythos und Alltag der inoffiziell publizierenden Literaturszene im letzten Jahrzehnt der DDR, in: Rüter, Günther (Hrsg.): Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn 1997, S. 463-478 (hier: S. 467).

[14] Ebd. S.476.

[15] Böthig, Grammatik einer Landschaft, S. 68.

[16] Dahlke, „Temporäre autonome Zone“, S. 471.

---

# Die historische Mission der DDR

---

## Inhaltsverzeichnis

### [1. Vorwort](#)

### [2. Hauptteil](#)

#### [2.1 Das Nationale Dokument](#)

#### [2.2 Die historische Mission der DDR](#)

#### [2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse](#)

### [3. Schlussbemerkung](#)

### [4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

---

## 1. Vorwort

Als nach dem Bau der Berliner Mauer die Teilung Deutschlands für jedermann unübersehbar wurde und eine zuvor von BRD und DDR propagierte Wiedervereinigung in weite Ferne zu rücken schien, sah sich die SED zu einer Anpassung ihrer bisherigen Einheits-Rhetorik gezwungen. Eine bedeutende Rolle kam dabei dem *Nationalen Dokument* zu, das am 17. Juni 1962 vom IV. *Nationalkongress der Nationalen Front* verabschiedet wurde. Auf dieses Dokument und dessen geschichtspolitische Bedeutung werde ich nun folgend näher eingehen.

## 2. Hauptteil

### 2.1 Das Nationale Dokument

Das nationale Dokument über *Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands* zielte im Wesentlichen

darauf ab, den Anspruch der DDR-Eigenstaatlichkeit zu untermauern. Und dies geschah nun nicht mehr allein mit dem aus der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens abgeleiteten Rechtmäßigkeitsanspruch. Denn daneben trat nun auch eine historische Komponente, die die DDR zu legitimieren helfen sollte. So sprach man u.a. davon, dass die DDR „der einzige rechtmäßige deutsche Staat auf Grund der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit und der Tatsache [sei], daß in ihm jene Kräfte an der Macht sind, die von der Geschichte zur Führung des deutschen Volkes berufen wurden und deren Politik mit den Interessen der Nation übereinstimmt. [...] Er ist das junge, vorwärtsstrebende Element, der Motor der deutschen Geschichte.“<sup>[1]</sup>

Diese Argumentation versuchte man mit beispielhaften Vorgängen aus der neueren und neuesten Geschichte zu stützen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Arbeiterklasse. Ihr bedeutungsvolles Wirken als „geschichtliche Kraft“ erlangte diese demnach erstmals in der Märzrevolution von 1848, wo „Karl Marx und Friedrich Engels und der Bund der Kommunisten im Namen der jungen Arbeiterklasse die Forderung [erhoben], ganz Deutschland zu einer unteilbaren demokratischen Republik zu erklären. In ihr sollte die ökonomische und politische Macht der feudalabsolutistischen Kräfte, vor allem des preußischen Militarismus, beseitigt werden.“<sup>[2]</sup>

Das Ganze mündet schließlich in der propagandistischen Parole, dass die DDR, „die sich in Einklang weiß mit den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, [...] mit der Vollendung des Aufbaues des Sozialismus, mit der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission nicht warten [könne], bis die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland unter Führung der Arbeiterklasse den Sieg errungen haben.“<sup>[3]</sup> Als revolutionäre Kraft träte die Arbeiterklasse für die Interessen des gesamten deutschen Volkes ein, wobei die vom Imperialismus verursachte Teilung Deutschlands nur von ihr aufgehoben werden könne. Doch wer nach diesen starken Worten zu vermuten meint, dass sich die DDR mit dem *Nationalen Dokument* ausschließlich von der BRD abgrenzen und sich historisch legitimieren wollte, der irrt! Wieder einmal ging es auch darum, zweigleisig zu fahren und nicht die Einheitsrhetorik aus den Augen zu verlieren. Daher wird im vorletzten Passus (VI.) des *Nationalen Dokuments* explizit auf *Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten* eingegangen. Dort wird die Ansicht vertreten, dass, trotz der unüberwindbaren ideologischen Differenzen zwischen BRD und DDR, nur „die friedliche Koexistenz die Gewähr eines friedlichen

Miteinanderlebens und eines friedlichen Wettbewerbs der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung“[\[4\]](#) bieten würde.

Als Mittel zur Lösung der nationalen Frage schlug man eine vorübergehende Konföderation vor, die, gekennzeichnet durch eine Zusammenarbeit auf verschiedenen politischen und ökonomischen Ebenen, den Weg für eine spätere Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland ebnen sollte. Doch trotz dieser Einheitsrhetorik ging man seitens der DDR-Führung inoffiziell davon aus, dass eine längere Periode der Existenz zweier deutscher Staaten bevorstehen würde. Diese zunächst hinter vorgehaltener Hand vom Politbüro der SED getroffene Einschätzung sollte spätestens Anfang 1967 ihren Niedergang in der Öffentlichkeit finden.

So war es Walter Ulbricht selbst, der am 12. Januar 1967 bei einer Zusammenkunft des Autorenkollektivs *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* die Gelegenheit nutzte, deutlich zu machen, dass wegen der Entwicklungen in der BRD eine Wiedervereinigung bis auf weiteres nicht realistisch sei. Dies geschah vor allem unter dem Hintergrund der am 1. Dezember 1966 zwischen CDU und SPD gebildeten *Großen Koalition*. Deren, maßgeblich von der SPD vorangetriebene, „neue Ostpolitik“ drohte aus Sicht der DDR die eigene Deutschlandpolitik langfristig zu unterlaufen, u.a. deshalb, da ja eine Abgrenzung von der BRD und der damit verbundene Anspruch einer Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis ganz oben auf der Agenda stand.

Da passte es überhaupt nicht ins Konzept der politischen Führung in der DDR, dass die BRD mit den anderen Ostblockstaaten auf Schmusekurs ging und es zu einem Aufweichen der verhärteten Fronten, womöglich sogar zu einer gegenseitigen diplomatischen Anerkennung von Ostblockstaaten und BRD kommen könnte. Nicht zuletzt ob dieser Tatsache kommt im Rahmen des *Nationalen Dokuments* und im Laufe der 60er Jahre der die DDR legitimierenden Geschichtsbetrachtung eine weitaus größere Rolle zu: Ziel war es, „die Legitimität der DDR aus der Vergangenheit her abzustützen, die gesamte deutsche Geschichte so darzustellen, als ob sie von ihren Anfängen an auf die DDR-Gründung und das ‚entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus‘ zugelaufen wäre. Es sollte [...] die DDR als [...] der Kernstaat einer zukünftigen wieder in einem staatlichen Gehäuse organisierten deutschen Nation“[\[5\]](#) erscheinen. Der im Nationalen Dokument der Arbeiterklasse zugesprochenen

herausragenden Bedeutung wurde im 8-bändigen *Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* Rechnung getragen.

In diesem von einer Kommission unter Vorsitz Walter Ulbrichts verfassten Dokument, das im April 1963 vom ZK der SED gebilligt wurde, kam es zu einer vertiefenden Darstellung der historischen Rolle der Arbeiterklasse. Darin hob man u.a. hervor, dass es der deutschen Arbeiterklasse in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg trotz materieller Notlage, alliierter Besatzung und Millionen „von der Naziideologie verseucht[en]“[\[6\]](#) Menschen im „harten Klassenkampf gegen die reaktionären Kräfte“[\[7\]](#) gelungen sei, den Sozialismus aufzubauen.

## **2.2 Die historische Mission der DDR**

Der bereits im *Nationalen Dokument* angeklungene Anspruch der DDR, der einzig rechtmäßige, von der Geschichte legitimierte deutsche Staat zu sein, fand auch seine Verankerung in der Verfassungserneuerung aus dem Jahre 1968. Ganz im Sinne des zuvor konstruierten Geschichtsbildes bezeichnete man im Artikel 1 der Verfassung die DDR als einen sozialistischen Staat deutscher Nation, der gemeinsam mit den „Werkträgern in Stadt und Land [...] unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“[\[8\]](#) sollte. Dieser hätte gemäß Artikel 6 „getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und [...] eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“[\[9\]](#) betrieben. Gemäß ihrer historischen Deutung sah sich die DDR nunmehr der BRD um eine Epoche voraus. Dies wurde u.a. damit begründet, dass in der DDR „auf der Grundlage der geschichtlich überlieferten eine neue, humanistische, eine sozialistische Kultur“[\[10\]](#) entstünde, während solche Bemühungen in der BRD „von den antihumanistischen Einflüssen des deutschen Militarismus, des Klerikalismus und der Unkultur des amerikanischen Imperialismus“[\[11\]](#) erstickt würden.

Die imperialistische Bourgeoisie habe in den zwei letzten Kriegen ihren Führungsanspruch endgültig verwirkt, weshalb es nun der Arbeiterklasse, respektive der sie führenden Partei, der SED, obliege, die deutsche Nation zu führen. Die bürgerliche Nation (BRD) war in diesem Sinne die rückständige, die sozialistische Nation die fortschrittliche. Die DDR wurde als historischer Höhepunkt in der deutschen Geschichte glorifiziert, während die BRD in der

unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stünde. Die BRD wurde als von den imperialistischen Westmächten herausgelöster „Separatstaat“ angesehen. Die gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre wurde vom Politikbüro der SED damit beauftragt, „das gesellschaftliche System des Sozialismus als Ganzes und in seinen Teilsystemen wissenschaftlich zu durchdringen, die entsprechenden Modelle für die Planung und Leitung auszuarbeiten, alle Werktätigen ständig mit neuen Zusammenhängen der gesellschaftlichen Entwicklung vertraut zu machen und sie zu befähigen, aktiv an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft teilzunehmen.“[\[12\]](#)

Bei der ideologischen und geschichtsphilosophischen Interpretation der Weltgeschichte im Sinne des Sozialismus spielte die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels eine herausragende Rolle. Lothar Berthold, der damalige Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, umriss Anfang 1966 die Grundzüge des nationalen Geschichtsbildes der DDR:

1. Allein die Arbeiterklasse ist zur Führung der deutschen Nation berufen.
2. Die Arbeiterklasse kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird.
3. Die Arbeiterklasse ist unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei in der Lage, alle Schichten des Volkes zusammenzufassen und zum Sozialismus zu führen.
4. Das Studium der Geschichte der Arbeiterklasse stärkt das sozialistische Bewußtsein und fördert den sozialistischen Patriotismus und sozialistischen Internationalismus.
5. Das Geschichtsbild vermittelt Kenntnisse über die allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung.
6. Das Geschichtsbild besitzt für die gesamte deutsche Arbeiterklasse Gültigkeit.
7. Die Ausarbeitung des Geschichtsbildes ist selbst Bestandteil des Klassenkampfes.[\[13\]](#)

Beim Versuch, das Fundament eines sozialistischen Geschichtsbildes zu entwickeln, wurden „erstmalig Nationsverständnis und marxistisch-leninistisches Geschichtsverständnis – wenn auch hölzern und rudimentär – verknüpft. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild wurde von der SED als inhaltlicher Kern eines allgemein zu verbreitenden sozialistischen Geschichtsbewußtseins

aufgefaßt.“[\[14\]](#) Im weltpolitischen Maßstab wurde dabei die allgemeine und für jedermann verständliche Losung ausgegeben, dass es einen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus (bzw. Imperialismus) gäbe, wobei Ersterer obsiege. Diese Konfrontation beider Systeme entsprach der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Um dieses Geschichtsbild in die Köpfe bzw. ins Bewusstsein der Menschen zu transportieren, bediente man sich unterschiedlichster Elemente.

Eines davon war, bei den alle fünf Jahre stattfindenden Jubiläumsfeiern zum Bestehen der DDR den Stand der Entwicklung des Sozialismus zu bilanzieren und die Bevölkerung zu animieren, auf dem sozialistischen Weg voranzuschreiten. In „Betrieben, Institutionen und Schulen wurden ‚Traditionszimmer‘ oder ‚Traditionsecken‘ eingerichtet, im normalen Alltag gab es unzählige Zeichen, die subkutan, allein durch ihre dauerhafte und selbstverständliche Präsenz, das historische Bewußtsein der Bevölkerung prägten, etwa Straßen- und Städtenamen (Karl-Marx-Stadt), Denkmäler zur Entwicklung der DDR, Briefmarken, Wandzeitungen, Plakate und Spruchbänder.“[\[15\]](#)

### **2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse**

Die Anfang der 60er Jahre mit dem *Nationalen Dokument* ausgerufene historische Mission der Arbeiterklasse bzw. Arbeiterbewegung war, wie bereits deutlich geworden sein sollte, zuvorderst eine nationale Mission, da sich die DDR gegenüber der BRD als historisch rechtmäßiger deutscher Staat zu legitimieren bzw. abzugrenzen versuchte. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild der DDR bewegte sich in den 60er Jahren also in einem nationalen Rahmen. Doch nicht nur das: Ulbricht stellte 1967 auf einer Tagung fest, dass der Sozialismus eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“[\[16\]](#) sei. Damit widersprach er der sowohl von Marx als auch Lenin vorgenommenen Sozialismus-Definition, wonach der Sozialismus nur eine kurze Übergangsphase zum Kommunismus darstelle. Desweiteren stellte sich das Nationsverständnis der DDR als sehr widersprüchlich heraus.

Denn mal sprach man von der gesamten deutschen Nation, dann wieder davon, dass die DDR der deutsche Nationalstaat sei. Dies lässt sich damit erklären, dass die SED, „um den ostdeutschen Wiedervereinigungsanspruch ideologisch zu bekräftigen, am Verständnis einer sozialistischen Nation ‚im Übergangsstadium‘



fest[hielt], ohne daß die DDR-Geschichtswissenschaftler dieser ein Fundament im Geschichtsverständnis des historischen Materialismus hätten geben können. In der Endphase der Ära Ulbricht schälte sich ein Widerspruch zwischen dem abgrenzenden Geschichtsbild und dem auf ganz Deutschland abzielenden Nationsverständnis deutlich heraus. Hierin reflektierte sich das für die DDR konstitutive Spannungsverhältnis zwischen Eigenstaatlichkeit und überstaatlichem Anspruch.“ [17] Dieser Konflikt zwischen Nation und Staatlichkeit löste sich erst mit der im Jahr 1971 vollzogenen grundlegenden Revision der Haltung der SED zur nationalen Frage auf.

### **3. Schlussbemerkung**

Mit dem *Nationalen Dokument* thematisierte die SED die Deutschlandfrage, und zwar unter zwei Gesichtspunkten: Einerseits versuchte man, die DDR als den einzig rechtmäßigen deutschen Staat gegenüber der BRD abzugrenzen. Dies geschah unter Hinzunahme einer neuen Komponente, nämlich des Vorhabens, die DDR historisch zu legitimieren. Dazu bediente man sich der Konstruktion eines marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes, nach dem die DDR in einer historischen Mission den Sozialismus verwirkliche. Das Ganze geschehe unter der Führung der Arbeiterklasse als revolutionäre bzw. historische Kraft sowie der marxistisch-leninistischen Partei, also der SED.

Hierbei handelte es sich jedoch um eine historische Mission der deutschen Arbeiterklasse, womit sich das Ganze in einem nationalen Rahmen bewegte – schließlich wollte sich die DDR im Wesentlichen gegenüber der laut Ideologie in der unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stehenden rückständigen bürgerlichen Nation BRD als die fortschrittliche sozialistische Nation behaupten und eine Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis für sich in Anspruch nehmen.

Andererseits sprach man davon, dass man willens sei, eine friedliche Koexistenz mit der BRD anzustreben. Dies sollte im Rahmen einer Konföderation geschehen, in der die beiden deutschen Teilstaaten insbesondere auf politischer und wirtschaftlicher Ebene kooperieren und den Grundstein für eine Wiedervereinigung von BRD und DDR legen würden. Diese Einheitsrhetorik wiederum führte jedoch zu einem Konflikt mit dem Anspruch auf Eigenstaatlichkeit bzw. dem marxistisch-leninistischen Geschichtsbild der DDR.

### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

## Quellen:

Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331).

Das nationale Dokument über „die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962.

Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186).

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.

## Literatur:

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und  
Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002.

## Fußnoten:

1. Das nationale Dokument über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962, S. 21.
2. Ebd. S. 21.
3. Ebd. S. 28.

4. Ebd. S. 34.
  5. Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973, S. 53.
  6. Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186), S. 145f.
  7. Ebd. S. 145f.
  8. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
  9. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
  10. Nationales Dokument, S. 25.
  11. Ebd. S. 26.
  12. Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 139-140.
  13. Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331), S. 228.
  14. Erdmann S. 142.
  15. Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002, S. 98-99.
  16. Neues Deutschland, Nr. 252 vom 13.9.1967, In: Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 67.
  17. Erdmann S. 152.
- 

# Politische Sprache und ihre heimliche Macht

Im Jahre 2007 veröffentlichten George Lakoff (siehe: [http://en.wikipedia.org/wiki/George\\_Lakoff](http://en.wikipedia.org/wiki/George_Lakoff)) - der mit Mark Johnson Mitte der 1980er Jahre an der Universität Berkeley die Bildschematheorie entwickelte und

die mit dieser Theorie zu den Gründungsvätern der kognitiven Linguistik gehören – und Elisabeth Wehling ein Buch mit dem Titel „Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht“. Beide beschreiben darin, dass die metaphorische Übertragung für das Verständnis politischer Botschaften wichtig ist. So würden wir durch unsere frühen Erfahrungen innerhalb der Familie die jeweiligen politischen Grundsätze verstehen. Unsere frühen Erfahrungen mit dem Vater können demnach unsere politischen Vorstellungen prägen.

Lakoff und Wehling diskutieren zwei Vätertypen: Es gibt einerseits den strengen und andererseits den fürsorglichen Vater. Diese beiden Idealtypen kommen selten in ihrer Reinform vor. Häufig sind diese Vätertypen gemischt. Auch von Natur aus sind beide Vätertypen in uns angelegt. Unsere Erfahrungen prägen uns so, dass in gewissen Situationen der eine und in anderen der andere in uns präsent ist. Die Internalisierung (= Verinnerlichung) des jeweiligen Vatermodells sorgt dafür, dass unsere sozialen Beziehungen entsprechend der Vätertypen strukturiert werden. Der strenge Vater ist die Autorität in der Familie. Er erzieht seine Kinder zur Selbstdisziplin und bestraft sie, wenn sie seinen Prinzipien nicht Folge leisten. Für ihn ist die Durchsetzung seiner Prinzipien wichtig. Innerhalb der Erziehung gibt es ein starres „Oben“ (Vater) und „Unten“ (Kinder), also eine Hierarchie. Die Kinder sind seinem Willen unterworfen. Außerdem besitzt er „Schwarz-Weiß-Denken“. Dies äußert sich in seinem „Freund-Feind-Denken“. Es gibt einige Menschen, die zu ihm stehen und andere, die nicht zu ihm stehen. Außerdem ist für ihn der Wert der Gerechtigkeit fundamental. Alle Kinder in der Familie werden gleich behandelt. Der fürsorgliche Vater ist dagegen grundsätzlich anders strukturiert als der strenge Vater. Der fürsorgliche Vater unterstützt seine Kinder und sieht sie als gleichberechtigt an. In einer solchen Familie gibt es kein „Oben“ und „Unten“. Damit fallen auch die Komponenten von Befehl und Gehorsam weg. Diese Familie ist auf Kooperation aus. Der fürsorgliche Vater ist bemüht, dass seine Kinder ihre eigenen Ideen entwickeln und er unterstützt sie dabei. Er vertraut seinen Kindern und kann sich in ihre Lage versetzen. Das Verhalten dieser beiden Vätertypen wird auf die politischen Verhältnisse des Staates projiziert. Diese Projektion findet mittels der metaphorischen Übertragung statt.

Als nächstes werde ich aufzeigen, welche Auswirkungen diese Übertragungen auf das politische Verständnis haben können. Dabei beziehe ich mich insbesondere auf die Außenpolitik der USA. So wie der strenge Vater seine Kinder zur Selbstdisziplin erziehen möchte und er ein „Freund-Feind-Denken“ hat, so möchte

der konservative Politiker – dessen idealtypische Beschreibung besonders auf die amerikanischen Verhältnisse passt – im Ausland für Ruhe sorgen. Die Entwicklungsländer sind weniger entwickelt als die Industrienationen und können so als eine Art „Kinder Amerikas“ angesehen werden. Durch entsprechende Bestrafung werden sie zu Selbstdisziplin angehalten. Nur die Entwicklungsländer, die den jeweiligen Prinzipien entsprechen, werden nicht sanktioniert. Wer die Prinzipien nicht beachtet, hat jederzeit mit einem Präventiv- oder Präemptivkrieg zu rechnen. Projiziert man dagegen das Verhalten des fürsorglichen Vaters auf die außenpolitischen Grundsätze der USA, so ergeben sich grundsätzlich andere Werthaltungen, die idealtypisch der progressiven Politik entsprechen. Der progressive Politiker setzt sich für Entwicklungshilfe ein. Für ihn sind die Entwicklungsländer gleichberechtigt. Er wird versuchen, mit den Regierungen der Entwicklungsländer zu kooperieren. In diesem Geiste entstanden auch die Vereinten Nationen. Durch eine gescheite Entwicklungspolitik werden die Entwicklungsländer unterstützt.

Die metaphorischen Übertragungen der jeweiligen Vaternativen in den Kontext der Politik sind nicht nur auf die Außenpolitik beschränkt. Vielmehr wirken diese Übertragungen auch in die Familien-, Innen-, Steuer- und Sozialpolitik hinein. In dem Buch „Auf leisen Sohlen ins Gehirn“ werden Antworten auf verschiedene Fragen gegeben, wie beispielsweise: Weshalb sind konservative Politiker gegen Homosexualität? Warum bevorzugen progressive Politiker den Ausbau des Sozialstaates? Welcher Werthaltung liegt eine einkommenssteuerrechtliche Pauschalsteuer zu Grunde? Welche Deutungen des Christentums resultieren aus dem jeweiligen Vaternativen? Warum ist es absehbar, dass Konservative weniger in den Ausbau von Infrastruktur investieren?

Doch weshalb trägt das Buch von Lakoff und Wehling eigentlich den Titel „Auf leisen Sohlen ins Gehirn“? Die Antwort: In den USA arbeiten einige Denkfabriken schon seit den siebziger Jahren daran, die konservative Politik an die Werthaltungen des strengen Vaters zu knüpfen. Durch eine zunehmende Ausbreitung der konservativen Werthaltung, sei es durch die Formulierung von Werten in den Printmedien, sei es durch die Inszenierung dieser Werte in den Personenkonstellationen US-amerikanischer TV-Sendungen oder durch ihre Vermittlung im Bildungssystem. Durch die Monopolisierung amerikanischer Medien, die in den Händen weniger konservativer Politiker oder ihrer politischen Freunde liegen, werden die Werte weit unter das Volk gebracht. Da dieser Prozess

schon seit den siebziger Jahren anhält und auch in Zukunft anhalten wird, lässt sich verstehen, warum konservative Werte in den USA Konjunktur haben. Durch die mediale Vermittlung sehnen sich viele US-Amerikaner unbewusst nach einem strengen Vater. Die ständige Präsenz konservativer Werte in den Medien lässt begreifen, warum immer mehr US-Amerikaner zu einer konservativen Politik neigen. Aus diesem Grund gaben Lakoff und Wehling ihrem Buch den Titel „Auf leisen Sohlen ins Gehirn“. Die Autoren geben zu bedenken, dass derartige metaphorische Übertragungen auch im Alltagsleben eine große Rolle spielen. Sie stehen diesem Konservativismus, der sich zunehmend in den USA ausbreitet, sehr skeptisch gegenüber.

Ich finde, dass das Buch sehr verständlich und anschaulich geschrieben wurde. Die Autoren wenden sich weniger an das fachwissenschaftliche Publikum. Sie wollen vielmehr breite Kreise der Gesellschaft ansprechen. Teilweise ist das Buch psychoanalytisch orientiert. So war der dichotome (= zweigliedrige) Gegensatz zwischen der Fürsorge und der Gerechtigkeit, die die jeweiligen Vätertypen repräsentieren, sehr stark. Dadurch gewann das Buch eine gewisse Eindringlichkeit. Die Autoren haben deutlich gemacht, dass beide Werthaltungen von den jeweiligen Menschen vertreten werden. Interessant an diesem Buch fand ich, dass die seit der Antike diskutierte „Mensch-Staat-Metapher“ neu interpretiert wurde. Nach der „Mensch-Staat-Metapher“ wurden bestimmte politische Maßnahmen legitimiert. So wurde beispielsweise in der frühen Neuzeit der Ausschluss von Kriminellen aus dem öffentlichen Leben mit einer Analogie begründet: Genauso wie der Körper leidet der Staat an „Krankheiten“. Die Krankheiten des Staates werden durch Kriminelle, Volksschädlinge und psychisch Kranke verursacht. Um den Staat zu heilen, müssen diese Schädlinge ausgeschaltet werden. Das Buch von Lakoff und Wehling bleibt nicht hinter dieser einfachen Krankheitsmetapher stehen, sondern benutzt die „Mensch-Staat-Metapher“, um bestimmtes politisches Handeln zu erklären. Der Ansatz von Wehling und Lakoff aktualisiert also die Vorstellungen der antiken „Mensch-Staat-Metapher“. Ich kann die Lektüre des Buches jedem politisch Interessierten wärmstens empfehlen. Das Buch „Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht“ erschien im Jahre 2008 im Karl-Auer Verlag.

---

# Lonesome Cowboy - Frauen verlassen den Osten

Wer als gesitteter Amerikaner im Jahr 1848, zu Beginn des Goldrauschs, nach Kalifornien reiste, war schockiert von den Zuständen, die dort herrschten: Männer unterschiedlichster Nationalitäten hatten Frau und Kinder zurückgelassen und waren gen Westen gezogen, um dort ihr Glück zu versuchen. Die heterogene Zusammensetzung, unsichere ökonomische Aussichten, der Konkurrenzkampf untereinander und die nahezu völlige Abwesenheit von Frauen (vielerorts betrug der Frauenanteil gerade mal 2%) machte den wilden Westen zu einem Ort, an dem Saufgelage, Glücksspiel, Prostitution und gewalttätige Auseinandersetzungen an der Tagesordnung waren. Der enorme Männerüberschuss wirkte sich auch auf die Geschlechterrollen aus: Aufgrund des geringen Frauenanteils mussten die Männer nun selbst die traditionell weiblichen Hausarbeiten übernehmen oder dafür bezahlen.

Die wenigen Frauen vor Ort arbeiteten entweder als Prostituierte oder verdienten als selbständige Unternehmerinnen gutes Geld, indem sie kochten oder Wäsche wuschen, während sie in ihren Herkunftsregionen keine Erwerbsmöglichkeiten gehabt hatten. Andere Frauen versuchten sich als professionelle Spielerinnen, die betrunkene Goldgräber in den Salons gnadenlos abzogen. Manche Frauen kleideten sich als Männer, um diejenigen Jobs und Freiheiten ausüben zu können, die ansonsten nur dem männlichen Geschlecht vorbehalten waren. Die Ankunft zahlreicher weißer Mittelschichtsfrauen in den 1850er Jahren läutete das Ende dieser Gesellschaft ein. Die Frauen betrachteten es als ihre Aufgabe, wieder Zucht und Ordnung herzustellen und mit dem Zurückdrängen von Glücksspiel, Alkoholexzessen und Prostitution verschwand auch die Offenheit der Geschlechterrollen.

Ganz anders im Osten Deutschlands. Dort sind es die jungen und gut ausgebildeten Frauen, die nach Westen ziehen, ein in Europa einzigartiges Phänomen. Die Zahlen sind weitaus weniger dramatisch als im Wilden Westen, selbst in der Uckermark kommen auf 100 junge Kerle noch 80 Frauen. Zurück bleiben gerade in den ländlichen Regionen überproportional junge Männer mit schlechten Chancen auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Partnermarkt, die gerne NPD wählen. Ursache der Abwanderung ist überraschenderweise nicht die

höhere Arbeitslosigkeit von jungen Frauen, denn es sind gerade junge Männer, die sich durch das Festhalten an traditionellen männlichen Rollenbildern für Bildungswege und Berufe entscheiden, die keine Zukunft haben. In erster Linie ist die bessere (Aus-)Bildung von Mädchen und jungen Frauen ausschlaggebend für die Abwanderung.

Frauen sind außerdem geringer sozial verwurzelt als Männer, die, wenn sie abwandern, oft wieder zurückkehren, da sie Schwierigkeiten haben, einen Freundeskreis aufzubauen und von Heimweh geplagt werden. Ein weiterer Grund für die Abwanderung wird in der Schwierigkeit gesehen, einen Partner zu finden, da sich Frauen in ihrer Partnerwahl hinsichtlich des Bildungsabschlusses gleich oder nach oben orientieren und da bietet der Westen mehr.

Zurück bleiben neben den beschriebenen Männern vor allem junge Frauen mit schlechten Bildungs- und Berufschancen, die oft in jungen Jahren Mutter werden und den Partnerinnen-Pool für die dagebliebenen Jungs bilden. Von der Politik wird das Ganze mit Sorge beobachtet. Befürchtet wird neben einem Fachkräftemangel und der Herausbildung einer männlichen Unterschicht auch ein Geburtenrückgang (Remember: Du bist Deutschland). Weil man weder so einfach die ostdeutsche Provinz aufmotzen noch soziale Unterschiede einebnen kann (oder möchte), setzt man auf Heimatverbundenheit. Konsequenterweise wurden Rückkehragenturen gegründet und Pakete mit Ostprodukten verschickt. Brandenburg will mit dem Landeswettbewerb „Familienfreundliche Gemeinde“ Heimatgefühl, kulturelle Identität und Sesshaftigkeit fördern und so die Frauen im Land halten. Bislang erfolglos.

**Hinweis: Dieser Text wurde zuerst im [Mädchenblog](#) veröffentlicht und bezieht sich auf die Studie [Not am Mann](#).**

---

**„Pro                    Reli“                    und                    die**



# Auseinandersetzung um den Ethikunterricht

Nach dem Erfolg des Volksbegehrens der Initiative "Pro Reli" steht Berlin vor der zweiten Volksabstimmung in kurzer Zeit. Als Berliner stellt sich damit die Frage: Worum geht es? An Berliner Schulen gibt es seit 2006 das Fach Ethik. Nach dem sogenannten "Ehrenmord" an Hatun Sürücü wurde ein übergreifender Werteunterricht an den Berliner Schulen als wichtig angesehen. In Ethik sollen grundlegende verbindende Werte unserer Gesellschaft vermittelt werden. Freiheit und Demokratie genauso wie Toleranz. Dabei soll jedoch vor allem der Dialog zwischen den Kulturen gefördert werden. Die verschiedenen Vorstellungen und Werte sollen diskutiert werden, um Verständnis für unterschiedliche Ansichten zu fördern und Vorurteile abzubauen. In einer multikulturellen Stadt wie Berlin ist die Bedeutung eines solchen Unterrichts leicht nachvollziehbar. Ein Auseinanderdriften der Gesellschaft und die gewaltsame Austragung von Konflikten sollen so verhindert werden.

Doch von Anfang an gab es Widerstand gegen den Ethikunterricht. Der interkulturelle Dialog wird nicht von jedem gerne gesehen. Zwei Verfassungsbeschwerden gegen den Ethikunterricht blieben erfolglos und so kam es im nächsten Schritt zum Volksbegehren "Pro Reli". Hier wurde das Anliegen, das mit dem Ethikunterricht verfolgt wird, mit dem des Religionsunterrichts vermischt.

Seit 1948 ist der Religionsunterricht an Berliner Schulen ein freiwilliges Zusatzangebot. Der Religionsunterricht wird auch in Berlin vom Staat unterstützt, der fast vollständig die Kosten dafür trägt. Doch nach Auffassung von "Pro Reli" reicht ein freiwilliger Religionsunterricht an den Schulen nicht aus. Religion soll ab der ersten Klasse ein reguläres Wahlpflichtfach mit für den Abschluss relevanten Noten werden. Das bisherige Pflichtfach Ethik wäre nur noch ein Wahlpflichtfach und stände in Konkurrenz zu einem aufgewerteten Religionsunterricht. Der christliche und muslimische Religionsunterricht soll damit attraktiver gemacht werden. Für die Schüler gäbe es dann nur noch die Möglichkeit, sich entweder für Ethik oder für Religion zu entscheiden. Die ursprüngliche Idee eines allgemeinen Werteunterrichts für alle wäre damit gestorben. Ethikunterricht wäre nur noch eine Art Ersatzdienst für

Religionsverweigerer. Die Kirchen erhoffen sich dadurch einen Zulauf. Wer nicht freiwillig zum Religionsunterricht kommt, nimmt ihn vielleicht lieber als Ethikunterricht (bessere Noten, sympathischerer Lehrer oder vielleicht die Ablehnung, sich mit anderen Kulturen auseinanderzusetzen).

Was soll falsch daran sein, wenn evangelische, katholische, muslimische, jüdische und atheistische Schüler lernen, gemeinsam über unterschiedliche Werte zu diskutieren und Gemeinsamkeiten zu entdecken. Warum sollen sie nicht auch die eigenen Wertvorstellungen kennenlernen, sondern auch die anderer Religionen und Weltanschauungen? Was wir brauchen ist Dialog, nicht Abschottung.

Wenn man die Argumente der Befürworter von „Pro Reli“ liest, hat man manchmal den Eindruck, es gäbe überhaupt keinen Religionsunterricht in Berlin. Da wird argumentiert, wie wichtig ein Religionsunterricht sei. Doch damit gehen sie am Thema vorbei. Jedes Kind in Berlin kann doch genauso wie vor 60 Jahren zum staatlich finanzierten Religionsunterricht gehen – freiwillig und ohne den Zwang, sich zwischen Ethik und Religion entscheiden zu müssen.

Da es den neuen Wahlpflichtbereich nach Wunsch von „Pro Reli“ schon ab der 1. Klasse geben soll, gibt es auch noch zusätzliche Schwierigkeiten. Alle Kinder hätten damit von Klasse 1-6 und in den Klassenstufen 11-12 zwei zusätzliche Stunden in der Woche. Der zusätzliche Aufwand würde zusätzliche Kosten in Millionenhöhe verursachen. Da stellt sich schon die Frage, wie viel es „Pro Reli“ wert ist, einen gemeinsamen Ethikunterricht zu verhindern. Auch viele Christen sind für den Ethikunterricht, wie unter anderem die Initiative „Christen pro Ethik“ zeigt. Doch es hat sich ein mächtiges Lager gebildet, um den gemeinsamen Ethikunterricht zu Fall zu bringen. Kirchen und CDU, sogar Teile der SPD, kämpfen mit allen Mitteln gegen den Ethikunterricht. Auch die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister, Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, unterschrieben bei „Pro Reli“.

Ein Erfolg der Initiative „Pro Reli“ hätte zwei Ergebnisse zur Folge:

1. Der Religionsunterricht wäre nach 60 Jahren vom freiwilligen Zusatzangebot zum Wahlpflichtfach befördert. Wer freiwillig nicht bereit ist, seine Zeit beim Religionsunterricht zu verbringen, nimmt Religion vielleicht als Ersatz für den Ethikunterricht.

2. Christliche und muslimische Schüler würden am Ethikunterricht nicht mehr teilnehmen und sich dadurch dem interkulturellen Dialog an der Schule teilweise entziehen.

Dieser Kampf wird mit teilweise sehr bedenklichen Slogans geführt.

Der Zwang, sich zwischen Ethik und Religion entscheiden zu müssen, wird unter dem Slogan "Freie Wahl" verkauft. Zum Glück kann man zur Zeit noch beides machen. Die Kampagne "Werte brauchen Gott" sagt schon mit ihrem Namen aus, dass die Mehrheit der Berliner (59 % sind konfessionslos) keine Werte hätten. Welches Menschenbild und welche Werte sollen damit eigentlich vermittelt werden? Kritiker von "Pro Reli" werden da schon mal im Tagesspiegel als "Vulgärateisten" beschimpft. Auf kircheninterne Kritiker, wie dem Pfarrer Stephan Frielinghaus, wird Druck ausgeübt, damit sie sich nicht mehr öffentlich äußern.

So sieht die bisherige Situation aus:

- Religion ist seit 1948 freiwilliges Zusatzangebot, möglich ab der 1. Klasse und wird weitgehend vom Staat finanziert
- seit 2006 gibt es ab der 7. Klasse den Ethikunterricht für alle Kinder

Die Situation nach einem Erfolg von "Pro Reli":

- Aufwertung des Religionsunterrichts vom freiwilligen Zusatzangebot zum versetzungsrelevanten Wahlpflichtfach
- praktische Abschaffung des Ethikunterrichts für christliche und muslimische Schüler
- Abwertung des Ethikunterrichts vom Pflichtfach zum Wahlpflichtfach
- ab der 1.Klasse muss entschieden werden, ob ein Schüler Religionsunterricht oder Ethikunterricht als Wahlpflichtfach belegt
- Mehrbelastung der Schüler von 2 Wochenstunden in den Klassen 1-6
- zusätzliche (Mehr-)Kosten von 4 Millionen pro Jahr und einmalig 1.6

Millionen Euro für die Umstellung

### **Weiterführende Informationen:**

Die Initiative „Pro Reli“

[www.pro-reli.de/volksbegehren](http://www.pro-reli.de/volksbegehren)

Die Humanistische Union - „Pro Ethik“

<http://proethik.humanistische-union.de>

Humanistischer Verband - Spenden für eine Pro-Ethik-Kampagne

[www.humanismus.de/aktuelles/spenden-sie-fuer-eine-wirkungsvolle-gegenkampagne](http://www.humanismus.de/aktuelles/spenden-sie-fuer-eine-wirkungsvolle-gegenkampagne)

Artikel im Spiegel über den Umgang mit kircheninternen Kritikern

[www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,604247,00.html](http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,604247,00.html)

Kampagne „Werte brauchen Gott“

[www.religionsunterricht-berlin.de](http://www.religionsunterricht-berlin.de)

Christen für den Ethikunterricht

[www.christen-pro-ethik.de](http://www.christen-pro-ethik.de)

Bei Wikipedia gibt es einen eigenen Eintrag zum Thema

[http://de.wikipedia.org/wiki/Pro\\_Rel\\_i](http://de.wikipedia.org/wiki/Pro_Rel_i)

---

# **Die Verfassungsdebatte bei**

# Herodot

---

## Inhaltsverzeichnis

### [1. Einleitung](#)

### [2. Hauptteil](#)

#### [2.1 Die Verfassungsdebatte](#)

##### [2.1.1 Herodot und der griechische Hintergrund der Verfassungsdebatte](#)

##### [2.1.2 Ottanes und die Demokratie](#)

##### [2.1.3 Megabyzos](#)

#### [2.2 Dareios und die Rolle der Monarchie in der Debatte](#)

### [3. Schlussbemerkung](#)

---

## 1. Einleitung

Sieben persische Adlige diskutieren nach einem Staatsstreich, welche Regierungsform von nun an gelten soll. Diese in vieler Hinsicht bemerkenswerte Geschichte findet sich bei dem griechischen Geschichtsschreiber Herodot. Zum ersten Mal in der historischen Überlieferung wurden die drei Staatsformen Monarchie, Aristokratie und Demokratie einander gegenübergestellt. Diese Debatte bildet das Thema dieses Beitrags. Ich werde mich dabei insbesondere auf zwei Aspekte konzentrieren: Auf die Darstellung der Monarchie und – damit verbunden – darauf, wie stark die persönliche Haltung Herodots dort zum Ausdruck kommt. Die Demokratiedebatte ist nicht historisch, aber auch gerade deswegen von großem Nutzen für Historiker. Herodot hat in ihr griechische Debatten aufgenommen und damit der Nachwelt erhalten. Sie ist die erste überlieferte Verfassungsdebatte der Weltgeschichte und hat schon viele Elemente der späteren platonischen und aristotelischen Staatstheorie. In meinem Beitrag stütze ich mich neben den *Historien* von Herodot insbesondere auf zwei Arbeiten. Zum einen ist die Arbeit von Jochen Bleicken *Zur Entstehung der*

*Verfassungstypologie im 5. Jahrhundert v. Chr.* zu nennen, in welcher der politische und theoretische Hintergrund der Debatte beleuchtet wird. Die zentrale Arbeit, mit der ich mich auseinandergesetzt habe, ist jedoch Klaus Bringmans *Die Verfassungsdebatte bei Herodot 3,80-82 und Dareios Aufstieg zur Königsherrschaft*. In seiner Arbeit wird die Rolle von Dareios in der Verfassungsdebatte ausführlich beleuchtet, allerdings wird seine Rolle etwas zu negativ betrachtet, worauf ich in meinem Beitrag noch näher eingehen werde.

## **2. Hauptteil**

### **2.1 Die Verfassungsdebatte**

#### **2.1.1 Herodot und der griechische Hintergrund der Verfassungsdebatte**

Herodot wird gerne als „Vater der Geschichtsschreibung“ bezeichnet. Sein Werk basiert auf mündlichen Überlieferungen und Erzählungen von Augenzeugen. Er berichtet, was ihm erzählt wurde. Er äußert an manchen Darstellungen Zweifel, doch ihm blieben nur mündliche Aussagen. Mythologische Darstellungen können dadurch ähnlich glaubwürdig wie historische Tatsachen wirken. An Herodot kann man gut den Wissenshorizont eines gebildeten Griechen seiner Zeit erkennen. Dort, wo der griechische Erfahrungshorizont endet, geht sein Werk oft fließend vom Historischen ins Mythologische über. Herodot ist dabei nicht unkritisch. Er meldet an Überlieferungen Zweifel an oder gibt unterschiedliche überlieferte Versionen eines Ereignisses wieder. Künstlerische und philosophische Überlegungen stehen dabei aber im Vordergrund, also noch vor - noch nicht existenten - „wissenschaftlichen“ Kriterien.

Die Verfassungsdebatte ist keine persische Geschichte. Für das Perserreich stand die Monarchie nie in Frage. Der Ursprung der Verfassungsdebatte wurde immer viel diskutiert. Hat Herodot für die Debatte einen persisch-griechischen Mythos als Grundlage genutzt oder die Geschichte nur eingebaut, um die Unterschiede zwischen Persern und Griechen zu beleuchten? Ein abschließendes Ergebnis in der Forschung gibt es nicht und vielleicht wird diese Frage nie endgültig geklärt werden.

Die Verfassungsdebatte ist also im Wesentlichen eine griechische Debatte. Eine Besonderheit ist, dass nicht drei konkrete Herrschaften verglichen, sondern sich drei theoretische Modelle gegenüber stehen. Als Grundlage werden Herodot wohl

die Debatten der Sophisten gedient haben. Diese basierten auf der athenischen Demokratie und den Auseinandersetzungen darum in der griechischen Welt. Die Machtstellung Athens, die durch die Perserkriege begründet wurde, führte auch zu einem Export der demokratischen Vorstellungen. Die Athener förderten demokratische Entwicklungen in den von ihnen abhängigen Städten des Seebundes. Nach dem Sieg über die Perser, womit die Zielsetzung des Seebundes ja eigentlich erfüllt war, strebten viele Städte ihre Loslösung vom Seebund an. Um seine Macht zu festigen, versuchte Athen seine Ordnung auch in den Städten des Seebundes durchzusetzen. In den meisten größeren griechischen Städten existierte bereits eine gewisse Spannung zwischen den herrschenden Adligen/Reichen und dem Demos. Durch das machtpolitische Wirken Athens wurden diese Konflikte angeheizt und verschärft. Die nach Unabhängigkeit strebenden Kräfte in diesen Städten wandten sich oft auch gegen dieses Vordringen der demokratischen Idee, mit der die Athener ihre Macht festigen wollten.

So kam es zum Konflikt zwischen dem Machtstreben Athens mit der Ausbreitung der demokratischen Ordnung und dem Unabhängigkeitsstreben der Städte bei Bewahrung der traditionellen Ordnung. Diese Phase des Umbruchs und der politischen Spannungen lieferte erst die Grundlage für eine Entwicklung der Verfassungstheorie, wie sie in der Verfassungsdebatte bei Herodot deutlich wird. So gibt es dann auch im Peloponnesischen Krieg zahlreiche Verfassungsumbrüche. Die Regierungsform ist dadurch für die Griechen nicht mehr nur durch Traditionen vorgegeben, sondern etwas Veränderbares. Die Austauschbarkeit der Ordnungen trug zur Weiterentwicklung der Verfassungstheorie bei. Herodots Debatte ist die theoretische Reflexion dieser Entwicklung. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass eine solche Debatte bei den Persern stattgefunden haben soll. Der notwendige historische Hintergrund ist nicht zu erkennen.

Warum beteuert Herodot aber sogar mehrmals die Authentizität der Debatte? Anscheinend gab es auch schon zu Herodots Zeiten Zweifel am persischen Ursprung der Debatte. Ob Herodot auf eine Urgeschichte, wie z. B. eine griechische Persergeschichte, oder anderes zurückgreift, lässt sich wohl kaum noch abschließend beurteilen. Der persische Feldherr Mardonius ließ die ionischen Tyrannen durch Demokratien ersetzen. Für Herodot könnte dieser Vorgang wie eine Bestätigung für eine persisch-demokratische Tradition gewirkt

haben. Er führt dieses Beispiel zur Bekräftigung der Authentizität der Debatte an. Die Auswechslung ist allerdings auch mühelos aus machtpolitischen Gründen erklärbar. Die Tyrannen hatten sich für die Perser als unzuverlässig und rebellisch erwiesen. Dass die Perser nun auf ihre innerstädtische Konkurrenz setzen, erscheint vollkommen logisch. Für Herodot muss es trotzdem verwunderlich gewesen sein, dass ein persischer Feldherr eine Alleinherrschaft durch eine Demokratie ersetzt.

Die Bedeutung der Debatte liegt nicht in der Frage ihrer historischen Glaubwürdigkeit, sondern darin, dass sie die erste umfangreiche Darstellung griechischer Verfassungstheorie ist. Die Debatte besteht aus drei Reden. Zuerst spricht Ottanes für die Demokratie und gegen die Tyrannis. Den kleineren Mittelteil nimmt die Rede von Megabyzos ein, der sich für die Aristokratie ausspricht. Dareios schafft es schließlich, mit seiner Rede für die Monarchie die anderen zu überzeugen. Obwohl drei Staatsformen in der Debatte auftauchen, ist es vor allem eine Auseinandersetzung zwischen athenischer Demokratievorstellung und persischer Monarchie. Es zeigt sich bei den Reden ein Grundschema: Jeder Redner spricht sich ausdrücklich für eine Staatsform und gegen eine andere aus. Ottanes spricht gegen die Alleinherrschaft und für die Demokratie, Megabyzos für die Oligarchie/Aristokratie. Dareios weicht insofern leicht ab, als dass er natürlich zwar für die Alleinherrschaft plädiert, aber nicht nur gegen die Oligarchie, sondern auch noch gegen Ottanes argumentiert.

Die Reden sind nicht gleich gewichtet: Denn die Reden von Ottanes für die Demokratie und Dareios für die Alleinherrschaft sind deutlich umfangreicher als die Rede des Megabyzos für die Oligarchie. Die Argumente für eine bestimmte Staatsform zielen immer auf die Bestform ab, die „Contra-Argumente“ auf die negative Form. Bei Dareios tritt der neue Aspekt hinzu, dass explizit zwischen möglichen schlechten und guten Staatsformen unterschieden wird. Doch sehen wir uns zunächst die Rede des Ottanes genauer an.

### **2.1.2 Ottanes und die Demokratie**

Herodot lässt Ottanes mit einem historischen Beispiel beginnen. Die Herrschaft von Kambyzes und dem falschen Smerdis bilden ja geradezu das negative Bild eines Alleinherrschers. Ihre tyrannische Herrschaft, von Herodot ausführlich beschrieben, kann gut zur Abschreckung dienen. Eines fällt aber auf: Ihre Darstellung bei Ottanes spiegelt das Bild eines griechischen Tyrannen wider,



nicht die eines persischen Monarchen.[1] Bringmann weist zurecht darauf hin, dass die Aussage des Ottanes, ein Herrscher misstraue den Besten und wolle die alte Ordnung umstoßen, nur durch die grundsätzlich gefährdete Lage eines griechischen Tyrannen erklärbar ist.[2] Es zeigt sich, dass auch die Wandlung einer Staatsform ins Negative bei Herodot bereits angelegt ist. „Auch wenn man den Edelsten zu dieser Stellung erhebt, wird er seiner früheren Gesinnung untreu werden.“[3] Hier findet sich bereits ein früher Vorläufer der späteren griechischen Staatstheorie vom Verfassungskreislauf.

Da eine griechische Tyrannis keine stabile Erbfolge hat, sondern nur auf der konkreten Macht des Tyrannen basiert, ist seine Lage immer potentiell gefährdet. Die beschriebenen Verhaltensmuster sind dadurch oft sehr zutreffend. Jeder erfolgreiche Feldherr, jeder in der Bürgerschaft Angesehene, kann eine potentielle Bedrohung darstellen. Eine präzise Darstellung der persischen Monarchie, mit ihrer relativ stabilen Erbfolge, ist es natürlich nicht. Die Monarchie ist die alte akzeptierte Ordnung, ein persischer König kann sich ja gerade auf diese Tradition berufen.

Ottanes führt einige Argumente für die Demokratie an. Die Gleichberechtigung wird als Wert für sich genommen. Ein sehr freiheitlicher Gedanke. Die Regierung soll für ihre Entscheidungen verantwortlich sein. Willkür und Unterdrückung wie bei der Monarchie/Tyrannis sollen damit unterbunden werden. Ottanes erläutert auch, wie die Demokratie aussehen soll. Die Amtsträger sollen durch das Los ausgewählt werden. Alle Entscheidungen sollen von der Volksversammlung getroffen werden. Was hier beschrieben wird, ist die Demokratie nach dem Muster von Athen nach der Verfassungsreform von 487/486.[4] Wenn man sich die Argumente von Ottanes im Ganzen ansieht, fällt einem einiges auf. Der Wert der Demokratie liegt vor allem darin begründet, dass sie Machtanhäufung verhindert. Der Vorteil der Demokratie ist es also, die Macht besser vor Korruption zu schützen. Insbesondere aber soll sie Schutz vor der Herrschaft eines Tyrannen bieten. Es versteht sich von selbst, dass es sich dabei nicht um ein persisches Problem handelt, sondern um ein griechisches.

Fast  $\frac{3}{4}$  der Ausführungen widmen sich aber nicht der Fürsprache im Sinne der Demokratie, sondern der Kritik der Einzelherrschaft. Die Fürsprache für die Demokratie fällt also entschieden kleiner aus. Die Argumente für die Demokratie zielen aber ebenfalls auf die Abwehr tyrannischer Herrschaft ab. Die Gleichberechtigung aller ist dabei der einzige Punkt, der positiv im Sinne der

Demokratie erwähnt wird. Der Freiheitsgedanke, der sich dahinter verbirgt, ist damit ein zentrales Argument für die Demokratie. Ein umfassendes Lob für die Demokratie ist die Rede des Ottanes trotzdem nicht. Zu sehr beschäftigt sie sich nur mit der Abwehr der Tyrannis.

### **2.1.3 Megabyzos**

Die Rede von Megabyzos bildet den Mittelteil der Verfassungsdebatte. Er spricht sich für die Aristokratie aus. Die eigentlichen Kontrahenten in der Debatte sind allerdings Monarchie (für die Perser) gegen Demokratie (für die Griechen). Die Aristokratie dient nur der Ergänzung, um die Staatsformen zu komplettieren und als Sammlung von Kritik an den beiden anderen Staatsformen. Allein schon deshalb ist der Umfang dieser Rede kleiner als die der Konkurrenten. Megabyzos stimmt der Tyraniskritik von Ottanes zu. Er sieht aber in einer Herrschaft des Volkes die noch größere Gefahr als in der eines Tyrannen. Es gäbe nichts „Unverständigeres und Hochmütigeres als die blinde Masse“. Das ungebildete, zügellose und zur Vernunft unfähige Volk sei schlimmer als ein zügelloser Tyrann, der immerhin wisse, was er macht. „Ohne Sinn und Verstand, wie ein Strom im Frühling, stürzt es sich auf die Staatslenkung“.[5] Er geht soweit zu sagen: „Nur wer den Persern Unheil sinnt, spreche vom Volk!“

Während er die Demokratie groß kritisiert, gibt er aber nur ein Argument für die Oligarchie an: „Es ist doch klar, dass von den Edelsten auch die edelsten Entschlüsse ausgehen.“ Dieses einsame und schwache Argument wirkt nicht sehr überzeugend. Warum führt Herodot die Aristokratie als dritte Regierungsform ein? Die aristokratische Verfassungstheorie war in Athen nicht sehr weit entwickelt, daraus erklärt sich zum Teil die Schwäche der Argumentation des Megabyzos. Der durch die Demokratie entmachtete Adel kritisierte die Volksherrschaft zwar, bot aber kein umfangreiches eigenes Gegenmodell an. Die demokratische Theorie wuchs durch Auseinandersetzungen mit der nichtdemokratischen Umwelt. Die athenischen Vornehmen vermochten zwar die Schwächen der Demokratie aufzuzeigen, schafften es aber nicht, dieser ein umfassendes eigenes Theoriemodell entgegenzusetzen. Auch die Rede des Megabyzos basiert also auf griechischen Verfassungsdiskussionen.

## **2.2 Dareios und die Rolle der Monarchie in der Debatte**

Während die ersten beiden Reden auf athenisch/griechischen Debatten basieren,

sieht es bei der letzten Rede ganz anders aus. Die Monarchie spielte keine Rolle mehr für die Athener aus Herodots Zeit. Das Bild von der Alleinherrschaft wurde nicht von der lange zurückliegenden Monarchie geprägt, sondern von den späteren Tyrannen. Eine Argumentation für die Alleinherrschaft konnte sich so nicht herausbilden. Nun musste aber die Verfassungsdebatte von der Monarchie gewonnen werden, da sich historisch die Perser ja nicht von der Monarchie abwandten.[6]

Vielen erscheinen die Argumente von Dareios als schwach. Was er präsentiert, ist das Bild des starken Staates, in dem Macht und Sicherheit als wichtiger betrachtet wird als Freiheit. Bei Ottanes hingegen wird die Freiheit als Garant für die Sicherheit betrachtet. Aus heutiger Sicht erscheinen uns die Argumente des Ottanes vielleicht als die stärkeren. Doch in der antiken Welt ist dies nur eine Minderheitenposition, die ihren Einfluss fast einzig auf der machtpolitischen Stärke Athens nach den Perserkriegen baut. Herodot zeigt die Unterschiede zwischen Persern und Griechen auf, aber er zeigt in seinen *Historien* auch, dass beide trotz ihrer Unterschiedlichkeit sehr erfolgreich sind.

Klaus Bringmann glaubt an eine sehr negative Darstellung des Dareios bei Herodot. Dareios werde als „rabulistische(r) Demagoge(„)“ dargestellt, der „die schlechtere Sache zur besseren zu machen versteht“[7]. Doch kommt die Monarchie wirklich so schlecht weg wie er glaubt?

Wie baute Herodot die Argumentation des Dareios auf? Er lässt ihn fragen, welche der drei Staatsformen am besten sei, wenn alle drei optimal geführt werden und kommt zu dem Schluss: „Es gibt nichts besseres, als wenn der Beste regiert“. Es ist die konsequente Weiterentwicklung des Argumentes von Megabyzos. Dareios führt damit auch die Abstraktion in der Debatte auf eine neue Ebene. Er vergleicht keine existierenden Staatsformen, sondern die jeweiligen Idealbilder. Gerade durch Verwendung des Bildes der Idealform wird das Argument nachvollziehbar und bekommt Gewicht. Dareios stellt damit ein positives Idealbild der Monarchie dem negativen Tyrannenbild des Ottanes entgegen. Indirekt werden damit die Argumente des Ottanes gegen die Tyrannis als irrelevant für eine gute Monarchie dargestellt. Doch Ottanes hatte in seiner Rede auch die Kritik am Idealbild bereits formuliert: „Auch wenn man den Edelsten zu dieser Stellung erhebt, wird er seiner früheren Gesinnung untreu werden“.[8] In diesem ganzen Argumentationsstrang wird das wichtige Element der nachsokratischen Staatstheorie, die Unterscheidung in positive und negative

Varianten der Regierungsformen, sehr deutlich.

So wie die Demokratiedebatte anfängt, so endet sie auch: mit einem historischen Beispiel. Dareios verweist auf die Herrschaft des bei den Persern beliebten Königs Kyros, der ihnen die Freiheit gebracht hätte, indem er sie von der Fremdherrschaft befreite: „Wer hat ihm (dem persischen Volk) die Freiheit geschenkt? Das Volk, die Aristokraten oder ein Monarch?“[9] Diese Anspielung auf den persischen König Kyros soll auf die persische Tradition der Monarchie verweisen. Dareios nimmt Kyros als Beispiel für einen guten König, um ein Gegenbild zu Kambyses und dem falschen Smerdis aufzubauen. Die historischen Beispiele der Hauptkontrahenten Ottanes und Dareios bieten in der griechisch geprägten Debatte etwas persisches Kolorit. Doch eines sei hierzu noch angemerkt: Nach dem Sturz von Smerdis war es ja gerade nicht ein einzelner, der die Perser „befreit“ hatte. In der Darstellung Herodots wurde die Tat von gleichrangigen Adligen begangen. Dareios' Argument muss als rhetorischer Versuch gesehen werden, Kontinuität als wichtiges Argument für die Alleinherrschaft heranzuziehen.

Gegen die beiden Regierungsformen baut Dareios eine geschickte Argumentation auf. Oligarchie und Demokratie seien nur Übergangsphasen zur stabilen Herrschaft einer Monarchie. Die Oligarchen würden sich zwar gerne ums Allgemeinwohl verdient machen, doch ihre ständige Konkurrenz würde zur Krise führen. Privatfehden würden ausbrechen und zu Unruhen und Mordtaten führen.[10] Die Monarchie würde sich dann als die bessere Verfassung durchsetzen. Dieser Gedanke wird in abgewandelter Form auch gegen die Demokratie benutzt. Dareios führt in seiner Argumentation auf, dass die Demokratie mit der Zeit Probleme aufwirft. Wenn das Volk herrscht, gewinne Schlechtigkeit und Gemeinheit an Boden. „Sie (die Schlechten) verschwören sich gleichsam, um den Staat auszubeuten“[11].

Doch im Unterschied zur Oligarchie führt diese Verschwörung nun nicht zu Fehden, sondern zu Verbrüderungen. Die Schlechten würden sich zusammenschließen, um gemeinsam den Staat auszubeuten. Erst ein Führer des Volkes würde dem Treiben ein Ende machen und dadurch zum Alleinherrscher werden. Die Monarchie würde sich also auch hier durchsetzen. Hier führt Dareios also an, dass die Demokratie in sich bereits den Kern des Scheiterns trägt. Die Rede des Dareios ist auch eine Warnung Herodots an die Griechen vor den Problemen der Demokratie.

Während also die Oligarchie wegen übermäßiger Konkurrenz zur Monarchie wird, droht die Demokratie wegen der Macht der Schlechten und Gemeinen zu scheitern. Diese Warnung vor einem Führer der Demokratie, der dann zum Alleinherrscher wird, verweist wahrscheinlich auf die Rolle von Perikles. Der Geschichtsschreiber Thukydides meinte zur Herrschaft des Perikles in Athen: „Dem Namen nach war es eine Demokratie, in Wahrheit die Herrschaft des ersten Mannes.“[12] Herodot weist auf die Gefahren der Demokratie hin und warnt die Athener durch den Mund des Dareios. An einer anderen Stelle seiner Historien beschreibt er, wie die Monarchie durch den Wunsch nach Stabilität und Ordnung entstand.[13] Diesen Gedanken lässt er Dareios in der Verfassungsdebatte nun formulieren.

Wenn man die Argumentation gegen Oligarchie und Demokratie vergleicht, fällt etwas auf: Die Oligarchen werden als willens und fähig dargestellt, den Staat gut zu regieren, wenn nur die ständige Konkurrenz nicht zu Problemen führen würde. Die Demokratie wird in dieser Darstellung von Unfähigen und nicht am Allgemeinwohl Interessierten beherrscht. Die Oligarchie kommt in der Darstellung also besser weg als die Demokratie. Vielleicht zeigt sich hier eine Sympathie Herodots für den Adel, was sich nicht unbedingt auf seine Vorstellung der besseren Regierungsform beziehen muss.

Ein weiteres Argument, dass Dareios anführt, ist die bessere Geheimhaltung gegenüber Feinden des Volkes. Es ist kombiniert mit der Behauptung, ein Monarch würde „untadelig für sein Volk sorgen“[14]. Zusammen mit der bereits erwähnten Aussage, „es gibt nichts besseres, als wenn der Beste regiert“[15], ergibt sich ein klares Ziel der Argumentation. Die Monarchie soll als die effizientere und bessere Staatsform präsentiert werden. Die Demokratie wurde von Ottanes für ihre Gerechtigkeit und als Abwehr der Tyrannis präsentiert, aber nicht als besonders leistungsfähig. Megabyzos sieht zwar die bessere Regierung beim Adel als beim unverständigen Volk. Doch er wird durch die Übernahme und Weiterentwicklung seines einzigen Arguments durch Dareios ausgeschaltet. Die größere Effizienz bleibt in der Debatte ein Teil der Monarchie.

Die Monarchie kommt also nicht so schlecht weg wie von vielen Autoren behauptet. Sehen wir uns die Argumente aus dem Mund des Dareios noch einmal an. Der würdige Monarch hat die besten Kenntnisse von der Staatsführung, es gibt die beste Geheimhaltung gegenüber Feinden und der innere Frieden ist am größten, da innere Machtkämpfe vermieden werden. Auch ist die Stabilität

größer, da Demokratie und Oligarchie nur als instabile Übergangsphasen auf dem Weg zur Monarchie gelten. Diese Argumente sind zu gewichtig, um sie nur als demagogische Verdrehung zu betrachten. Das Perserreich war auch nach den Perserkriegen noch ein mächtiges und stabiles Reich. Herodot scheint hier eine Erklärung dafür liefern zu wollen und stellt die Monarchie als staatspolitisch durchaus vernünftig dar. Dass Dareios in Herodots Werk als machthungrig dargestellt wird, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Monarchie hier nicht nur negativ betrachtet wird.

Die ersten Könige treten bei Herodot als Gesetzgeber auf, welche die Ungerechtigkeiten beenden.[16] Sie werden zwar als Machtversessen dargestellt, jedoch auch als kluge und geschickte Herrscher. Auch Dareios wird, nach seiner trickreichen Machtübernahme, durchaus als kluger und fähiger Staatsmann dargestellt. Dareios erscheint nicht als blindwütiger Tyrann, wie man nach der Rede des Ottanes hätte schließen können. Dareios größte Schwäche, die Selbstüberschätzung, die Hybris, kommt in der Rede von Ottanes nicht vor. Ottanes konzentriert sich nur auf die Angriffe des Herrschers gegen das eigene Volk. Dareios wird in dieser Hinsicht im weiteren Werk von Herodot aber nicht kritisiert. Seine Fehler macht er erst, als er die Skythen angreift und später bei seinem Angriff auf die nichtionischen Griechen. Die Rede des Ottanes ist also keine Beschreibung der kommenden Herrschaft des Dareios.

Die Argumente für und gegen die Demokratie sind am besten ausgearbeitet. Die Monarchie hat zwar weniger positive Argumente, aber auch weniger Kritikpunkte erhalten. Die Argumente für die Demokratie mögen besser ausgearbeitet sein, dabei darf man aber auch eine größere Kenntnis von Herodot von dieser Staatsform, und vor allem um die Debatten darum, voraussetzen. Die Staatstheorie in Griechenland war, durch die öffentlichen Debatten innerhalb und zwischen den einzelnen Polis, besser ausgearbeitet als die monarchische Staatstheorie. Aus griechischer Sicht, besonders in Athen, wo Herodot große Teile seines Werks präsentiert, scheint es in einer solchen Debatte nur einen Sieger geben zu können: die Demokratie. Es war aber offenkundig, dass sich bei den Persern die Monarchie als Staatsform durchgesetzt hatte. Unter der Monarchie sind die Perser zur Großmacht aufgestiegen. Herodot musste diese Erfolge erklärbar machen, unabhängig von seinen eigenen Sympathien für die Demokratie, denn trotz allem scheint Herodot die Demokratie zu bevorzugen. In seinem Werk lobt er sie mehrmals, wie z. B. so: „Die Gleichheit ist eben in jedem

Betracht etwas Wertvolles und Schönes, denn als die Athener Tyrannen hatten, waren sie keinem einzigen ihrer Nachbarn im Krieg überlegen.“[17]

Die Demokratie mag Herodot näher gelegen haben, dass aber auch die persische Monarchie erfolgreich war, zeigt er trotzdem deutlich auf. Er versucht in seiner Darstellung den Persern gerecht zu werden – was ihm aber nicht immer hundertprozentig gelingt. Herodot wird man also mit einer simplen Antwort nicht gerecht. Er liefert ein durchaus differenziertes Bild der Regierungsformen ab. Die Korruption durch Macht, gleich in welcher Staatsform, ist sein zentrales Thema. Die Perser bauten unter der Monarchie ihre Großmacht auf, die Griechen besiegten die Perser auf griechischem Gebiet, scheiterten aber beim Übergriff außerhalb ihrer eigenen Gebiete, wie beim Angriff auf die Perser in Ägypten. Beide Seiten sind trotz ihrer Unterschiedlichkeit mächtig und beide sind vom selben Fehler bedroht: der Hybris.

### **3. Schlussbetrachtung**

Die Demokratie ist sicher die Staatsform, die in der Debatte die beste Fürsprache erhält, doch auch die Kritik an ihr ist am stärksten ausgearbeitet. Auch hier wird wieder der stark griechische Hintergrund der Debatte deutlich. Trotzdem lässt sich eine klar schlechtere Stellung der Monarchie für mich nicht erkennen. Vielmehr scheint für mich das Bemühen von Herodot deutlich zu werden, beiden Staatsformen ihre Berechtigung zuzusprechen und ein abschließendes Urteil zu vermeiden. Es fällt auch auf, dass den Argumenten der Gegner selten direkt widersprochen wird. Es werden neue Argumente herangezogen, um die eigene Position zu untermauern. Die Pro- und Contra-Argumente der Gegner bleiben meist unwidersprochen und damit auch unwiderlegt. Auch dadurch kann es keinen endgültigen Sieger in der Debatte geben. Die Regierungsformen werden mit Stärken und Schwächen präsentiert.

Es fällt auf, dass Argumente für Staatsformen einen deutlich geringeren Anteil haben als die Kritik an ihnen. Hier lässt sich eine Skepsis von Herodot gegenüber allen vorhandenen Staatsformen erahnen. Der Kern der Debatte ist nicht die Frage, ob Demokratie oder Monarchie überlegen sind. Der Kern ist, dass beide die Tendenz haben, der Hybris zu verfallen. Die Argumente gegen alle drei Staatsformen sind deshalb wesentlich stärker ausgeprägt. Sie alle sind vom drohenden Verfall der Ordnung bedroht. Die Demokratie ist von der Ausbeutung durch die „Schlechten“ bedroht, die Oligarchie durch ihre internen Machtkämpfe

und die Monarchie droht zur Tyrannis zu werden. Ich denke, dass hier auch eine gewisse Grundeinstellung von Herodot deutlich wird. Jede Staatsform trägt in sich die Gefahr ihres Scheiterns. Nicht umsonst gibt es gegen Ende von Herodots Werk die Warnung an die siegreichen Griechen, nicht an derselben Hybris zu scheitern, der auch schon die Perser erlagen. Das Scheitern der griechischen Expedition gegen die Perser in Ägypten und der sich entwickelnde peloponnesische Krieg sollten Herodots Warnung Recht geben.

Fußnoten:

[1] Bleicken, S. 154.

[2] Bringmann, S. 270.

[3] Herodot III, 80.

[4] Bringmann, S. 269.

[5] Herodot III, 81.

[6] Die Frage ist, ob Herodot die Verfassungsdebatte erfunden hat oder nur eine bereits vorhandene griechische Persergeschichte verarbeitet.

[7] Bringmann, S. 267.

[8] Herodot III, 80.

[9] Herodot III, 82.

[10] Herodot III, 82.

[11] Herodot III, 82.

[12] Thukydides 2,65.

[13] Herodot I, 96.

[14] Herodot III, 82.

[15] Herodot III, 82.

[16] Herodot I, 96-100.



# Remember, remember the fifth of November

Mit diesen Worten beginnt ein altes britisches Gedicht. Es erinnert an eine Verschwörung aus dem 17. Jahrhundert. Am 5. November 1605 wollten einige katholische Verschwörer das englische Parlament und die anwesende Königsfamilie in die Luft sprengen. Guy Fawkes, der für die Ausführung verantwortlich war, brachte zu diesem Zweck 36 Fässer Schießpulver in den Keller des Parlaments. Die Kraft dieser Explosion hätte ausgereicht, um das komplette Parlamentsgebäude zu zerstören. Doch am Morgen des 5. November wurden Guy Fawkes und der Sprengstoff bei einer Inspektion des Kellers gefunden.

**Szene aus dem Film „V wie Vendetta“:**

---

***Hier klicken, um das Video auf YouTube anzusehen...***

---

Noch heute wird am 5. November das Scheitern des Attentats gefeiert – mit einem großen Feuerwerk. Doch warum wollten Guy Fawkes und seine Verschwörer das Parlament sprengen? Hintergrund war die massive Unterdrückung des katholischen Glaubens in Großbritannien. Während unter Königin Elisabeth noch eine gewisse religiöse Toleranz vorgeherrscht hatte, änderte sich dies unter ihrem Nachfolger Jakob I. deutlich. Doch Unterdrückung ist die Grundlage, auf der Terror gedeiht. Dabei sollte nicht vollständig vergessen werden, dass die katholische Seite auch nicht zimperlich war und unter allen Umständen wieder an die Macht wollte. Die Aufdeckung des Attentats verfestigte nun jedoch die Unterdrückung des Katholizismus für die nächsten 200 Jahre.

Die Verschwörung des 5. November wird auch heute noch von Kunst und Kultur aufgegriffen. So spielt das Lied „Remember“ von John Lennon auf das Attentat an. Eine zentrale Rolle spielen die Ereignisse des 5. November in der Comicreihe „V wie Vendetta“ und deren Verfilmung. Hier wird das Attentat positiver betrachtet: nämlich als Kampf gegen ideologische Unterdrückung. Das historische Ereignis dient hier als Muster einer Zukunftsgeschichte. Der Terrorist V liegt im Kampf mit einem faschistischen Staat und beide Seiten überschreiten dabei moralische Grenzen.

Der Kampf von V erscheint letztlich als notwendig, doch seine Taten lassen eine Rückkehr in die Gesellschaft nicht als möglich erscheinen. Der Tod von V nach seinem Sieg ist damit von der Logik eigentlich vorgegeben. Doch „V wie Vendetta“ zeigt auch die Gefährlichkeit der Angst vor dem Terror (egal ob staatlich oder nichtstaatlich). Die Faschisten kommen an die Macht, weil sie nach einem Terroranschlag Sicherheit versprechen und dafür die Freiheit nehmen. Auch wenn in der Kunst ein solches Thema natürlich zugespitzt wird: Die Aufgabe von (individuellen) Freiheiten nach dem 11.9.2001 zeigt, wie aktuell das Thema immer wieder ist.

Denn eines kann man aus dem 5. November lernen, egal ob in Kunst oder Geschichte: Wer Freiheiten aufgibt, um Sicherheit zu erlangen, wird beides verlieren.

---

# Ursachen für die Französische Revolution

---

## Inhaltsverzeichnis

[1. Einleitung](#)

[2. Hauptteil](#)

## [2.1 1789 - Der Ausbruch der Französischen Revolution](#)

## [2.2 Bedeutende Ursachen für die Französische Revolution](#)

### [2.2.1 Die Krise des französischen Staatswesens](#)

### [2.2.2 Die ökonomische Krise](#)

### [2.2.3 Der gesteigerte Einfluss des Dritten Standes](#)

### [2.2.4 Aufklärung und Entstehung einer öffentlichen Meinung](#)

## [2.3 Fazit](#)

## **[3. Schlussbemerkung](#)**

## **[4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)**

---

### **1. Einleitung**

Dieser Beitrag soll Aufschluss darüber geben, worin die bedeutendsten Ursachen für die Französische Revolution, die nicht nur in der Geschichtswissenschaft als eine wichtige Zäsur in der europäischen Geschichte bezeichnet wird, liegen könnten. Dies wird im Wesentlichen durch eine Zitation von ausgewählter Forschungsliteratur geschehen: Zunächst ist in diesem Zusammenhang der bedeutende französische Historiker Jules Michelet zu nennen, der „in seiner Zeit die eindringlichste, minutiöseste und [...], bis heute, die farbigste, ergreifendste Schilderung der Revolution geschrieben“[\[1\]](#) hat. Das französische Volk war für ihn der wahre Held der Revolution, und zwar „vom Bastillesturm an, den er nicht als eine politisch vernünftige Tat, sondern als einen Akt des Glaubens“[\[2\]](#) beschrieb. Daneben ist der Sozialist Louis Blanc mit seiner *Histoire de la Révolution française* zu erwähnen, der vom Exil in London aus „die dort vorhandenen Quellen, etwa über Emigrationen und über den Vendée-Aufstand“[\[3\]](#), auswertete und in der Französischen Revolution „Größen wie Autorität, Individualismus und Fraternité gegeneinander kämpfen“[\[4\]](#) sah. Als eine Darstellung, die „den Werken von Michelet und Blanc [...] in der historisch-kritischen Methode überlegen ist“[\[5\]](#), ist die *Geschichte der Revolutionszeit* von Heinrich von Sybels zu nennen, der die „europäisch-außenpolitische Ermöglichung der Revolution, den Umsturz des vom Ancien Régime aufgebauten europäischen Gleichgewichts durch die Girondisten [und] die sozialen Beweggründe zur Revolution, besonders die Eigentumsschichtung“[\[6\]](#), aufzeigte.

Für den wohl bedeutendsten französischen Historiker des 19. Jahrhunderts, Alexis de Tocqueville, war dagegen „die Richtung auf den zentralistischen bürokratischen Staat [entscheidend], und diese Richtung war schon deutlich in der staatlichen Entwicklung vor der Revolution zu sehen.“<sup>[7]</sup> Ein entscheidender „Durchbruch der Revolutions-Geschichtsschreibung, die sich auch den anonymen Volksmassen zuwandte, erfolgte unter Georges Lefebvres“<sup>[8]</sup>, der die „Geschichte der revolutionären Mentalitäten [begründete], eine Tradition, die von Ernest Labrousse und Michel Vovelle“<sup>[9]</sup> fortgeführt wurde. Labrousse „untersuchte die Krise der französischen Wirtschaft am Vorabend der Revolution und fügte den Ursachen des kollektiven Traumas die Relevanz der Wirtschaftskonjunktur hinzu.“<sup>[10]</sup> Die Revolutionsforschung prägte im 20. Jahrhundert aber insbesondere auch François Furet. Zur Französischen Revolution verfasste er zusammen mit Denis Richet eine Gesamtdarstellung, die „bis heute von keiner späteren übertroffen worden ist“<sup>[11]</sup>. Er trennte „das Problem der Französischen Revolution als sozialgeschichtlichem Umbruch vom Problem des Jakobinismus stärker“<sup>[12]</sup> und sah in dieser keinen „Umbruch oder [...] Bruch, sondern nur [...] eine etwas bewegtere, teils beschleunigte, teils auch hemmende Phase innerhalb einer längerfristigen Entwicklung von etwa 1750 bis 1830“<sup>[13]</sup>, weshalb der „Bruch [...] (sozusagen „nur“) in der Politik und im Bewußtsein festzustellen“<sup>[14]</sup> war.

Als aktuelle Forschungsliteratur werde ich u. a. *Die Französische Revolution* von Ernst Schulin, die als einführende Orientierung zur Revolutionsforschung sehr dienlich ist, *Die Französische Revolution* von François Furet und Denis Richet sowie *Das Blut der Freiheit. Französische Revolution und demokratische Kultur* von Rolf E. Reichardt verwenden, der in seinem Vorwort süffisant anmerkt, dass uns das „weltweit begangene Bicentenaire [...] zur 200. Wiederkehr des Jahres 1789 international - die Flut der Zeitschriftenaufsätze nicht eingerechnet - mit etwa 5000 Bänden an teilweise grundlegenden Quelleneditionen, Monographien und Kongreßakten überschüttet“<sup>[15]</sup> hat. Reichardt schlägt vor, die Französische Revolution weniger von den Ereignissen in Paris, sondern mehr von den Provinzen abhängig zu machen und von klassischen einheitlichen Darstellungen wie die von Jules Michelet abzurücken. Er stellt fest, dass „ein Großteil der neuen Forschungsliteratur aus Regionalstudien besteht“<sup>[16]</sup>, die der Revolution in der Provinz mehr Aufmerksamkeit als üblich verleihen.

## **2. Hauptteil**

## 2.1 1789 - Der Ausbruch der Französischen Revolution

Heinrich Heine bezeichnete das Jahr 1789 als *Jahr der Gnade*, in dem in Frankreich ein „Kampf um Gleichheit und Brüderschaft“[\[17\]](#) begann, wo die Machthaber „durch die Zeit ihre Kraft verloren und das Volk an Kraft gewonnen und nicht mehr aus dem Evangelium, sondern aus der Philosophie seine Rechtsansprüche geschöpft hatte“[\[18\]](#). Der Begriff der Französischen Revolution bezeichnet aus historischer Sicht den Zeitraum zwischen 1789 und 1799. Die Erstürmung der Bastille[\[19\]](#) durch die Pariser Bevölkerung am 14. Juli 1789, die ein spektakuläres Ereignis darstellte, „markierte schon für die Zeitgenossen den eigentlichen Beginn der Französischen Revolution“[\[20\]](#) und „obwohl strategisch bedeutungslos, hatte sie weitreichende politische Folgen“[\[21\]](#), da sie zeigte, „daß sich die Armee nicht mehr gegen die breite Bevölkerung einsetzen ließ, und machte damit auch einen Militärschlag gegen die Nationalversammlung unmöglich.“[\[22\]](#) Doch dieser Volksrevolution ging eine Verfassungsrevolution voraus: Im Zuge der Einberufung der Generalstände durch König Ludwig XVI. zum 5. Mai 1789 zur Beseitigung der schweren finanziellen Krise des Staates kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen König, Adel und Drittem Stand, der „eine Verfassung und [...] zunächst einmal Klarheit über den Abstimmungsmodus“[\[23\]](#) wünschte. Da diese bedeutenden Verfahrensfragen jedoch nicht gelöst wurden und der König aus diesen Entwicklungen geschwächt hervorging, ergriff der Dritte Stand die Initiative und erklärte sich mit der Feststellung, dass er die überwältigende Mehrheit des Volkes vertrete, am 17. Juni 1789 zur Nationalversammlung, wobei er auch Unterstützung von prominenten Vertretern aus Adel, wie Graf von Mirabeau, und Klerus, wie dem katholischen Geistlichen Abbé Sieyès, erfuhr. Dadurch „sind die Abgeordneten von Interessensvertretern einzelner Korporationen und Stände zu Repräsentanten Frankreichs geworden“[\[24\]](#).

Nachdem alle Versuche des Königs, diese Nationalversammlung aufzulösen, gescheitert waren, „stimmt[e] er [schließlich] einer Verfassungsrevolution zu, die sein dynastisches Erbrecht mit einem gewählten Parlament konfrontiert[e] und ihm als dem traditionellen Repräsentanten des Gemeinwohls mit der *Assemblée nationale constituante* (Erklärung vom 9. Juli 1789) einen konkurrierenden Souverän zur Seite stellt[e].“[\[25\]](#) Nach dieser gemäßigten und elitären „>>Revolution der Juristen<< [...] betritt das Volk von Paris die Bühne der Revolution“[\[26\]](#), das durch die Einnahme der Bastille in seinem Entschluss

bestärkt wurde, aktiven Widerstand gegen das Ancien Régime zu leisten. Fortan kam Paris eine bedeutende Rolle in der weiteren revolutionären Entwicklung zu: der Pariser Stadtrat bildete sich zu einer mächtigen Nebenregierung heraus und dessen Nationalgarde legte den Grundstein für die spätere Volksarmee. Die Nachricht von der Erstürmung der Bastille verbreitete sich rasch in ganz Frankreich und in der „ländlichen Bevölkerung, die durch Versorgungskrisen, vagabundierende Bettlerscharen und hochmütige adlige Grundherren ebenso drangsaliert wie sensibilisiert worden war, brach eine Kollektivpanik aus.

In der Normandie, in den Ardennen, im Elsass, in der Franche-Comté und im Saônetal stürmten bewaffnete Bauernscharen Schlösser, Klöster und grundherrliche Archive.“[\[27\]](#) Man kann die Ereignisse in Paris sozusagen als Initialzündung für viele andere Städte und Gemeinden ansehen, die ihre von den königlichen Beamten unterdrückten kommunalen Freiheitsrechte zurückerobern wollten.[\[28\]](#) Die Französische Revolution entsprang aber keiner homogenen Bewegung. Vielmehr verfolgten die Akteure an den unterschiedlichen regionalen Schauplätzen oft verschiedene Ziele, je nach Interessenslage, wobei sie sich trotz fehlender Gesamtkoordinierung gegenseitig stark beeinflussten. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung nach so bedeutsamen Vorgängen wie der Verkündung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* vom 26. August 1789 in der Absetzung des Königs am 21. September 1792, die das endgültige Ende der französischen Monarchie und den Übergang zur Republik markierte. Doch was könnten die wichtigsten Ursachen für diesen so gewaltigen gesellschaftlichen Umbruch gewesen sein?

## **2.2 Bedeutende Ursachen für die Französische Revolution**

Die Situation in Frankreich kurz vor dem Ausbruch der Revolution war „geprägt durch ein anhaltendes Bevölkerungswachstum, knapper werdende Erwerbsstellen, eine Krise des Textilgewerbes, steigende Preise bei stagnierenden Löhnen, schließlich durch eine wachsende Staatsverschuldung und einen innenpolitischen Dauerkonflikt der Krone mit den Volksvertretungsansprüchen der Obergerichte (*parlements*).“[\[29\]](#) Doch wie kam es dazu?

### **2.2.1 Die Krise des französischen Staatswesens**

Die strukturellen Mängel des absolutistischen[\[30\]](#) Regierungssystems in

Frankreich führten zu einer Finanzkrise von ungeheurem Ausmaß, das lag „vor allem am Verwaltungsaufbau und am Steuerwesen, – und daran, daß beides nicht zu reformieren war“[\[31\]](#). Denn Zwischengewalten, wie Provinzialstände, Adel und Klerus, die im positiven Sinne auf eine Reformierung der veralteten staatlichen Strukturen hätten hinwirken können, „konnten strukturmäßig blockieren und sie taten es.“[\[32\]](#) Dem Königtum war es nicht gelungen, diese Zwischengewalten zu Gunsten einer mächtigen staatlichen Zentralgewalt auszuschalten, vielmehr wirkte diese insbesondere aufgrund der entgegengesetzten Bestrebungen von Adel und Drittem Stand geradezu paralytisch: so griff der Adel „den Absolutismus im Namen der Tradition an, während die aufgeklärte Meinung des Dritten Standes ihn im Namen der Reformnotwendigkeiten“[\[33\]](#) angriff. Das Königtum erlitt in diesem Zusammenhang bis zum Ausbruch der Französischen Revolution einen immensen Autoritäts- und Machtverlust. Gerade die „althergebrachte Form der Steuerveranlagung, die den Adel von der *taille*[\[34\]](#) ganz befreit[e] und der Kirche die Möglichkeit gibt, durch immer neue Vergleiche billig davonzukommen“, barg eine explosive Mischung sozialen wie wirtschaftlichen Sprengstoffes in sich. Denn wenn die „große Menge des produzierten und akkumulierten Reichtums“[\[35\]](#) von den Steuern befreit war, so unterlagen gerade die Einkünfte des *Kleinen Mannes* einer unzumutbaren Mehrbelastung durch steuerliche Abzüge.

Unter anderem diese im höchsten Maße ungerechte Besteuerung und die Weigerung des Königs, die Steuerbefreiung von Privilegierten wie dem Adel zu beseitigen, machten die Finanzkrise zugleich zu einer *Krise der Gesellschaftsordnung*. Der immer rapider steigende Finanzbedarf, besonders auffällig werdend im Zuge der Beteiligung am amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, und die damit verbundenen Maßnahmen zu dessen Deckung, wurden zum Schlüsselproblem des absolutistischen Systems: denn „erstens begab sich die Krone in Abhängigkeit privater Financiers, zweitens trieb sie die Steuern mittels privater Steuerpächter ein, die sich häufig selbst bereicherten und beim Volk verhasst waren, drittens führte die Praxis des Ämterverkaufs zu Korruption und zur Schaffung vieler neuer Ämter, die keinem praktischen Bedarf entsprangen.“[\[36\]](#) Jedwede Reformbemühungen indes wurden im Keim erstickt: Das lässt sich sehr gut am Beispiel des emsigen Finanzministers Anne Robert Jaques Turgot verdeutlichen, der sich um wirkliche Finanz-, Verwaltungs- und Justizreformen bemühte, aber im Frühjahr 1776 mit seinem Reformwerk – wozu u. a. die Aufhebung des Zunftzwanges, die Ablösung der

Fronddienste, die Besteuerung des Grundbesitzes und die Sanierung der Staatsfinanzen durch Sparpolitik gehörte – am Widerstand der privilegierten Stände scheiterte.

Der Adel indes griff „nach der Staatsführung, nach den wichtigen weltlichen und kirchlichen Ämtern, und erdrückt[e] unter seinem gesellschaftlichen Übergewicht, seinem Reichtum und seinem politischen Konservativismus die vernünftigen Anwandlungen des Königs und die Reformpläne der oft bemerkenswert tüchtigen Verwaltung.“[\[37\]](#) Einen vorläufigen Höhepunkt fand diese Auseinandersetzung zwischen König und Adel in der sogenannten *Adelsrevolte* von 1787, als die vom König einberufene sowie von Aristokraten und Klerus dominierte Notabelnversammlung den geplanten Reformmaßnahmen der Staatsverwaltung ihre Zustimmung verweigerte.

## **2.2.2 Die ökonomische Krise**

Eng verbunden mit den strukturellen Mängeln des absolutistischen Staates, der kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand, insbesondere bezüglich des veralteten und ungerecht gestalteten Steuerwesens, war auch die ab Ende der 1770er Jahre bis zum Ausbruch der Revolution immer deutlicher zutage tretende wirtschaftliche Krise. Zunächst einmal kam es infolge von Preisrückgängen auf wichtige Produkte wie Wein und Getreide zu einer Regression, die die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung stark minderte: Diese Preisrückgänge traten zuerst „bei den Weinpreisen auf, die durch katastrophal reiche Ernten bis auf die Hälfte zurückgingen und die Verdienste der Weinbauern zunichtemachten. Dann gingen die Kornpreise zurück und blieben bis 1787 sehr niedrig.“[\[38\]](#) Da im Frankreich dieser Zeit der Landwirtschaft im Wirtschaftssystem eine dominierende Stellung zukam und es sich bei Wein und Getreide um die Schlüsselprodukte auf diesem Sektor handelte, ist es verständlich, dass die eben benannten Entwicklungen einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Gesamtwirtschaft hatten, wobei der „nicht überall gleiche Preisrückgang bei Korn und Wein in den achtziger Jahren vor allem die bäuerliche Bevölkerung [traf], den zahlenmäßig größten Teil also, ohne den Mechanismus der Gesamtwirtschaft zu lähmen.“[\[39\]](#) Hinzu kam, dass der 1786 mit England geschlossene Handelsvertrag, der einen erheblichen Abbau von Importzöllen vorsah, dazu führte, dass der französische Markt mit englischen Erzeugnissen geradezu überschwemmt wurde, vor allem mit Textilien, was zu einer „schweren Krise der französischen Textilindustrie“[\[40\]](#) führte und damit auch für mehr Arbeitslosigkeit im Lande sorgte.



Da die Gewinne aus Grund und Boden erheblich zurückgingen, erhöhten viele adelige Grundherren darüberhinaus die Feudalabgaben[41], was für die bäuerliche Bevölkerung eine weitere Mehrbelastung bedeutete. Auch sahen sich die Bauern durch „viele [...] Modernisierungsmaßnahmen wie die Vergrößerung der Domänen, Einhegungen, Usurpation von Gemeinderechten sowie durch den Anstieg der Bodenspekulation [...] in ihrer traditionellen Wirtschaftsweise bedroht“[42] was sie zu zahlreichen Prozessen gegen ihre Grundherren veranlasste. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Feudalrechte und die aus ihnen hervorgehenden Belastungen landesweit von unterschiedlicher Gewichtung gewesen sind: Waren sie in Nordfrankreich – hier prangerten die Bauern eher die Jagdrechte an –, rund um Paris und im Süden eher unwesentlich, so befanden sich die „Regionen mit starker Feudalherrschaft [...] in einem breiten Landgürtel von der Bretagne über Anjou und Poitou bis zur Bourgogne und Franche-Comté.“[43] Neben diesen wichtigen mittelfristigen Aspekten, kam es schließlich im Sommer 1788 zu einer verheerenden Missernte, was dazu führte, dass die Getreidepreise massiv stiegen und das äußerst knappe Brot erheblich teurer wurde. Dies traf „eine Landbevölkerung, die unter zehn schlechten Jahren gelitten hat, also weder Vorräte besitzt, um durchzuhalten, noch Überschüsse, um sie zu verkaufen“[44], während in „der Stadt [...] der Preisanstieg brutal die Kaufkraft der einfachen Leute und die Absatzmöglichkeiten der Gewerbebetriebe“[45] reduzierte. Im gleichen Zuge mit der drastischen Verringerung des Warenangebotes erhöhten sich also die Preise für dieses, was vor allem den *Kleinen Mann* traf, ob auf dem Lande oder in der Stadt lebend.

Die Lebensmittelknappheit im „Winter 1788/1789 führt[e] zu zahlreichen Gewaltakten und Unruhen“[46], während der „ländliche Absatzmarkt [...] der städtischen Industrie [fehlte], die schon der anglo-französische Handelsvertrag des Jahres 1786 schwer getroffen hat[te], und die hochschnellenden Preise beschneiden nun ein Volkseinkommen, das bereits von der Arbeitslosigkeit beeinträchtigt worden“[47] war. Mit einer enormen Steuerlast und einer steigenden Inflation konfrontiert, litt ein großer Teil der französischen Kleinbürger als auch Bauern unter akuten Hungersnöten, die in der Folgezeit zu mehreren regionalen Aufständen führten. Dagegen ging es den steuerbefreiten Vertretern von Adel und Klerus sowie dem zum Wohlstand, aber bis dato nicht zu großem politischen Einfluss gekommenen Großbürgertum recht gut – trotz der Wirtschaftskrise, die „alle sozialen und politischen Spannungen, die aus der

ganzen Entwicklung des Jahrhunderts entstanden sind, aufs äußerste“[\[48\]](#) steigerte. All diesen Entwicklungen entsprang dann die *große Allianz des Dritten Standes*.

### **2.2.3 Der gesteigerte Einfluss des Dritten Standes**

Etwa 98 Prozent der Franzosen gehörten am Ende des 18. Jahrhunderts dem sogenannten *Dritten Stand*, dem *tiers état*, an, der trotz seiner zahlenmäßigen Dominanz und den hauptsächlich von ihm getragenen Steuerlasten bis zum Ausbruch der Französischen Revolution jedoch kaum über eine politische Mitbestimmung in der Monarchie unter Ludwig XVI. verfügte. Dem Dritten Stand gehörten „Vertreter des Bürgertums (Fabrikanten, Fernhändler, Bankiers) ebenso wie Kaufleute, Juristen, Handwerker und Kleinhändler, Groß- und Kleinbauern bis hin zu den städtischen und ländlichen Unterschichten“[\[49\]](#) an. Auf dem Höhepunkt der politischen Krise erschien im Januar 1789 die Flugschrift eines Mannes, der, wie so viele Vertreter aus Adel und Klerus in dieser Zeit, zum Dritten Stand übergelaufen war und der von der rhetorischen Sprache her im Vergleich zu den vielen anderen Flugschriften in dieser vorrevolutionären Phase wohl am besten auf den Punkt brachte, wie bedeutungsvoll eben jene 98 Prozent des französischen Volkes waren und der von der *Nation* sprach. Die Rede ist von dem katholischen Geistlichen Abbé Sieyès, der unter anderem feststellte: „Der Dritte Stand umfaßt also alles, was zur Nation gehört; und alles, was nicht der Dritte Stand ist, kann sich nicht als Bestandteil der Nation ansehen. Was also ist der Dritte Stand? ALLES.“[\[50\]](#)

So mannigfaltig die sozialen Gruppen waren, die diesem Dritten Stand entstammten, so unterschiedlich waren oft auch deren Reformvorstellungen: So forderten die „reichen städtischen Oberschichten [...] in erster Linie [...] Finanzreformen und [eine] Liberalisierung der Wirtschaft [...]. Aus den stadtbürgerlichen Mittelschichten [...] kam[en] [...] Forderungen nach politischer Partizipation und Steuergerechtigkeit. Den Unterschichten blieb kaum ein anderes Mittel, als mit kleinen Revolten auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.“[\[51\]](#) Eine herausragende Rolle in den Reihen des Dritten Standes kam dem städtischen Bürgertum[\[52\]](#) bzw. der Bourgeoisie zu, die innerhalb des Dritten Standes zwar zahlenmäßig eine Minderheit bildete, aber die einflussreichste und führende Schicht darstellte. Deren wirtschaftliche Interessen standen nicht grundsätzlich konträr zu denen des Adels, der seinerseits oftmals bürgerliche Verhaltensmuster zeigte, indem sich viele Vertreter von diesem z. B.

an Handel und gewerblicher Produktion beteiligten. Das Bürgertum wurde zum Nutznießer einer immer rasanteren kapitalistischen Entwicklung und profitierte „von dem um das Mehrfache gestiegenen Zahlungsmittelumlauf, von der schleichenden Inflation, von dem anschwellenden Strom der produzierten und gehandelten Güter“[\[53\]](#), wobei bei diesem „elementaren Kapitalismus [...] oft alle Formen der Geldvermehrung - Bankgeschäft, Handel, Reederei oder Manufaktur - zugleich betrieben“[\[54\]](#) wurden.

Gerade im Großbürgertum regte sich immer mehr Missfallen darüber, dass es trotz seiner wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung kaum über politischen Einfluss verfügte, während der Adel noch immer seine Privilegien hatte und weiterhin die politischen Führungspositionen im Staat besetzte. Die Folge war, dass das Bürgertum sich mehr und mehr gegen die ständische Gesellschaftsordnung stellte. Und obwohl es innerhalb des im 18. Jahrhundert besser denn je „ausgebildet[en], belesener[en], aufgeklärter[en] und politisierter[en]“[\[55\]](#) Bürgertums nicht minder Konflikte und Spannungen kultureller - wie zwischen Konservativen und Reformern - und ökonomischer Natur - wie zwischen Arm und Reich - gab, so einte doch alle Beteiligten die Ablehnung gegen die Vorrechte der Aristokraten, wie z. B., dass die Geburt darüber entschied, wer zum Adel gehörte oder nicht. Dagegen nahmen die gesellschaftlichen Konflikte zwischen „den Ständen, zwischen Privilegierten einerseits und nichtprivilegierten Reichen und beruflich Ehrgeizigen andererseits [...] mehr im nichtökonomischen [...], im gesellschaftlich-politisch-ideologischen Bereich“[\[56\]](#) zu. Dies basierte vor allem auf einem gestiegenen antiständischen „Bewußtsein (weniger [...] ein[em] Klassenbewußtsein) durch wirtschaftliche Macht, Aufklärung und amerikanische Erfahrung.“[\[57\]](#)

So bedeutend aber auch die Rolle des Bürgertums im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Französischen Revolution gewesen sein mag, so wichtig ist die Feststellung, dass es diese wohl nicht ohne eine grundsätzliche Revolutionsbereitschaft aller sozialen Schichten - vom Adel (siehe Überläufer wie Mirabeau) bis zum Bauern - gegeben hätte, die insbesondere durch das marode und bankrotte Staatssystem hervorgerufen wurde.

#### **2.2.4 Aufklärung und Entstehung einer öffentlichen Meinung**

Viele Vertreter jener Zeit, also im ausgehenden 18. Jahrhundert, ob nun aus der königlichen Bürokratie stammend, ob Adelige, Bürgerliche oder Wohlhabene im

Allgemeinen, waren von Kindesbeinen an stark von der Aufklärungsphilosophie beeinflusst worden. Dies führte zu einem enormen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel: so zweifelten auf der einen Seite bereits viele Adelige an der Legitimität der Vorrechte, die ihnen traditionell zustanden und auf der anderen Seite gewann das Bürgertum – nicht nur wegen seiner steigenden wirtschaftlichen Bedeutung – an immer größerem Selbstbewusstsein und kritisierte mehr und mehr die Privilegien althergebrachter Autoritäten wie König, Adel und Klerus als auch das absolutistische System als solches. Zu den in Frankreich bedeutendsten Aufklärern gehörten Männer wie Montesquieu (1689-1755), Voltaire (1694-1778) und Rousseau (1712-1778). Auch wenn diese nicht direkt eine Revolution bzw. eine Zerstörung des absolutistischen Staates, sondern vielmehr dessen Reformierung, hin zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung unter der Autorität der Vernunft, forderten, war doch die Wirkung ihrer Gedanken umso durchschlagender: Ihre „Denkbemühungen [...] treffen sich samt und sonders in der Kritik an der Kirche und Willkürherrschaft und in dem Streben nach Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Menschenrechten.“[\[58\]](#)

Mit diesem Einfluss der Aufklärungsphilosophie ging auch die Bildung einer *öffentlichen Meinung* ab etwa der Mitte des 18. Jahrhunderts einher, die durch die Schaffung neuer Kommunikationsstrukturen, wie z. B. das Zeitschriftenwesen, ermöglicht wurde.[\[59\]](#) Außerdem trafen sich Gelehrte und Interessierte, unabhängig von Standesunterschieden, in „Logen, Salons, Cafés und Lesegesellschaften [und] die Errichtung von Akademien erlaubte überdies den außeruniversitären institutionellen Zusammenschluss von Wissenschaftlern in ganz Frankreich.“[\[60\]](#) Die Folge davon war ein rasanterer Wissens- bzw. Bildungstransfer als jemals zuvor, der die gesamte Gesellschaft, also alle sozialen Schichten, durchzog, und nicht nur auf die Eliten Frankreichs beschränkt gewesen blieb. Die sich allmählich herausbildende Öffentlichkeit wurde zu einem nicht unwesentlichen politischen Faktor, der sich mehr und mehr dem Einfluss der herrschenden Monarchie entzog und einen nicht unwesentlichen Anteil an deren immensen Autoritätsverlust hatte.

## **2.3 Fazit**

Erst aus dem „mehr oder weniger zufälligen Zusammentreffen mehrerer Faktoren [...], wie z. B. dem Staatsbankrott und der Adelsrevolte von 1787, einer Teuerungs- und einer Beschäftigungskrise, der Erhöhung der Feudallasten am

Ende des Ancien Régime, der Agitation der Parlamente gegen die Krone, der Kleinmütigkeit und Schwäche des Königs, [...] einer meteorologischen Krise, die die Hungerwinter von 1787 bis 1789 bewirkt hat[te]“[\[61\]](#), zusätzlich befeuert durch das Erstarren des Bürgertums, verbunden mit dem veränderten gesellschaftlichen Bewusstsein im Zuge der Aufklärung und dem Entstehen einer kritischen öffentlichen Meinung, wird der Ausbruch der Französischen Revolution erklärbar. Zu den langfristigen Ursachen zählte insbesondere die Reformunfähigkeit des französischen Staatswesens, die sich aus eklatanten strukturellen Mängeln des absolutistischen Systems ergab, wie der im höchsten Maße ungerechten Gestaltung des veralteten Steuerwesens, das einseitig Adel und Klerus zu Lasten der nichtprivilegierten Bevölkerung begünstigte. Mittelfristige und kurzfristige Ursachen waren u. a. eine hereinbrechende ökonomische Krise, vor allem auf dem wirtschaftlich bedeutenden Sektor der Landwirtschaft, wo es zudem im Jahr 1788 zu einer erheblichen Missernte kam, die den *Kleinen Mann* hart traf und zu einer großen Hungersnot führte sowie ein sich veränderndes – antiaristokratisches und antikirchliches – gesellschaftliches Bewusstsein im Zuge der Aufklärung, das alle sozialen Schichten, vor allem Adel und Bürgertum, durchdrang. Damit verbunden fand das wirtschaftlich immer bedeutendere Bürgertum zu einem stetig wachsenden Selbstbewusstsein. Mit dem verbreiteten Einzug aufklärerischen Gedankenguts ging auch die Entstehung einer politisierten öffentlichen Meinung einher, die sich immer mehr der Kontrolle des absolutistischen Systems entzog und dieses zunehmend kritisierte. Hinzu kam eine eklatante Finanzkrise des Staates, die sich aus einem drastisch gestiegenen Finanzbedarf – z. B. infolge der Beteiligung am amerikanischen Unabhängigkeitskrieg – ergab und dazu führte, dass sich König und Staatsverwaltung mit einem drohenden Staatsbankrott konfrontiert sahen, was verbunden mit der Reformblockade des Adels deren Autorität und Macht erheblich schwächte. Der Dritte Stand, geführt vom Bürgertum, grenzte sich schließlich von den Privilegierten, wie Adel und Klerus, ab, wobei „die Einberufung der Generalstände revolutionsauslösend“[\[62\]](#) wurde.

### **3. Schlussbemerkung**

In der Einleitung habe ich einen kurzen Überblick zum Forschungsstand zur Französischen Revolution gegeben, wobei meine Auswahl an bedeutenden Historikern, die sich mit diesem historischen Ereignis beschäftigt haben, natürlich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, da diese Thematik

zu den am ausführlichsten behandelten in der neuzeitlichen Geschichtsforschung zählt. Vor allem die von mir verwendete Forschungsliteratur von Ernst Schulin sowie François Furet und Denis Richet erwies sich als sehr nützlich zur Beantwortung der Fragestellung, worin die bedeutendsten Ursachen für die Französische Revolution lagen. Zunächst habe ich wichtige Ereignisse rund um den Beginn der Revolution im Jahr 1789 skizziert, wie die Einberufung der Generalstände durch König Ludwig XVI. zum 5. Mai, die Erklärung des Dritten Standes am 17. Juni zur Nationalversammlung und den Sturm auf die Bastille vom 14. Juli, wobei ich deutlich machte, dass der *Volksrevolution* eine *Verfassungsrevolution* vorausging. Anschließend kam ich auf die bedeutendsten Ursachen für die Französische Revolution zu sprechen, wobei ich zu der Schlussfolgerung gekommen bin, dass das zeitgleiche Einwirken bzw. die Bündelung mehrerer Faktoren, wie die schwere Finanzkrise des unmittelbar vor dem Bankrott stehenden maroden absolutistischen Systems, die Verweigerungshaltung der Aristokratie bezüglich der Reformierung des Staatswesens und der Aufgabe von (Steuer-)Privilegien, die ökonomische Krise, das Erstarken des wirtschaftlich aufstrebenden Bürgertums und die Bildung einer kritischen Öffentlichkeit im Zuge der Aufklärung sowie der aus diesen Ereignissen resultierende Autoritäts- und Machtverlust von König und Staatsverwaltung, als verursachend und die Einberufung der Generalstände durch den König als Auslöser für die Französische Revolution angesehen werden können. In diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis von großer Bedeutung, dass kurz vor dem Ausbruch der Französischen Revolution ein zunehmend antiständisches Bewusstsein herrschte und eine Revolutionsbereitschaft in allen sozialen Schichten, vom Adel bis zum Bauern, anzutreffen war, mochte diese von Akteur zu Akteur auch aus unterschiedlichen Motiven entsprungen sein. Zu dieser Revolutionsbereitschaft wäre es ohne die gravierenden inneren Strukturängel, die das absolutistische System von Anfang an hatte und die im Laufe des 18. Jahrhundert voll zur Entfaltung kamen - wie die Reformunfähigkeit des französischen Staates -, wohl nie gekommen.

#### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

Quellen:

Heine, Heinrich: Tagesberichte: Beilage zu Artikel VI, in: Galley, Eberhard: Heinrich Heine Werke, 3. Bd., Schriften über Frankreich, Frankfurt a. M 1968.

Sieyès, Abbé: Was ist der dritte Stand?, in: Geschichte in Quellen, Bd. 4: Amerikanische und Französische Revolution, bearb. v. W. Lautemann, München 1981.

#### Literatur:

Furet, François: Das revolutionäre Frankreich. I. Der Aufstand des Adels und die vorrevolutionäre Krise, in: Das Zeitalter der europäischen Revolution 1780-1848, Fischer Weltgeschichte, Bd.26, hrsg. von L. Bergeron, F. Furet, R. Koselleck, Frankfurt a. M. 1998.

Furet, François; Richet, Denis: Die Französische Revolution, aus d. Franz. von Ulrich Friedrich Müller, Frankfurt a. M. 1987.

Michelet, Jules: Geschichte der Französischen Revolution, Band 1: Die Ursachen der Revolution und die Ereignisse des Jahres 1789, Hrsg., kommentiert u. mit ausführl. Reg. vers. von Jochen Köhler [Übers. von Richard Kühn], Frankfurt a. M. 1988.

Pelzer, Prof. Dr. Erich: Französische Revolution von 1789: Vom dritten Stand zur Nation, in: Der Brockhaus Multimedial, Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, Mannheim 2005.

Reichardt, Rolf E.: Das Blut der Freiheit. Französische Revolution und demokratische Kultur, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1999.

Reinalter, Helmut: Die Französische Revolution. Forschung - Geschichte - Wirkung (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle >>Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850<<), Frankfurt a. M. 1991.

Schulin, Ernst: Die Französische Revolution, 2. Aufl., München 1989.

#### **Internet:**

Büttner, Sabine: Die Französische Revolution - eine Online-Einführung (Url: <http://www.revolution.historicum-archiv.net/etexte/einfuehrung/inhalt.html>).

#### Fußnoten:

1. Schulin, Ernst: Die Französische Revolution, 2. Aufl., München 1989, S. 29.

2. Ebd. S. 29.
3. Ebd. S. 30.
4. Ebd. S. 30.
5. Ebd. S. 30.
6. Ebd. S. 30-31.
7. Ebd. S. 31.
8. Reinalter, Helmut: Die Französische Revolution. Frankfurt a. M. 1991, S. 13.
9. Reinalter S. 13.
10. Ebd. S. 13.
11. Schulin S. 46.
12. Ebd. S. 47.
13. Ebd. S. 47.
14. Ebd. S. 47.
15. Reichardt, Rolf E.: Das Blut der Freiheit. Französische Revolution und demokratische Kultur, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1999, S. 11.
16. Ebd. S. 11.
17. Heine, Heinrich: Tagesberichte: Beilage zu Artikel VI, in: Galley, Eberhard: Heinrich Heine Werke, 3. Bd., Schriften über Frankreich, Frankfurt a. M. 1968, S. 193.
18. Ebd. S. 11.
19. Anm.: Anm.: Die Bastille war eine achttürmige Burg am Tor Saint-Antoine in Paris, die zwischen 1370 und 1382 erbaut wurde und die seit dem 17. Jh. als Staatsgefängnis galt. Als Sinnbild königlicher Tyrannei besetzte das Volk sie am 14.7. 1789 u. erzwang deren Übergabe. 1790 wurde sie zerstört.
20. Reichardt S. 123.
21. Ebd. S. 123.
22. Ebd. S. 123.
23. Schulin S. 60.
24. Reichardt S. 119.
25. Ebd. S. 119-120.
26. Ebd. S. 120.
27. Pelzer, Prof. Dr. Erich: Französische Revolution von 1789: Vom dritten Stand zur Nation, in: Der Brockhaus Multimedial, Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, Mannheim 2005.
28. Vgl.: Büttner, Sabine: Die Französische Revolution - eine Online-



- Einführung: Verlauf der Revolution, Url:  
<http://www.revolution.historicum-archiv.net/etexte/einfuehrung/verlauf/verlauf.pdf>, S. 5.
29. Reichardt S. 114.
  30. Anm.: Der Begriff des Absolutismus charakterisiert im allgemeinen eine Regierungsform der Monarchie (absolutistische Monarchie), in der der jeweilige Herrscher, wie König oder Kaiser, durch Erbfolge die uneingeschränkte Macht besitzt und als oberster Souverän über den Gesetzen steht, aber u. a. an Naturrecht und Staatsgrundgesetze gebunden ist. In der neueren Forschung jedoch wird der Begriff des Absolutismus als historischer Epochenbegriff radikal in Frage gestellt (wie z. B. von Nicholas Henshall, der diesen als Mythos bezeichnete, der der komplexen Verfassungswirklichkeit – auch in Frankreich – kaum entsprach).
  31. Schulin S. 149.
  32. Ebd. S. 150.
  33. Furet, François; Richet, Denis: Die Französische Revolution, aus d. Franz. von Ulrich Friedrich Müller, Frankfurt a. M. 1987, S. 21.
  34. Anm.: Die Taille war eine direkte Steuer für nicht privilegierte Stände wie Bürger und Bauern.
  35. Furet; Richet S. 21.
  36. Büttner, Sabine: Die Französische Revolution – eine Online-Einführung: Hintergründe – Frankreich im 18. Jahrhundert, Url:  
<http://www.revolution.historicum-archiv.net/etexte/einfuehrung/hintergruende/hintergruende.pdf>, S. 4.
  37. Furet; Richet S. 21.
  38. Schulin S. 132.
  39. Furet; Richet S. 21.
  40. Schulin S. 132.
  41. Anm.: In diesem Zusammenhang „ist der Begriff Feudalsystem weniger zutreffend als es der Begriff 'seigneuriales System' wäre, der das System der Lokalgewalten, des Partikularismus bezeichnet.“ (Schulin S. 133.)
  42. Büttner, Sabine: Die Französische Revolution – eine Online-Einführung: Hintergründe – Frankreich im 18. Jahrhundert, Url:  
<http://www.revolution.historicum-archiv.net/etexte/einfuehrung/hintergruende/hintergruende.pdf>, S. 13-14.
  43. Schulin S. 135.

44. Furet; Richet S. 26.
45. Ebd. S. 26.
46. François Furet: Das revolutionäre Frankreich. I. Der Aufstand des Adels und die vorrevolutionäre Krise, in: Das Zeitalter der europäischen Revolution 1780-1848, Fischer Weltgeschichte, Bd.26, hrsg. von L. Bergeron, F. Furet, R. Koselleck, Frankfurt a. M. 1998, S. 35.
47. Ebd. S. 35.
48. Furet; Richet S. 26.
49. Sabine Büttner: Die Französische Revolution - eine Online-Einführung: Hintergründe - Frankreich im 18. Jahrhundert, Url: <http://www.revolution.historicum-archiv.net/etexte/einfuehrung/hintergruende/hintergruende.pdf>, S. 6.
50. Sieyès, Abbé: Was ist der dritte Stand?, in: Geschichte in Quellen, Bd. 4: Amerikanische und Französische Revolution, bearb. v. Wolfgang Lautemann, München 1981, S. 165.
51. Sabine Büttner: Die Französische Revolution - eine Online-Einführung: Hintergründe - Frankreich im 18. Jahrhundert, Url: <http://www.revolution.historicum-archiv.net/etexte/einfuehrung/hintergruende/hintergruende.pdf>, S. 7.
52. Anm.: Natürlich kann man, wenn man genauer differenzieren würde (wie auch beim Adel, Klerus usw.) nicht von „dem“ Bürgertum reden, da es verschiedene Ebenen oder Abstufungen innerhalb dieser Schicht gibt. Ich werde trotz dieser Tatsache im Folgenden von „dem“ Bürgertum sprechen, da ein „ins Detail gehen“ den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde..
53. Furet; Richet S. 37.
54. Ebd. S. 37.
55. Schulin S. 144.
56. Ebd. S. 144.
57. Ebd. S. 145.
58. Furet; Richet S. 37.
59. Vgl: Sabine Büttner: Die Französische Revolution - eine Online-Einführung: Hintergründe - Frankreich im 18. Jahrhundert, Url: <http://www.revolution.historicum-archiv.net/etexte/einfuehrung/hintergruende/hintergruende.pdf>, S. 11.
60. Ebd. S. 11.
61. Reinalter S. 36.

# Der Grundlagenvertrag von 1972

---

## Inhaltsverzeichnis

### [1. Vorwort](#)

### [2. Hauptteil](#)

#### [2.1 Die Zwei-Nationen-These](#)

#### [2.2 Wichtige politische Schritte im Vorfeld zum Grundlagenvertrag](#)

#### [2.3 Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972](#)

#### [2.4 Die Bedeutung des Grundlagenvertrages](#)

### [3. Fazit](#)

### [4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

---

## 1. Vorwort

Nun folgend werde ich mich mit dem am 21.12.1972 zwischen DDR und BRD geschlossenen Grundlagenvertrag beschäftigen, der den Weg für eine Normalisierung bzw. ein friedliches Nebeneinander in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten ebnet sollte.

## 2. Hauptteil

### 2.1 Die Zwei-Nationen-These

Hatte man bisher – zumindest offiziell – seitens der DDR in der Deutschlandfrage davon gesprochen, die nationale Einheit anzustreben, so wurde diese These spätestens auf dem VIII. Parteitag der SED vom 15. – 19. Juni 1971 zu Grabe

getragen. Erich Honecker hörte man schon Monate zuvor sagen, dass die These von der nationalen Einheit von nun an „nichts anderes als ein modifizierter Ausdruck von Revanchismus [sei], denn sie zielt letztlich auf die früher mit allen Mitteln nicht erreichte Unterordnung der DDR unter die imperialistische BRD“[1] ab. Dies bedeutete die Hinwendung zu einer Zwei-Nationen-These, wonach sich laut Honecker im „Gegensatz zur BRD, wo die bürgerliche Nation fortbesteht und wo die nationale Frage durch den unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und den werktätigen Massen bestimmt wird, [...] in der Deutschen Demokratischen Republik [...] die sozialistische Nation“[2] entwickelt. Mit einer Kursänderung in der Deutschlandpolitik, die mit der Ablösung Walter Ulbrichts durch Honecker einherging, und damit auch vom nationalen Alleinvertretungsanspruch wurde die „Anerkennungspolitik von der SED in den weiteren Horizont einer Koexistenz- und Integrationspolitik gestellt, welcher der SED auch wieder größere Flexibilität und mehr Verhandlungsfähigkeit“[3] der BRD gegenüber einräumte.

## **2.2 Wichtige politische Schritte im Vorfeld zum Grundlagenvertrag**

Im Zuge der Ostpolitik Willy Brandts und der bereits angesprochenen politischen Neuausrichtung der DDR in der Deutschlandfrage wurden richtungsweisende Abkommen hinsichtlich eines nachhaltigen Tauwetters in den Beziehungen zwischen DDR und BRD geschlossen, die zugleich das Fundament für den Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 bildeten. Den Stein des Anstoßes für solch ein Vertragswerk hatte Willy Brandt mit seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ins Rollen gebracht, in der er dem DDR-Ministerrat Verhandlungen auf Regierungsebene angeboten hatte. Und tatsächlich nahm nur ein Jahr später, am 27. November 1970, der Prozess des Meinungsaustausches über die Regelung der deutschen Frage zwischen den beiden deutschen Teilstaaten offiziell seinen Anfang. An diesem Tag trafen sich erstmals Michael Kohl, zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, und Egon Bahr, damals Staatssekretär im Bundeskanzleramt, zu ersten Gesprächen.

In diesen Zeitraum fallen auch die besagten Abkommen, zu denen - neben den im Rahmen der Entspannungspolitik Brandts seitens der BRD mit UdSSR (*Moskauer Vertrag* vom 12.8.1970) und Polen (*Warschauer Vertrag* vom 7.12.1970) vereinbarten Verträgen - das am 3. September 1971 unterzeichnete *Vier-Mächte-Abkommen über Berlin* zählt, das u.a. einen ungehinderten Transitverkehr

zwischen den Berliner Westsektoren und dem Bundesgebiet manifestierte sowie die politische und rechtliche „Stellung West-Berlins [festigte], das fortan als potenzieller Krisenherd bei politischen Zuspitzungen zwischen Ost und West ausgedient hatte.“[4] Desweiteren sollten am 17.12.1971 ein *Transitabkommen*, also eine Übereinkunft zum Reiseverkehr zwischen Ost- und Westberlin, und am 26.5.1972 ein *Verkehrsvertrag*, der Reiseerleichterungen für BRD- und DDR-Bürger beinhaltete, folgen.

### **2.3 Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972**

Der *Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik* bestand „aus einem Vertragstext und einer Reihe verbindlicher Vereinbarungen und Zusagen in Form von Protokollvermerken und Briefwechseln.“[5] In der Präambel des Vertrages ist u.a. zu lesen, dass beide Staaten, unbeschadet von grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen wie in der nationalen Frage, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa leisten wollen. Zur Erreichung dieses Zieles strebten sie nach Artikel 1 an, normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln. Zudem wollten sich beide Staaten gemäß Artikel 2 von den in der UN-Charta niedergeschriebenen Zielen und Prinzipien leiten lassen, vor allem der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung. In diesem Sinne bekundeten sie im Artikel 3 auch ihren Willen, Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen und sich der Anwendung von Gewalt oder auch nur deren Androhung zu enthalten sowie die Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenzen und ihrer territorialen Integrität zu achten. Im Artikel 6 bekräftigten sie schließlich, ihre beiderseitige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit in äußeren und inneren Angelegenheiten zu respektieren.

Damit konnte die DDR ein bedeutendes politisches Ziel erreichen, nämlich die Anerkennung ihrer Souveränität und Grenzen. In diesem Zusammenhang lässt sich feststellen, dass die SED von Anfang an „mit dem völkerrechtlichen Charakter des Vertrages [...] die zukünftige, auch friedliche Unveränderbarkeit der deutsch-deutschen Grenze und die Geltungskraft zweier deutscher Staatsbürgerschaften, die sich auf das jeweilige Territorium der Bundesrepublik und der DDR beschränkten, zu begründen“[6] versuchte. Doch gerade in Fragen

der Staatsbürgerschaft gab es erhebliche Differenzen. Während die DDR-Seite davon sprach, dass der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen vereinfacht, erklärte die BRD-Delegation, dass diese überhaupt nicht durch den Vertrag geregelt seien, womit auch weiterhin jeder DDR-Staatsbürger einen Anspruch auf das Bürgerrecht der BRD hatte, da es aus Sicht der Bundesrepublik auch weiterhin nur eine deutsche Staatsbürgerschaft gab. Auch bezüglich des vereinbarten Status der Grenzen zwischen BRD und DDR gab es – allerdings erst nach Abschluss des Grundlagenvertrages – Differenzen, da das Bundesverfassungsgericht – nach einer vom CSU-Politiker Franz Josef Strauß initiierten Verfassungsklage des Bundeslands Bayern gegen den Grundlagenvertrag – hinsichtlich der vereinbarten Grenzregelung in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag vom 31.7.1973 feststellte, dass für „die Frage, ob die Anerkennung der Grenze zwischen den beiden Staaten als Staatsgrenze mit dem Grundgesetz vereinbar ist, [...] die Qualifizierung als staatsrechtliche Grenze zwischen zwei Staaten [entscheidend ist], deren ‚Besonderheit‘ ist, daß sie auf dem Fundament des noch existierenden Staates ‚Deutschland als Ganzes‘ existieren, daß es sich also um eine staatsrechtliche Grenze handelt ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen.“[7]

Dies wurde u.a. im *Neuen Deutschland* kommentiert, wo es hieß, dass an „das Märchen, die DDR als Bundesland einverleiben zu können, [...] doch selbst nicht mehr die Schüler der Zwergschulen in der Bundesrepublik Deutschland“[8] glauben würden. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass jedoch genau diese *Einverleibung* mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 eintreten sollte. Bedeutsam für weitere Abkommen zwischen DDR und BRD sollte Artikel 7 sein, in dem sie festhielten, eine „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern.“[9] In einem Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag wurde dies genauer spezifiziert. Darüber hinaus ist noch der Widerstand seitens der Bundesregierung gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu erwähnen, der sich im Artikel 8 widerspiegelt, wo nur von *Ständigen Vertretungen* und nicht *Botschaften* die Rede ist, die errichtet werden sollen. Am 21. Dezember 1972 schließlich unterzeichneten die Verhandlungsführer beider Seiten den Grundlagenvertrag, der am 21. Juni 1973 in Kraft treten sollte. Legendär wurde folgende Aussage Egon Bahrs zur Vereinbarung zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag: *Bisher*

*hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben – und das ist der Fortschritt.*

## **2.4 Die Bedeutung des Grundlagenvertrages**

In der Vertragspolitik gilt der Grundlagenvertrag von 1972 bis zum noch bedeutungsvolleren Einigungsvertrag von 1990 als wichtigster Staatsvertrag zwischen DDR und BRD. Er bildete den Grundstein für ein komplexes und umfangreiches Vertragswerk, das von beiden Seiten in den folgenden Jahren immer mehr ausgebaut werden sollte und schuf nicht zuletzt die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 18 Jahre später. Als unmittelbare Wirkung dieser Übereinkunft von internationaler Tragweite kann der zwischen DDR und BRD bereits im Rahmen der Verhandlungen zum Grundlagenvertrag abgestimmte gemeinsame Beitritt zur UNO im Jahre 1973 gewertet werden. Der DDR war damit endgültig die Einbettung ins internationale System gelungen. Sie „kam 1972 als Mitglied in die UNESCO und 1973 in verschiedene Unterorganisationen der UN. Am 18. September 1973 fand die DDR als 133. Staat [...] Aufnahme in die Weltorganisation und wurde 1980 sogar für zwei Jahre nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates. Im September 1974 kam es auch zu diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der DDR, sie war nun in Ost und West anerkannt.“[10]

Der außenpolitische Aktionsradius der DDR wurde damit im erheblichen Maße erweitert – vortrefflich dokumentiert wird dies damit, dass ihr bis zum Jahr 1978 die völkerrechtliche Anerkennung durch insgesamt 123 Staaten gelang. Der damaligen Bundesregierung unter Willy Brandt wird auch heute noch von Kritikern der Ost- und Vertragspolitik vorgeworfen, damit der DDR zur Stabilisierung und Festigung verholfen zu haben. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass man diese „ohne Anerkennung [...] nicht für menschliche Erleichterungen [hätte] öffnen können. In Bonn war man sich klar, dass nur ein behutsames Vorgehen möglich war, eine offen betriebene Destabilisierung der DDR hätte damals nur zu ihrer größeren Abschottung und zum Eingreifen der Sowjetunion führen können.“[11] Und die Geschichte sollte der Entspannungspolitik Brandts auch Recht geben.

## **3. Fazit**

Die Ost- und Vertragspolitik Willy Brandts sowie die Abkehr der DDR vom

nationalen Alleinvertretungsanspruch, hin zu einer Zwei-Nationen-Theorie, bildeten die Voraussetzung für den Grundlagenvertrag aus dem Jahre 1972. Trotz der Tatsache, dass beide Seiten bei den Verhandlungen zum Grundlagenvertrag in vielen Punkten zutiefst unterschiedliche Positionen aufzuweisen hatten, wie beispielsweise in der nationalen Frage, erreichte man doch einen Grundkonsens, der zur Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen beitragen sollte. Der DDR gelang mit der Anerkennung ihrer Souveränität und Grenzen sowie dem völkerrechtlichen Charakter des Grundlagenvertrages die Einbindung ins internationale System und damit eine erhebliche außenpolitische Aufwertung. Zudem wurde von BRD und DDR der Weg für einen gemeinsamen Beitritt zur UNO im Jahre 1973 frei gemacht. Langfristig gesehen bildeten der Grundlagenvertrag und die damit verbundenen Folgeverträge die Voraussetzung für die im Jahre 1990 vollzogene Wiedervereinigung beider Teilstaaten.

#### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

Quellen:

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969 - 1976. Bericht und Dokumentation, Bonn 1977.

Honecker, E.: Rechenschaftsbericht des ZK der SED auf dem VIII. Parteitag der SED 1971, in: DA 7/71.

Honecker auf der 14. Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1970, in: Brandt, Peter. / Ammon, Herbert: Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts betreffend die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Juli 1973, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003.

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der



deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003.

#### Literatur:

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Fraude, Andreas: Die Außenpolitik der DDR, Erfurt 2006.

Seidel, Karl: Berlin-Bonner Balance, Berlin 2002.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006.

#### Fußnoten:

[1] Honecker auf der 14. Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1970, in: Brandt, Peter. / Ammon, Herbert: Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981, S. 315.

[2] Honecker, E.: Rechenschaftsbericht des ZK der SED auf d. VIII. Parteitag der SED 1971, in: DA 7/71, S. 770.

[3] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 165.

[4] Fraude, Andreas: Die Außenpolitik der DDR, Erfurt 2006, S. 38.

[5] Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 87.

[6] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 167.

[7] Urteil des Bundesverfassungsgerichts betreffend die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Juli 1973, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der deutsch-deutsche

Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003, S. 154.

[8] Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969 – 1976. Bericht und Dokumentation, Bonn 1977, S. 197.

[9] Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972, in: Küchenmeister, Daniel / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger: Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen, Potsdam 2003, S. 120.

[10] Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 88.

[11] Seidel, Karl: Berlin-Bonner Balance, Berlin 2002, S. 170.

---

# Frauenleitbild in der DDR

---

## Inhaltsverzeichnis

### [1. Vorwort](#)

### [2. Hauptteil](#)

#### [2.1 Das Frauenbild](#)

#### [2.2 Das ostdeutsche Frauenleitbild](#)

#### [2.3 Auswirkungen](#)

#### [2.4 Staatliche und nichtstaatliche Frauenbewegung](#)

### [3. Fazit](#)

### [4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

---

## 1. Vorwort

*„Als ich ihnen dann schließlich begegnete, Anfang 1990, erschreckten mich ihre verhärmtten Gesichter, die abgearbeiteten Gestalten, sie sahen so ausgepowert aus und hatten ein Selbstbewusstsein und einen Pragmatismus, die mich faszinierten. Ihr Auftreten war so resolut, manchmal fast unfreundlich, und wenn ich auf Frauenbewegte traf, irritierte mich ihre burschikose und kurz angebundene Art. Überallhin schleppten sie ihre Kinder mit, forderten lautstark die Erhaltung der Kinderbetreuungseinrichtungen – und wir dachten geringschätzig: Was hat das mit Feminismus zu tun?“*

[Ulrike Baureithel]

Als ich etwa acht Jahre alt war, hörte meine Mutter vorübergehend auf zu arbeiten. Bis dahin war sie Fernmeldemechanikerin bei der Post gewesen, technisch geschult, in einer Männerdomäne arbeitend und staatlich ununterbrochen überwacht. Familiäre Ereignisse, die hier nichts zur Sache tun, und die Erziehung von vier Kindern nahm sie derart in Beschlag, dass sie, sehr zum Unverständnis unseres kompletten Umfeldes, zunächst einmal eine Weile nur Hausfrau und Mutter sein wollte. Ein Skandal! Ich war in meiner Klasse das einzige Kind, das nach dem Unterricht direkt nach Hause gehen konnte und dort von der Mutter empfangen wurde. So blieben mir zu meiner Freude Schulspeisung und Nachmittagshort erspart und ich wurde von meinen Mitschülern beneidet. Viele ihrer Eltern äußerten Unverständnis dafür, dass ich mich auf diesem Wege der nachmittäglichen Gemeinschaft entziehen konnte; es wurde sogar auf einem Elternabend angesprochen.

Eine gute Mutter, eine engagierte ostdeutsche Frau, sei sehr wohl in der Lage, Kindererziehung, familiäre Schwierigkeiten und den Beruf zu vereinbaren. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie unsere politisch stark engagierte Lehrerin dies mit süffisantem Unterton zu einer Kollegin sagte und mich dabei ansah. Das sei ja wie im kapitalistischen Westen, das würde all das, was die Frauen und die Frauenbewegungen der DDR erreicht hatten, zunichte machen, wo kämen wir denn da hin! Damals verstand ich das überhaupt nicht: was war denn so schlimm

daran, dass meine Mutter zuhause war? Immerhin hatte sie mit uns vieren alle Hände voll zu tun, vor allem, wenn mein Vater wieder einmal im Ausland zeigen musste, wie fortschrittlich die Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik doch war. Und was hatte denn die Frauenbewegung mit unserer Familie zu tun? Kam die vorbei und wusch die schmutzige Wäsche oder kochte für uns hungrige Kinder?

## **2. Hauptteil**

### **2.1 Das Frauenbild**

Nach dem Fall der Mauer 1989 und der Wiedervereinigung 1990 gab es immer wieder Debatten über die Unterschiede im Frauenbild der DDR und der BRD. Das Verhältnis zwischen Feministinnen in Ost und West ist auch heute, 17 Jahre später, noch gespannt.

*„Unterschiedliche Erfahrungen und Sozialisation von Frauen in DDR und BRD führen heute zu einer Situation in Feminismus, Frauenforschung und -bewegung, die zwischen Ost und West von mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten geprägt ist und nicht einfach durch einen `schwesterlichen` Diskurs zu beheben ist, auch wenn allem Anschein nach die derzeitige gesellschaftliche Situation gemeinschaftliches Handeln erfordert.“*

[Ulrike Baureithel]

Die Leitbilder, die in BRD und DDR propagiert wurden, waren grundsätzlich verschieden. Beide Leitbilder waren politisch-ideologisch geprägt und wirkten sich unmittelbar auf die Lebensrealität der Frauen und die Frauenpolitik in beiden Ländern aus. In der BRD war das herrschende Leitbild der Frau das der Hausfrau und Mutter. Resultat war eine Vielzahl kultureller und politischer Ausschlussstrukturen, wie beispielsweise Behinderungen von Karriere und Berufsleben und die weitgehende Unvereinbarkeit von Kind und Karriere. Eine landesweit deckende Versorgung mit Betreuungseinrichtungen fehlte und fehlt bis heute. In der DDR herrschte hingegen das Leitbild der qualifizierten berufstätigen und gesellschaftlich aktiven Mutter. Die Betreuung der Kinder war vom Säuglingsalter an staatlich und auch finanziell gewährleistet, so dass der Entsprechung des Leitbildes weitgehend nichts im Wege stand.

Sozialpolitische Maßnahmen in Bezug auf Frauen und Kinder folgten den

jeweiligen Leitbildern, und so sind die entstandenen Frauenbewegungen in DDR und BRD als kritische Antwort auf die resultierenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen. Nach der Wiedervereinigung kollidierten beide bestehende Leitbilder. Zwar wird - insbesondere von Politikerinnen - verstärkt gefordert, die Kinderbetreuung auch staatlich zu gewährleisten und karrierebewusste Mütter moralisch und rechtlich zu unterstützen, doch scheint sich unterschwellig das westliche Leitbild durchgesetzt zu haben. Auf politischem Wege werden diesem zumindest weit weniger Steine in den Weg gelegt als dem Leitbild der arbeitenden Mutter, welches den tatsächlich herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen weit mehr entsprechen würde. In Zeiten von Hartz IV und insbesondere im Osten wachsenden finanziellen Nöten werden dennoch Mittel gekürzt, Betreuungsschlüssel erhöht und immer mehr Tagesstätten und Kindergärten geschlossen, sodass viele Frauen gezwungen sind, die Betreuung der Kinder selbst zu übernehmen - es sei denn, sie sind finanziell so gut gepolstert, dass sie sich eine private Betreuung leisten können.

## **2.2 Das ostdeutsche Frauenleitbild**

*„Das Frauenbewusstsein ist eine eigenständige Ebene der Aneignung, Kontrolle und Gestaltung von Gesellschaft“*

[Ulrike Baureithel]

Die Wurzeln des ostdeutschen Leitbildes finden sich in der (proletarischen) Arbeiterbewegung. Ausgangspunkt war die Vorstellung, dass sich aus dem Kapitalismus geborene Widersprüche der Gesellschaft auf dem Weg zum Kommunismus lösen werden und dass die Lösung der Klassenfrage auch die auftretenden „Nebenwidersprüche“ wie die Emanzipation der Frau beinhalten würde. Gleichzeitig wurde die rechtliche Gleichstellung und die Förderung der Berufsintegration der Frauen bereits als faktische Gleichstellung betrachtet.

Von Beginn an hatte die DDR die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Verfassung verankert:

*„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“*

[Verfassung der DDR, Artikel 20, Absatz 2]

Sozialistische Gleichberechtigungspolitik in Form staatlicher Maßnahmen erfasste allerdings nicht beide Geschlechter, sondern konzentrierte sich auf die Frau. Demzufolge zielte die Frauenpolitik zunächst im Kern auf die Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit als Voraussetzung für die gesellschaftliche Gleichberechtigung. In einer nächsten Phase dienten bis Ende der 60er Jahre zahlreiche sozial- und bildungspolitische Maßnahmen der (nachholenden) Qualifizierung von Frauen: So gab es beispielsweise Frauenausschüsse in den Betrieben, Frauenförderpläne für Qualifikation und Aufstieg im Betrieb, Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen, vor allem in technischen Berufen, es gab Frauensonderklassen an Fachschulen und die Möglichkeit zum Sonderstudium an Hochschulen für die Frauen, die bereits Berufserfahrungen hatten. Ebenso bestand die Möglichkeit von Teilstudien zur Erlangung eines Hoch- oder Fachschulabschlusses für Frauen, denen ein volles Abend- oder Fernstudium zeitlich nicht möglich war.

So hatten (1988) 81% der berufstätigen Frauen eine abgeschlossene Berufsausbildung und davon etwa 20% einen Fach- oder Hochschulabschluss. In Leitungsfunktionen waren jedoch ähnlich wie im Westen nur 2,5% dieser Frauen vertreten, was auch heute noch Fragen bezüglich der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau aufwirft. Seit Ende der 60er Jahre erfolgte eine bevölkerungspolitisch motivierte Veränderung der Frauenpolitik als Reaktion auf die auffallend sinkende Geburtenrate.

Auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurden zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen beschlossen, die auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf zielten: So beschloss man das bezahlte Babyjahr, die Verkürzung der Arbeitszeit von Müttern, einen bezahlten Haushaltstag, erhöhten Grundurlaub für Mütter, Freistellung zur Pflege kranker Kinder, einen Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen von 90% sowie die gesetzlich geregelte Geburtenbeihilfe (1000,-Mark pro Kind), einen Ehekredit, der bei der Geburt von 3 Kindern innerhalb von 8 Jahren nicht zurückgezahlt werden musste, bevorzugte Wohnungsvergabe für junge Ehepaare und - damals bahnbrechend - die Möglichkeit zur kostenfreien Schwangerschaftsunterbrechung bis zur 12. Woche.

## **2.3 Auswirkungen**

Arbeit und Familie waren der Rahmen der weiblichen Identität in der DDR. Gleichberechtigung im Beruf und Traditionalismus in den Geschlechterbeziehungen war oft an der Tagesordnung. Arbeit, Kollektiv und Sozialpolitik prägten die Identitäten der Frauen - nicht jedoch die der Männer. Die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie war vorrangig Aufgabe der Frauen und auch die sozialpolitischen Maßnahmen gingen von einem traditionellen Männer-Frauen-Verhältnis aus. Niemals war es das Ziel, Männer in Frauenberufe zu integrieren oder sie den Familienpflichten näher zu bringen. So schoben Frauen zu Hause nach der Arbeit die „2. Schicht“, die ihnen „für Selbstbesinnung und weiblichen Selbstbezug [...] weder Raum noch Zeit“ ließ. Nichtsdestotrotz bewältigte der Großteil der Frauen diesen Balanceakt. Es war eben gang und gäbe. Die „patriarchale Gleichberechtigung“, wie dieser Zustand heute von Sozialwissenschaftlern betitelt wird, bot also die Möglichkeit der Herausbildung von weiblicher Autonomie, war aber für Frauen gemacht und nicht von Frauen entwickelt und erkämpft. Arbeit sicherte den Frauen unabhängig von Männern die Existenz. Sie bedeutete Gemeinschaft in Kollektiven, soziale Integration und soziale Anerkennung durch Arbeitsleistung. Sie war selbstverständlicher Bestandteil der Selbstdefinition und des Selbstbewusstseins der Frauen.

## **2.4 Staatliche und nichtstaatliche Frauenbewegung**

Seit Beginn der 80er Jahre fanden sich in der DDR unter dem Dach der evangelischen Kirche informelle Gruppen zusammen, unter ihnen auch Frauengruppen, die sich mit Fragen der Ökologie, Frieden oder Antimilitarismus beschäftigten. Die wenigsten von ihnen waren tatsächlich religiös, sie nutzten lediglich die Institution Kirche als einzigen öffentlichen, zugleich aber nichtstaatlichen Raum, in dem es möglich war, nicht sanktionierte Diskussionen zu führen. Dass viele ihrer Diskussionen dabei auf die nicht vorhandene Gleichberechtigung innerhalb klerikaler Strukturen zielten, war dabei irrelevant. Selbstverständlich gab es auch außerhalb des kirchlichen Raums kritische Diskussionen. Die politische Brisanz und die Konsequenzen waren jedoch verschieden.

Es gab hauptsächlich drei Bereiche, in denen Frauen ihre Probleme und Interessen formulierten. Zum einen war dies der Bereich der feministischen Theologie und der daraus 1985 entstandene landesweit agierende Arbeitskreis „Feministische Theologie und Frauenbefreiung“. Hier wurden vor allem die Geschlechterverhältnisse innerhalb kirchlicher Strukturen diskutiert. Der zweite

Bereich war die Gruppe „Frauen für den Frieden“, die 1982 aus Protest gegen das neue Wehrdienstgesetz der DDR, das u.a. beinhaltete, im Verteidigungsfall auch Frauen in die allgemeine Wehrpflicht mit einzubeziehen, entstand. Es gab Diskussionen und zum Teil auch erheblichen Widerstand beispielsweise gegen Militärspielzeug, über die Sozialisation in der Familie, die Geschlechterrollen in Schulbüchern, über Gewalt gegen Frauen, über die Friedenspolitik und Friedenserziehung oder auch über die Hochrüstungspolitik des Landes. Neu war daran, dass hier aktiv in öffentlichem Raum gehandelt wurde, was durchaus politische Repressalien und Verhaftungen zur Folge hatte. Eine dritte Interessenvertretung von Frauen bildete die Gruppe „Lesben in der homosexuellen Selbsthilfe“. Seit 1982 begannen sich Lesben und Schwule unter dem Dach der evangelischen Kirche zu organisieren. Ziel war es, die Anerkennung von lesbischen und schwulen Lebensformen zu erreichen und vor allem öffentliche Begegnungsorte zu schaffen.

*„Zu Beginn war unser Kreis noch gemischt, also Lesben und Schwule gemeinsam. Doch nach dem dritten Abend zu einem Lesbenthema, bei dem die Schwulen in der Diskussion über uns Lesben voll das Wort an sich rissen, bestanden wir auf Trennung.“*

[Ulrike Baureithel]

Neben diesen drei nichtstaatlichen Informationsgruppen gab es noch den staatlichen Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD). Dieser existierte seit 1947. Der DFD verstand sich als Erbe der Frauenbewegung, die noch vor Gründung der DDR als bürgerlich-demokratischer Störfaktor ausgeschaltet werden sollte. Die zunächst antifaschistische, demokratische, parteipolitisch und religiös unabhängige Organisation entwickelte sich schnell zu einer Massenorganisation im Gefolge der SED. In Veranstaltungsreihen und Vorträgen beschäftigte sich der DFD verstärkt mit Gesundheits- und Schwangerschaftsberatung. Ab Mitte der 1960er Jahre kümmerte er sich verstärkt um Frauen, die nicht organisiert, nicht berufstätig oder nur halbtags beschäftigt waren, um sie fürs Berufsleben zu gewinnen.

### **3. Fazit**

Die zeitliche Parallelität von Beruf und Familie und die dadurch gewährleistete relative ökonomische Unabhängigkeit vom Partner entwickelten sich zu



Bestandteilen der Identität der DDR-Frauen; sie stellten gleichzeitig Doppelbelastung und Doppelchance dar. Die Geschlechtertradition der Frau als Erzieherin der Kinder, der Frau als HAUSfrau, war jedoch weitgehend mit dem in der BRD vorhandenen Geschlechterbild identisch. Eine ostdeutsche Sozialwissenschaftlerin benennt den Konflikt, der heute noch zwischen Frauen aus Ost und West besteht, folgendermaßen: West-Emanzen gegen Ost-Muttis, Befreiungskämpferinnen einerseits, Fußfessel der feministischen Bewegung andererseits. Den Feministinnen aus dem Westen wird Kolonialherrengebaren vorgeworfen. Den Ostfrauen wiederum Verklärung der realsozialistischen Frauenemanzipation. Ein Zusammenkommen scheint auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung äußerst schwierig.

*„Wie immer das Geschlechterverhältnis in der ehemaligen DDR beschaffen war, wie funktionalistisch ausgerichtet und männlich normiert das politische Gleichheitspostulat auch gewesen sein mag: Die Erfahrung, dass Frau auf dem Arbeitsmarkt nichts mehr wert ist und als ältere Frau nicht mehr gebraucht wird; die Erfahrung, dass Kindererziehung nicht mehr in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung steht; die Erfahrung als Sexualobjekt an Litfaßsäulen und Kinoleinwänden ausgestellt zu werden; kurz: die Erfahrung dieser Differenz machen die ostdeutschen Frauen erst in den vergangenen Jahren. Möglicherweise liegt hier – über Enttäuschungen und Verletzungen hinaus – ein strukturelles Moment für die Aversion zwischen Ost und West...“*

[Ulrike Baureithel]

#### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

Literatur:

Dölling, Irene: Aufbruch nach der Wende. Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern, In: H. M. Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945-1992, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 397-407, Bonn 1993.

Hampele, Anne: Arbeite mit, plane mit, regiere mit. Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR, In: H. M. Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945-1992, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 301-311, Bonn 1993.

Hornig, Daphne; Steiner, Christine: Auf der Suche nach der Bewegung. Zur Frauenbewegung in der DDR vor und nach der Wende, In: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung. Heft 36 (Band Differentielle Sexualitäten), 1995.

Szepansky, Gerda 1995: Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR, Frankfurt am Main 1995.

---

# **Grundeinkommen - Wahn oder visionäre Idee?**

Die sozialen Unterschiede in Deutschland werden immer größer. Die Armut, vor allem bei Kindern und Alten, aber auch Arbeitslosen und selbst bei vielen Erwerbstätigen, die von ihrem Arbeitslohn nicht leben können, wächst. Eine Wende in der Sozialpolitik ist dringend notwendig. Doch wie soll man die wachsenden Probleme lösen? Eine Idee ist der Vorschlag vom Grundeinkommen. Als ich vor Jahren durch die weiten des Internets streifte, stieß ich in einem politischen Forum auf eine Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen. Einige wenige Anhänger verteidigten das Grundeinkommen sachlich gegen eine breite Front von Kritikern. Die Idee, so einfach wie schwerwiegend in den Folgen: jeder Bürger sollte ein staatliches Grundgehalt bekommen, unabhängig von seiner Bedürftigkeit. Die Verwunderung war groß. Warum soll z.B. auch jemand wie der Vorstandsvorsitzende Ackermann davon profitieren. Werden sich dann nicht alle auf die faule Haut legen? Viele belächeln die Idee des Grundeinkommens als wahnwitzige Vorstellung von ein paar Sozialfantasten. Doch ich kann nur sagen, diese Debatte machte schon damals Eindruck auf mich. Ich begann mich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen. Die Idee vom bedingungslosen Grundeinkommen verbreitete sich allmählich und die Heftigkeit der Debatten nahm zu.

Unterstützer fanden sich unterdessen in allen Schichten der Bevölkerung, ob in der Linkspartei, bei den Grünen, Unternehmern wie dem Gründer und

Geschäftsführer der Drogeriemarktkette „dm“ Götz W. Werner oder CDU-Politikern wie Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus. Bei allen Parteien – mit Ausnahme der SPD – wird über das Grundeinkommen debattiert. Es gibt viele verschiedene Modelle für ein Grundeinkommen. Auch die Höhe des Grundeinkommens wird oft sehr unterschiedlich angesetzt: von 600 bis 1500 Euro im Monat. Einer der großen Vorteile des Grundeinkommens ist die minimale Bürokratie, die dafür benötigt wird. Arbeits- und Sozialämter wären überflüssig, das Geld dafür würde eingespart. Wohngeld würde wegfallen (inklusive der damit verbundenen Bürokratie). Bei den meisten Modellen würde nur noch das Finanzamt übrig bleiben, um die Steuern zu erheben. Die Einsparungen wären also erheblich. Natürlich kostet das Grundeinkommen auch sehr viel. Wie aber Untersuchungen der Konrad-Adenauer Stiftung zeigen, ist das Grundeinkommen durchaus finanzierbar. Ein wichtiger Kritikpunkt am Grundeinkommen ist der mangelnde Zwang zu arbeiten. Da es keine Sanktionen gibt, wenn Leute nicht arbeiten, besteht die Gefahr, dass sie sich auf dem Grundeinkommen ausruhen.

Wenn die Mehrheit sich dazu entschließen würde, die Arbeit völlig einzustellen, würde die Wirtschaft und das ganze Modell zusammenbrechen. Es gibt jedoch einige Punkte, die dafür sprechen, dass es nicht dazu kommt. Kaum jemand wird wirklich mit seinem Wohlstand zufrieden sein. Der natürliche Drang des Menschen ist es, in allen Bereichen des Lebens nach mehr zu streben. Außerdem wird der Anreiz, eine Arbeit anzunehmen, sogar erhöht. Wenn man heute eine Arbeit annimmt, wird einem der Großteil des Erarbeiteten wieder abgezogen. Durch manche Arbeit verdient man deshalb kaum mehr als man durch Sozialhilfe bekommt. Von Arbeit wird man dadurch eigentlich abgeschreckt, was viele hartarbeitende Menschen aber nicht davon abhält. Beim Grundeinkommen kann man den Zuverdienst fast komplett behalten. Der Vorteil, eine Arbeit anzunehmen, wächst also, statt kleiner zu werden. Doch natürlich gibt es jetzt auch Alternativen zur klassischen Erwerbsarbeit. Wenn man lieber Kinder aufziehen oder ein Ehrenamt machen möchte, ist man trotzdem sozial abgesichert. Sehen wir uns den konkreten Vorschlag von Diether Althaus an.

Er schlägt ein solidarisches Bürgergeld – wie das Grundeinkommen bei ihm heißt – in Höhe von 800 Euro für Erwachsene vor. Bis zu 1600 Euro im Monat kann man steuerfrei dazu verdienen. Was über die 1600 Euro hinaus verdient wird, unterliegt einer pauschalen Einkommenssteuer von 25 %. Für Kinder ist ein Kinderbürgergeld von 500 Euro im Monat vorgesehen. Im Bürgergeld von Diether

Althaus sind 200 Euro Gesundheits- und Pflegeprämie enthalten. Der Vorschlag von Diether Althaus erscheint gut durchdacht und ist trotzdem nur einer von vielen interessanten Grundeinkommensmodellen. So gibt es auch Überlegungen, die Höhe des Grundeinkommens an das Bruttoinlandsprodukt zu koppeln. In wirtschaftlich guten Zeiten würde das Grundeinkommen steigen, bei wirtschaftlichen Problemen wieder sinken. Es fehlt hier der Platz, um alle Modelle aufzulisten. Im Anhang finden sich viele Links zu zahlreichen Informationen über das Grundeinkommen. Hier aber erstmal noch eine kleine Auswahl der möglichen Vor- und Nachteile des Grundeinkommens.

### **Potentielle Vorteile des Grundeinkommens:**

- Anreiz Arbeit aufzunehmen, da einem der Verdienst nicht gleich wieder abgezogen wird
- Anerkennung von unbezahlten Arbeiten wie Ehrenämtern, Kindererziehung
- Senkung der Lohnnebenkosten für untere und mittlere Einkommen (die Lohnforderungen werden sich durchs Grundeinkommen wohl eher etwas nach unten bewegen)
- soziale und politische Stabilität (Verringerung von Existenzängsten)
- bessere Situation für Familien und Kinder (die soziale Absicherung sollte dazu führen, dass sich mehr Menschen zu Familiengründungen und Kindern entscheiden)
- größere Risikobereitschaft (Existenzgründung etc.) durch stabile Grundabsicherung
- geringere Geldverschwendung durch Bürokratie

### **Potentielle Nachteile:**

- geringerer Zwang zu arbeiten (dadurch unter Umständen wirtschaftliche Probleme)

- Experiment (aufgrund mangelnder praktischer Erfahrungen sind die konkreten Folgen nicht völlig abzuschätzen)
- hohe Kosten (bei einem maßvollen Grundeinkommen allerdings nicht viel höher als die heutige Bürokratie)

### **Weitere Informationen**

Es gibt nicht nur einen, sondern sogar 3 Einträge bei Wikipedia zu verschiedenen Grundeinkommensmodellen.:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Grundeinkommen>

Netzwerk Grundeinkommen

<http://www.grundeinkommen.info>

Grundeinkommens-Initiative des Unternehmers Götz W. Werner

<http://www.unternimm-die-zukunft.de>

Eine umfangreiche Linksammlung zum Thema

<http://www.archiv-grundeinkommen.de>

Ein Artikel von Dieter Althaus aus der Welt

[http://www.welt.de/wams\\_print/article1397772/Grundeinkommen\\_fr\\_alle\\_Eine\\_machbare\\_Revolution.html](http://www.welt.de/wams_print/article1397772/Grundeinkommen_fr_alle_Eine_machbare_Revolution.html)

---

# **Platons Kritik an der Demokratie**

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Einleitung

## 2. Hauptteil

2.1 Die antike Persönlichkeit Platon

2.2 Siebter Brief

2.3 Politeia

2.4 Demokratiebegriff und Demokratie-Kritik

2.5 Ursachen für Platons Demokratiekritik

## 3. Schlussbemerkung

## 4. Quellen- und Literaturverzeichnis

### **1. Einleitung**

In diesem Beitrag möchte ich herausarbeiten, was Platon zum Kritiker der Demokratie werden ließ und was er unter dem Demokratiebegriff verstand. Damit verbunden wird zu hinterfragen sein, was Platon im hohen Alter, rückblickend auf die Zeit, in der er etwa 30 Jahre alt war, in dem ihm zugerechneten *Siebten Brief* zu dem Bekenntnis trieb, „daß es ihm nach all den Erfahrungen, die er in den vorangegangenen Jahren mit Athen gemacht hatte, >>zuletzt geschwindelt<< habe“[1] und er „das Gemeinwesen in vollständiger Verwirrung“[2] sah. Denn gerade die schlechten Erfahrungen mit der attischen Demokratie waren wohl die Grundlage für seine später ausformulierte Demokratie-Kritik. Hinsichtlich des aktuellen Forschungsstandes bei der Auseinandersetzung mit der attischen Demokratie fällt ins Auge, dass diese in den letzten Jahrzehnten „ein Zentrum des Interesses der althistorischen Forschung“[3] bildete und „nicht nur eine Abkehr von der üblichen negativen Sicht der Poliswelt des 4. Jhs., sondern auch eine vorsichtige positive Neubewertung der Demokratie in Athen“[4] stattfand. Dagegen beschränkten sich die Aussagen zur athenischen Demokratie im 19. und frühen 20. Jahrhundert fast „durchweg auf kritische Bemerkungen, ja es war den Gelehrten das Thema überhaupt verleidet“[5], mit einigen Ausnahmen, wie etwa dem Historiker George Grote, der nachdrücklich, ganz im Widerspruch zu vielen Kollegen seiner Zeit, die politische Bildung, das politische Engagement und die Toleranz der Athener lobte. Im Lichte neuester Forschungsergebnisse stellte der kürzlich verstorbene Historiker Jochen Bleicken fest, dass die athenische Demokratie weder ein Unfall der Weltgeschichte, noch ein Idealstaat war, sondern der „historische Beleg dafür, daß die unmittelbare Herrschaft einer

Masse auch unter dem Vorzeichen einer radikalen politischen Gleichheit über lange Zeit hindurch wirklich funktioniert hat.“[6] Zur Beantwortung der Hauptfragestellung werde ich als Quellen im wesentlichen Platons *Siebten Brief* sowie die *Politeia* nutzen.

## 2. Hauptteil

### 2.1 Die antike Persönlichkeit Platon

Der griechische Gelehrte Platon (\* Athen 427 v.Chr., † Athen 347 v.Chr.), der einem alten Adelsgeschlecht entstammte und Schüler des Sokrates sowie Lehrer des Aristoteles war, zählt zu den bedeutendsten Philosophen der Weltgeschichte. Obwohl er als wohlhabendes Mitglied der athenischen Oberschicht eine politische Laufbahn hätte einschlagen können, entschied er sich wegen aus seiner Sicht abschreckender Erfahrungen sowohl mit der brutalen und despotischen *Herrschaft der Dreißig* (404/03 v.Chr.) als auch der darauf folgenden wiedereingesetzten attischen Demokratie bewusst dagegen. Ein Platon erschütterndes Ereignis, das diesen Entschluss sicherlich beförderte, war der Tod seines guten Freundes Sokrates (399 v.Chr.) infolge einer Verurteilung wegen angeblicher Asebie (Gottlosigkeit) und des Verderbens der Jugend durch einen athenischen Gerichtshof. Eben jener Sokrates war es auch, der einen großen Einfluss auf das Leben und Denken Platons ausgeübt hatte. Im großen Maße beeindruckt hat ihn dabei wohl nicht nur Sokrates' Persönlichkeit, wie dessen „moralische Integrität, [...] einfacher Lebensstil, [...] Auseinandersetzung mit seinem Tod, [...] Gerechtigkeitssinn, [...] Tapferkeit, Zivilcourage und Loyalität gegenüber der Polis Athen, sondern auch seine Art, philosophische Fragen zu stellen und Probleme zu analysieren, die wohl [...] als einer der wesentlichen Anstöße für Platons eigene Philosophie anzusehen ist.“[7] Das spiegelt sich gerade in den frühen platonischen Schriften bzw. Dialogen wider, wo Sokrates als Hauptredner auftritt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Platon den Wert der Schrift als eines Mediums der Erkenntnisvermittlung als gering einstufte. Für ihn war das *Schreiben* eher ein *Spiel*, während sich für ihn sein *Ernst* erst im *Mündlichen* entfaltete. Zu Platons bedeutendsten Werken gehört die *Politeia*, die er nach Gründung der *Platonischen Akademie* verfasst haben soll und in der er einen Idealstaat zu entwickeln versuchte. Die platonische Akademie, die u.a. vom

berühmtesten Platon-Schüler Aristoteles besucht wurde, war für die Nachwirkung Platons eigener Philosophie sehr bedeutend, so dass man schlussfolgern kann, „daß der Grundgedanke eines intellektuellen Zentrums mit lebhaftem geistigen Austausch, in dem Lernende zur Selbständigkeit heranreifen sollten, von Platon her in die europäische Kulturgeschichte eingegangen ist.“[8]

## **2.2 Siebter Brief - Fälschung oder authentisches Dokument?**

Um mehr über die Hintergründe von Platons Demokratie-Kritik herauszufinden, könnte es sinnvoll sein, eine ihm zugerechnete Selbstbiographie heranzuziehen: den *Siebten Brief*. Denn dort schildert er u.a. auch die Gründe seines Rückzugs von der politischen Bühne der attischen Demokratie. Doch wie wertvoll ist dieses Selbstzeugnis eigentlich? Ist dieser Brief authentisch und Platon zuzuordnen? Immerhin erfreute es sich in der Antike einer gewissen Beliebtheit, die Namen berühmter Persönlichkeiten als Träger der eigenen Gedanken zu verwenden. Und tatsächlich soll es sich bei den meisten der dreizehn von Platon überlieferten Briefe aus dem Altertum um reine Fälschungen handeln. Doch von der heutigen Forschung wird der *Siebte Brief* Platons, „der an Umfang einem der kleineren Dialoge gleichkommt, [...] fast allgemein als echt anerkannt.“[9] Und selbst dann, wenn Platon nicht der Verfasser dieses Briefes gewesen sein sollte, sondern beispielsweise einer seiner Schüler, so ist man in „jedem Falle [...] berechtigt, ihn als biographische Quelle zu verwenden.“[10] Warum? Bei der Untersuchung des historischen Hintergrundes ist u.a. festzustellen, „daß die wenigen im Brief mitgeteilten Fakten mit der sonstigen Überlieferung, die von ihm und gleichzeitigen Publikationen aus dem Umkreis der Akademie abhängig ist, weitgehend übereinstimmen.“[11]

Es scheint also unstrittig zu sein, dass es sich bei dem Autor des Briefes zumindest um einen zeitgenössischen handelte. Zudem kann man schlussfolgern, dass der *Siebte Brief* rein äußerlich ein „politisches Sendschreiben an die Anhänger von Platons Freund Dion in Syrakus [ist], daneben aber eine persönliche Rechtfertigung seiner Rolle in den Ereignissen in Syrakus[12] vor der griechischen Öffentlichkeit, ja sogar seiner Philosophie und seiner Schule, der Akademie.“[13] Letzteres wird insbesondere an den Aussagen am Ende des Briefes deutlich, wo es u.a. heißt: „Warum ich aber die zweite Reise nach Sizilien unternahm, glaubte ich erzählen zu müssen wegen der Seltsamkeit und Unwahrscheinlichkeit der damit zusammenhängenden Geschehnisse.“[14]



Es ist anzunehmen, dass Platons Kontakte mit den Tyrannen Dionysios I. und II. nicht gerade auf ein positives Echo im Athen seiner Zeit stießen und er wohl vor allem der zunehmenden Kritik an seinem Handeln begegnete, indem er mittels des Briefes seine Rolle in der sizilianischen Politik ins rechte Licht rücken wollte.

### 2.3 Politeia

Die *Politeia* wurde von Platon um etwa 370 v.Chr. verfasst. Seinen Überlegungen lag im wesentlichen die Frage zugrunde, was Gerechtigkeit ist. Die Klärung dieser Frage sah er als Grundlage aller Staatlichkeit und damit auch des Idealstaates an, den er in der *Politeia* zu entwickeln versuchte. Platon kam schließlich zu der Erkenntnis, dass „jeder einzelne [...] eine von all den Aufgaben des Staates durchführen [solle], wozu sich seine Naturanlage am besten eigne.“[15] Gerechtigkeit bedeutete für ihn, dass „jeder seine Aufgabe vollende und nicht alles Mögliche betreibe.“[16] Die natürlichen Anlagen eines Menschen bestimmten damit für Platon auch, wer einen Staat zu regieren habe. Diese Rolle sprach er den Philosophen zu. Er verlangte, dass „die Philosophen in den Staaten Könige werden oder die Könige [...] und Herrscher echte und gute Philosophen [...] und [...] in eine Hand zusammenfallen politische Macht und Philosophie [...] und [...] die Vielzahl derer, die sich heute auf Grund ihrer Anlage nur der einen der zwei Aufgaben widmen, mit Gewalt davon ferngehalten wird.“[17] Dass es sich bei der *Politeia* um eine Utopie handelt, verdeutlichen die eben erwähnten Vorstellungen Platons zum *Philosophenkönig* sehr deutlich.

Denn in der Geschichte hat es bis dato noch keinen Regenten in Platons Sinne gegeben und ob es diesen in der Zukunft jemals geben wird, ist ebenso fraglich. Um es mit Kant zu sagen: „Daß Könige philosophieren oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen; weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. Daß aber Könige oder königliche (sich selbst nach Gleichheitsgesetzen beherrschende) Völker die Klasse der Philosophen nicht schwinden oder verstummen, sondern öffentlich sprechen lassen, ist beiden zur Beleuchtung ihres Geschäfts unentbehrlich“[18]. In der Forschung ist es umstritten, ob Platon an die Verwirklichung seiner Idee vom *Philosophenkönig* geglaubt hat oder aber nur der Realität ein Ideal entgegensetzen wollte. Zumindest ist es belegt, dass die *Politeia* vor allem aus Platons Unzufriedenheit mit den politischen Zuständen im Athen seiner Zeit entstand und in sich geschlossene Ideale und Werte aufweist – was alles Merkmale für eine Utopie sind. Platons Missbehagen über die politische Ordnung

der athenischen Demokratie äußert sich dann vor allem in einer klaren Demokratie-Kritik, die im Folgenden beleuchtet werden soll.

## 2.4 Demokratiebegriff und Demokratie-Kritik bei Platon

Perikles, der im 5. Jahrhundert v.Chr. als langjähriger *Stratege*[19] maßgeblich die Politik der attischen Demokratie mitbestimmt hatte, soll die Demokratie (griechisch: δημοκρατία = demokratia -> Volksherrschaft; von „δῆμος = demos -> Volk“ und „κρατία = kratia -> Herrschaft, Macht“) als Volksherrschaft beschrieben haben, wo der „Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist.“[20] Damit benannte Perikles die sowohl in antiker als auch moderner Zeit wohl grundsätzlichen Wesensmerkmale der Demokratie: die Volksherrschaft und das Prinzip der Mehrheitsherrschaft. Doch so unbestritten diese allgemeinen Prinzipien dem Begriff der Demokratie innewohnen, so unterschiedlich sind und waren bis in die heutige Zeit hinein die Auffassungen darüber, wie diese Volks- und Mehrheitsherrschaft denn auszuüben ist. Beispielsweise, ob dies in direkter Form, wie zur Antike in der attischen Demokratie, oder indirekter Form, wie in heutiger Zeit beispielsweise in der BRD, geschehen solle.

Die Untersuchung der verschiedenen Verfassungsmodelle und der Ansätze, wie Demokratie realisiert werden könnte und wie sie bis in unsere heutige Zeit realisiert wurde, mag interessant sein, im Zusammenhang mit der Thematik dieser Arbeit ist diese Fragestellung jedoch irrelevant und eine andere von Bedeutung. Sie lautet: Was verstand Platon überhaupt unter Demokratie? Zunächst einmal ist festzustellen, dass Platon bei seinen Überlegungen natürlich nur einen Bezug zu dem nehmen konnte, was es bis zu seinen Lebzeiten an Demokratie-Vorstellungen gab. Dazu gehören insbesondere auch seine persönlichen Erfahrungen mit der attischen Demokratie. Platon definierte die Demokratie in seinem Werk *Politikos* zusammenfassend als Regierung der Menge, die „mit Gewalt oder mit ihrem guten Willen [...] über die, welche das Vermögen in Händen haben“[21], regiert.

Zunächst einmal unterteilte er die Staatsverfassungen in „drei positive, wahre, legitime, richtige Formen [...]: Philosophenkönigtum, Monarchie und Aristokratie; und in vier negative, falsche, illegitime, verwerfliche Formen: Tyrannis, Oligarchie und Demokratie (wobei er die Demokratie in eine anarchisch-despotische Erscheinungsform und in eine gesetzlich-gemäßigte gliedert, ohne

verschiedene Bezeichnungen für sie zu verwenden).“[22] Das Entstehen der Demokratie, die für Platon aus der Oligarchie hervorging, sah er darin begründet, dass „die Armen siegen und ihre Gegner töten oder verbannen, alle übrigen aber nach gleichem Recht an Verfassung und Ämtern teilnehmen lassen und die Ämter möglichst nach dem Lose vergeben.“[23] Als vermeintlichen Vorteil der Demokratie hob er hervor, dass sie „- scheint es - eine angenehme, herrenlose und bunte Verfassung [ist], die ohne Unterschied Gleichen und Ungleichen dieselbe Gleichheit zuteilt.“[24]

Doch gerade eine Staatsverfassung, in der sozusagen *gleiches Recht für alle* herrscht, war für Platon inakzeptabel. Seiner Ansicht nach legitimierte zur „Ausübung eines politischen Amtes [...] erst die rationale Einsicht in den hohen ethisch-sittlichen Anspruch an den einzelnen und somit die vorhandene charakterlich-moralische Integrität des Subjektes; und dieses Ethos erreicht bzw. besitzt nach Platon nur eine Minderheit (Politikos, 293 a)“[25], nämlich die nach Platons ethisch-sittlichen Vorstellungen gebildeten Aristokraten, so wie auch er einer war. Als das höchste Gut der Demokratie bezeichnete Platon die Freiheit. Jedoch stand für ihn fest, dass die Demokratie „an dem unersättlichen Streben nach ihrem höchsten Gut“[26] zugrunde gehen und in die Tyrannis münden würde. Warum? Platon sprach von den sogenannten Drohnen, die sowohl Oligarchie als auch Demokratie zugrunderichteten, also „jene Art der faulen Verschwender, unter denen die Tapfersten führen, die Feigen nachfolgen [...], von denen die einen Stacheln haben, die andern nicht“[27] und die „in jedem Staat, in dem sie entstehen, Verwirrung [schaffen], wie es im Körper Schleim und Galle tun.“[28]

Diese Drohnen, womit er wohl die Demagogen[29] in der Politik bzw. die unproduktiven Profiteure des politischen Systems meinte, ständen im Staat an vorderster Stelle „mit wenigen guten Ausnahmen: die Kecksten wirken dort in Rede und Tat, der Rest sitzt um die Rednertribüne und lässt infolge seines Gebrumms keine andere Meinung aufkommen; daher liegt die Leitung eines demokratischen Staates fast ausnahmslos in den Händen solcher Menschen.“[30] Die Reichen indes wären in der Demokratie so etwas wie eine Drohnenweide, wo es für die Drohnen am meisten und leichtesten Honig zu holen gäbe, wovon sie den größten Anteil für sich behalten und nur eine geringe Menge an den laut Platon größten und entscheidendsten Teil in der Demokratie, das arme Volk, verteilen würden. Die Wohlhabenden wiederum wären nun gezwungen, sich

durch Reden vor dem Volk wie auch durch Handlungen nachhaltig gegen diese Enteignung zu wehren, wobei die Drohnen sie „der Feindschaft gegen die Demokratie und oligarchischer Gesinnung“[31] beschuldigten.

Das hätte zur Folge, dass die Vermögenden – die sehen, wie sich das Volk durch die Verleumdungen der Drohnen gegen Sie aufhetzen lässt – „ob sie wollen oder nicht, in Wahrheit Oligarchen [werden]: nicht aus eigenem Willen, sondern jene Drohne ist es, die durch ihre Stachelstiche dieses Unglück erzeugt.“[32] Aus diesen Verhältnissen würden Anklagen, Urteile und Prozesse gegeneinander folgen. Und da das Volk immer einen Mann vor allen anderen an die Spitze des Staates stelle, einen Volksführer, stand für Platon fest: „Wenn ein Tyrann entsteht, dann wächst er aus dieser Wurzel des Führertums und aus keiner andern.“[33] Zusammenfassend kann man sagen, dass Platon eine Staatsverfassung, die als Ziel die Gleichheit und höchstmögliche Freiheit aller im Volke hat, was für ihn dem Wesen der Demokratie entsprach, kategorisch ablehnte. Warum? Platon sah in der Demokratie, wo „plebiszitäre und populistische Mechanismen, die von Demagogen aus Gier nach Macht und Selbstherrschaft ausgenutzt werden, unausweichlich in diktatorial-totalitäre Herrschaftsstrukturen von einzelnen oder einer kleinen Minderheit umschlagen“[34], „die zwangsläufige Abdriftung in Zügellosigkeit, Immoralität, Willkür, Anarchie und Gesetzlosigkeit“[35]. Platon versuchte an mehreren konstruierten Beispielen zu veranschaulichen, dass der Wandel der Staatsverfassung notwendig auch mit einem Wandel des Seelenlebens der Menschen einherginge.

So stellte er u.a. fest, dass, wenn „ein Junge [...] ohne tiefere Bildung und sparsam [aufwüchse], und er kostet vom Honig der Drohnen und kommt mit funkelnden und gefährlichen Tieren zusammen, die mannigfachste und bunteste Freuden aller Art bieten können, [...] in ihm der Wandel seiner Seele von der Oligarchie zur Demokratie“[36] begännen. Am Ende dieses Prozesses stände ein Mensch, der gutes und schlechtes nicht mehr voneinander zu unterscheiden imstande wäre und all seinen Neigungen unkontrolliert freien Lauf ließe, so dass ein „Übermaß von Freiheit [...] beim einzelnen wie beim Staat in ein Übermaß von Knechtschaft“[37] umschlüge und die „Tyrannis aus keiner anderen Verfassung als aus der Demokratie, aus der höchsten Freiheit die tiefste und härteste Knechtschaft“[38] folgen würde.

## **2.5 Die möglichen Ursachen für Platons Demokratiekritik**

Nachdem im vorherigen Kapitel herausgearbeitet wurde, was Platon unter dem Begriff Demokratie verstand und wie er diese bewertete, soll nun untersucht werden, wo die Ursachen für seine negative Bewertung einer demokratischen Verfassung liegen könnten. Ein Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt möglicherweise im Beleuchten seiner persönlichen Erfahrungen mit der attischen Demokratie. In diesem Zusammenhang ist zunächst einmal darauf zu verweisen, dass Platon von Anbeginn seiner politischen Karriere in der attischen Demokratie keinen guten Stand hatte. Nicht etwa vor allem deshalb, weil er einem wohlhabenden und aristokratischen Hause entsprang. Nein, viel bedeutender ist die Tatsache, dass der tyrannischen Herrschaft der Dreißig einige Verwandte und Bekannte Platons angehörten, wobei Kritias, ein Onkel Platons, der auch mit Sokrates verkehrte, „die führende Persönlichkeit der oligarchischen ‚Dreißig‘ im Jahre 404 [wurde] und [...] für deren Terror“[39] maßgeblich verantwortlich war. Der Hintergrund: Nach der Niederlage des von Athen angeführten *Attischen Seebundes* im *Peloponnesischen Krieg* (431 - 404 v.Chr.) gegen den von Sparta angeführten *Peloponnesischen Bund* „hatten die Athener nicht nur ihre Herrschaft und sogar jeden außenpolitischen Kontakt verloren, sondern waren selbst ihrer eigenen Stadt nicht mehr Herr.“[40]

Unter der Führung eines spartanischen Befehlshabers (Harmost) wurde eine pro-spartanische Oligarchie aus 30 Männern eingesetzt, die als eine Art vorläufige Kommission Athen unter eine *väterliche Verfassung* (*pátrios politeia*) bringen sollten. Diese Herrschaft der *Dreißig* führte jedoch dazu, dass in „einer wahrhaftigen Terrorherrschaft [...] viele Bürger hingerichtet [wurden], [wobei] anderen, unter ihnen Thrasybulos, [...] die Flucht“[41] gelang. Etwa 1500 Athener sollen der despotischen und brutalen Herrschaft der *Dreißig* zum Opfer gefallen sein. Der bereits erwähnte Thrasybulos, ein athenischer Feldherr und Demokrat, soll es gewesen sein, der die in Athen stationierte spartanische Garnison besiegte, die Oligarchie unter Führung der *Dreißig* stürzte und nach einer Versöhnung mit Sparta die Wiederherstellung der athenischen Demokratie ermöglichte. Platon selbst ließ sich nicht von den *Dreißig* für eine politische Tätigkeit vereinnahmen.

Im *Siebten Brief* stellte er fest: „[...] 30 aber bildeten die oberste Behörde mit absoluten Vollmachten. Von diesen also waren einige mit mir verwandt und andere wenigstens bekannt, und darum forderten sie mich auch gleich zur Mitarbeit auf, als wäre das ganz selbstverständlich für mich.“[42] Zunächst verfolgte Platon laut eigener Aussage das Tun der *Dreißig* mit gespannter

Aufmerksamkeit, musste jedoch bald enttäuscht feststellen, „daß diese Leute in kürzester Zeit die frühere Verfassung als paradiesisch erscheinen ließen.“[43] Ein für Platon bedeutendes Ereignis, dass diese Aussage wesentlich mitbestimmte, war die Tatsache, dass die *Dreißig* den ihm „sehr lieben älteren Freund, den Sokrates, [...] zu einem der Bürger [...] mit dem Auftrag [abordneten], er solle ihn herbeischaffen, damit er hingerichtet würde, natürlich zu keinem andern Zwecke, als um Sokrates in ihr eigenes Treiben zu verwickeln, mit oder ohne seinen Willen.“[44]

Sokrates indes soll die Ausführung des Auftrags, den offensichtlich unschuldigen Bürger aus Salamis festzunehmen, damit dieser hingerichtet werden konnte, verweigert haben und es ist nicht bekannt, dass er in die tyrannische Herrschaft der *Dreißig*, denen auch seine Schüler und Platon-Verwandten Kritias und Charminides angehörten, verwickelt gewesen wäre. Nach dem Ende der Schreckensherrschaft der *Dreißig* und der Wiederherstellung der Demokratie in Athen befahl Platon erneut die Sehnsucht, wenn auch weniger intensiv als noch in früheren Zeiten, an den Staatsgeschäften mitzuwirken. Und er schlussfolgerte anfangs, dass, obwohl es „manches [gab], worüber man sich empören konnte, [...] die damals siegreich zurückkehrende Partei große Mäßigung an den Tag“[45] legte. Doch auch hier ist es wiederum ein mit der Person des Sokrates verbundenes Ereignis, das dazu führte, dass sich Platon endgültig aus dem politischen Leben Athens zurückzog.

Gemeint ist der Prozess gegen Sokrates im Jahre 399 v.Chr., der wegen angeblicher Gottlosigkeit und des Verderbens der athenischen Jugend angeklagt und von einem Gericht zum Tode verurteilt wurde. Zumindest der Vorwurf, dass Sokrates nicht an die Götter der Stadt Athen glaube und neue Götter eingeführt habe, ist ganz offensichtlich falsch gewesen: Schließlich erwies Sokrates den Göttern in aller Form die üblichen kultischen Ehren. Und auch die Tatsache, dass er sich „immer wieder auf sein *daimónion*[46] berief, konnte man [...] nicht als Mangel an Frömmigkeit ausgeben; schließlich gehörte auch das zum Polytheismus, daß man unter Umständen neue Götter verehrte; der Kult durfte der Stadt nur nicht als gefährlich erscheinen.“[47] Vermutlich wurde schlichtweg das gesamte öffentliche Wirken des Sokrates „als Gefahr [empfunden], und seine Berufung auf das *daimónion* war im Grunde nur ein Teil jener Tätigkeit, die die Ankläger als verderblich für die Jugend ansahen.“[48] Und worin auch immer die Motivation für die Anklageerhebung gelegen haben mag – so wäre es denkbar,

dass Sokrates seine guten Beziehungen zu bestimmten Familien der *Dreißig* nun zum Verhängnis wurden oder die Ankläger ihn „einfach deswegen an[klagten], weil er ihrer Meinung nach der >>letzte Sophist<< war, dessen sie habhaft werden konnten“[49] -, treten doch gewisse Schwächen im Rechtssystem der attischen Demokratie hervor: Wie insbesondere „die mangelnde Definition von Straftatbeständen, für die das Delikt der Asebie mit seiner ‚Unbestimmtheit und Dehnbarkeit‘ ein besonders augenfälliges Beispiel ist; ferner das Verfahren, bei Delikten, für die es keine gesetzliche Strafe gibt, in einer weiteren Runde über alternative Strafanträge abzustimmen“[50], wobei man „auch noch das - von Platon hervorgehobene - Problem nennen [könnte], dass selbst Prozesse, die mit einem Todesurteil enden konnten, innerhalb nur eines Tages abzuschließen waren.“[51] Der Prozess gegen den in seinen Augen unschuldigen Sokrates war für Platon also der wesentliche Anlass, der athenischen Politik endgültig den Rücken zu kehren, wobei ein weiterer Beweggrund gewesen sein mag, dass die athenische Demokratie „ihm wohl nicht die rechte Betätigungsmöglichkeit [anbot], da er sich entweder als Volksredner hätte hervortun oder hätte warten müssen, bis ihn das Los für irgendein exekutives Amt bestimmte.“[52]

Unabhängig von letztgenannter Spekulation kann man dem *Siebten Brief* entnehmen, dass aus Platons Sicht die „Verderbnis in der Gesetzgebung und allgemeinen Sittlichkeit in erschreckender Weise zu[nahm]“[53], so dass er bezüglich aller gegenwärtigen Staatswesen „den Eindruck [bekam], daß sie alle elend miteinander regiert seien. Denn ihre Gesetzgebung liegt völlig unheilbar darnieder“[54].

Anschließend kommt er auf die in seiner *Politeia* ausformulierten Gedanken zu einem Philosophenstaat kurz zu sprechen: So sah er sich laut eigenen Aussagen gezwungen, nur noch „die wahre Philosophie anzuerkennen und festzustellen, daß man allein von ihr vollständig erkennen könne, worin Gerechtigkeit im Staat und Privatleben bestehe“[55] und hielt nur das Szenario, dass „ein Schlag wahrer und echter Philosophen an die Staatsverwaltung gelangt, oder [...] die regierenden Kreise in den Städten durch ein göttliches Wunder ernsthaft zu philosophieren begännen“[56], für die Lösung der von ihm aufgezählten Probleme. Wenn man Platons Schilderungen im *Siebten Brief* Glauben schenken mag, war die politische Situation in der wiederhergestellten attischen Demokratie äußerst krisenhaft. Zumindest für die Zeit kurz nach dem Sturz der *Dreißig* mag das zutreffend gewesen sein. Denn der vorausgehende, viele Jahre anhaltende

Krieg, die bittere Niederlage gegen Sparta und die darauf folgende Oligarchenherrschaft waren einschneidende Ereignisse für Athen gewesen, die noch lange Zeit nachwirkten.

Und tatsächlich lässt sich die Kritik Platons an der Demokratie teilweise nachvollziehen, gerade wenn man sich die Phase des *Peloponnesischen Krieges* bis zum Jahre 404 v.Chr. anschaut. In dieser Zeit kam es zu geradezu willkürlich anmutenden Entscheidungen der Volksversammlung wie im Fall des pauschalen Todesurteils gegen die Strategen, die es wegen schlechter Wetterbedingungen in der Seeschlacht bei den Arginusen (406 v.Chr.) versäumt hatten, die vorgeschriebene Bergung der eigenen Toten durchzuführen. Aber auch die Entscheidung im Jahre 411 v.Chr. (ähnlich 404 v.Chr.), die Demokratie abzuschaffen und die Macht für bestimmte Zeit an einige wenige Männer zu übertragen, die dann ihre Herrschaft in Richtung Oligarchie entwickelten, gehört dazu. Das athenische Volk besaß also sogar die Freiheit, die eigene Herrschaftsform durch eine andere zu ersetzen. Diese grenzenlose Freiheit, dass das Volk sozusagen machen bzw. in der Volksversammlung beschließen kann, was es will, ist es auch, die sich in Platons Demokratie-Kritik widerspiegelt.

Denn bei einer solch radikalen direkten Demokratie kann es dann tatsächlich passieren, dass sie in ein anderes Extrem wie die Tyrannis umschlägt und aus der besagten größtmöglichen Freiheit die größtmögliche Knechtschaft wird. Solche Ereignisse, wie die zuvor erwähnten Volksbeschlüsse, mögen Platon darin bestätigt haben, dass es sich bei der Demokratie um eine höchst instabile Herrschaftsform handelt, in der es Demagogen einfach haben, weil das Volk nicht dazu in der Lage ist, verantwortlich mit der eigenen Herrschaft umzugehen. Zum anderen ist jedoch festzustellen, dass gerade das letztgenannte Ereignis des Wandels von Demokratie in Oligarchie zu Konsequenzen führte, indem man nach der Wiederherstellung der Demokratie „auf institutionelle Sicherungen bedacht war, die für die Zukunft einen Sturz der Demokratie ausschließen sollten. Dazu gehören vor allem die Sicherung, Sichtung und Bereinigung des vorhandenen Gesetzesbestandes, die Trennung zwischen höherrangigen *nomoi* als generellen Normen und nachgeordneten *psephismata* als Volksbeschlüssen für den Einzelfall sowie das darauf aufbauende neue Gesetzgebungsverfahren und die Möglichkeit der Anfechtung und Aufhebung von Volksbeschlüssen auf dem Wege der *graphe paranomon*.<sup>[57]</sup>

Durch die Schaffung der Institution der Nomotheten, deren Beschlüsse



Gesetzeskraft besaßen und nicht der Bestätigung der Volksversammlung bedurften, wurde die Macht der Volksversammlung – und der dort auftretenden Stimmführer – relativiert, da sie nur noch nachrangige Gesetze beschließen konnte. Tatsachen wie diese sind es, die solch radikale Kritik Platons an der attischen Demokratie, dass „der Staat [...] in der Freiheit der Tat und [...] des Worts [überquillt], und jedem [...] erlaubt zu tun [ist], was er will“[58], als stark übertrieben und verzerrt erscheinen lässt. Nichtsdestotrotz kann man ihm nicht vorwerfen, dass er der Freiheit grundsätzlich ablehnend gegenüberstand. Vielmehr „kritisiert [Platon] nicht generell die Theorie und Praxis der Freiheit, sondern das Übermaß demokratischer Freiheit.“[59] Ebenso entschieden argumentierte Platon gegen eine demokratische Gleichheit, u.a. deshalb, weil die Menschen in der Demokratie nur abstrakt gleichgesetzt seien, es in Wirklichkeit aber nicht sind.

Und genau hier trifft Platon einen wunden Punkt der athenischen Demokratie. Denn den Athenern ging es darum, „daß jeder Bürger sein politisches Recht nicht nur haben, sondern es auch ausüben können soll.“[60] Doch der Realisierung der Gleichheit aller Bürger standen unüberwindbare Hindernisse im Wege: „Denn die Vorstellung, daß alle Bürger zugleich entscheiden, raten und urteilen sollen, wäre nur zu realisieren gewesen, wenn alle zugleich mit ihrer Mündigkeit ökonomisch unabhängig gestellt worden wären.“[61] So konnten sich beispielsweise Bauern, die die Mehrheit der Bürger bildeten, oft nicht leisten, „anstatt auf dem Felde zu sein, tagelang auf der Pnyx oder Agora zu sitzen oder gar länger dauernde Funktionen als Beamter oder Gesandter zu übernehmen.“[62] Die Einführung von Diäten und deren Ausbau konnten dieses Problem zwar verringern, aber nicht aus der Welt schaffen.

Das alles ist auch nachvollziehbar. Es stützt jedoch Platons Demokratie-Kritik dahingehend, dass er Laien-Politiker, die nebenbei noch anderen Tätigkeiten nachgehen, ablehnte, da er der Auffassung war, dass jemand seine Sache nur dann gut mache, wenn er sich voll und ganz auf diese konzentriere. Dies geht mit seinen Vorstellungen von einem Philosophenstaat einher, wo die Besten, also die Philosophen, herrschen, die Wächter die innere Ordnung des Staates bewahren und diesen nach außen verteidigen und die Bauern, Handwerker und Kaufleute das Volk materiell versorgen sollen. Hier zeigt sich letztlich das „ständestaatliche Muster von der zentral gesteuerten und regulierten gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung nach dem Prinzip der Verantwortung durch ethische und geistig-

philosophische Qualifikation“[63]. Die Gedanken Platons zum Philosophenstaat muten sehr autoritär an, da bei ihm „der Politiker zum politischen Künstler [wird], der eine Masse bilden oder formen muss, ohne dass er auf ihre Zustimmung angewiesen wäre.“[64]

Eine nicht unwesentliche Rolle für dieses Denken spielte sicherlich, dass Platon aus gutem Hause stammte und aristokratisch geprägt war. Denn wenn er in der *Politeia* beklagt, dass in der Demokratie faktisch ungleichen Menschen eine Gleichheit zugesprochen wird, dann meint er nichts anderes, als dass es nun einmal Unterschiede zwischen den Menschen gäbe, wie in der Naturanlage, Herkunft, im Leistungsvermögen und Bildungsstand, die man nicht einfach ignorieren könne, sondern zu berücksichtigen habe. Für ihn zeichnete sich die Masse des Volkes durch mangelnde Bildung und fehlenden Sachverstand aus, was für Platon die Wurzel allen Übels war, da so der Nährboden u.a. für machtgierige Volksverführer und das Abgleiten in die Tyrannis bereitet wäre. Platon setzte dem vermutlich von ihm empfundenen Extrem der direkten Demokratie das Extrem einer äußerst starren staatlichen Hierarchie entgegen, wo jedem eine Aufgabe in Abhängigkeit seiner vermeintlichen Naturanlage zukommen sollte. Es liegt die Vermutung nahe, dass die „Vorzugsstellung einiger innerhalb der Gemeinschaft [...] Platon als zur Natur der Polis gehörig erscheinen“[65] musste, da er „den Naturzustand der Individuen, der beim Menschen immer schon geschichtlich vermittelt ist, in einer bestimmten politischen Überformung vor[ fand], nämlich in der Unterscheidung gewöhnlicher Bürger von den Resten eines alten Geburtsadels und dem neuen Geldadel.“[66] Nicht zufällig mutet das Staatsgebilde, das Platon entwarf, sehr aristokratisch und despotisch an, da insbesondere der Mann an der Spitze, der Philosophenkönig, keiner anderen Kontrolle als seiner eigenen Vernunft unterliegen soll.

### **3. Schlussbemerkung**

Die vorherige Untersuchung der Kritik Platons an der Demokratie hat gezeigt, dass sie von grundsätzlicher Natur war. Nicht zuletzt deshalb, weil er zwei Wesensmerkmale der Demokratie, die Freiheit und Gleichheit, entschieden ablehnte. Für ihn war die Mehrheit des Volkes aufgrund mangelnder Bildung nicht sachverständig genug, um komplexe Entscheidungen treffen zu können. Anstatt dessen sah er nur eine Minderheit im Volk, nämlich nach seinen ethisch-sittlichen Vorstellungen gebildete Aristokraten, dazu in der Lage, kraft ihrer Weisheit bzw. Vernunft zu herrschen. Während die Masse des Volkes nach Lust

und Laune über bestimmte Sachverhalte entscheide, würden die Philosophen dies ob ihres ausgeprägten Sachverständnisses erst nach eingehender Abwägung und Überprüfung aller Argumente unter Maßgabe der Vernunft tun. Platon erschien die Demokratie mit ihren durch Los vergebenen Ämtern, wo die Freiheit für jeden Bürger darin bestünde, in beliebiger Art und Weise heute für dieses und morgen für jenes zu stimmen, als unberechenbar und im höchsten Maße instabil. Daher meinte er, dass die - seiner Ansicht nach - aus der Oligarchie hervorgehende Demokratie notwendigerweise in die Tyrannis führe. Denn die Freiheit, machen zu können, was man will, bewirke laut Platon einen Sittenverfall der Gesellschaft und pure Willkür, die von der Gier nach Macht besessene Demagogen, die Platon im metaphorischen Sinne als Drohnen bezeichnete, dazu ausnutzen würden, das Volk in ihrem Sinne zu verführen und sie dazu zu bringen, nach einem starken Mann, einem Volksführer, zu rufen. Zu dieser Schlussfolgerung mussten ihn insbesondere seine Erfahrungen mit den unruhigen Zeiten des *Peloponnesischen Krieges* kommen lassen, wo beispielsweise die Volksversammlung im Jahre 411 v. Chr. beschlossen hatte, die Demokratie auf bestimmte Zeit abzuschaffen und durch eine oligarchische Herrschaft zu ersetzen. Nicht zuletzt der in seinen Augen ungerechte Prozess gegen seinen Freund Sokrates kurz nach Wiederherstellung der Demokratie war ein wesentlicher Anlass für Platon, sich endgültig aus dem politischen Leben Athens zurückzuziehen. Trotz der teils übertrieben anmutenden Kritik an der Demokratie zeigt Platon mit Blick auf bestimmte Mechanismen vorhandene Schwächen dieser auf, wie beispielsweise die Gefahr, die von Demagogie und fehlenden institutionellen Sicherungen ausgehen kann. Da für Platon alle Staatswesen seiner Zeit, also nicht nur die Demokratie, verkommen waren, entwickelte er mit seinem Philosophenstaat einen sehr autoritär und despotisch erscheinenden Gegenentwurf, der vorsah, dass nur Wenige zur Herrschaft befähigt seien, nämlich die entsprechend gebildeten Philosophen, die nur vor ihrer eigenen Vernunft Rechenschaft über ihr Handeln abzulegen haben.

#### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

Quellen:

Platon: Theaitetos. Der Sophist. Der Staatsmann, hrsg. v. Gunther Eigler, bearb. v. Peter Staudacher, griech. Text v. Auguste Diès, dt. Übers. v. Friedrich Schleiermacher, Darmstadt 1990.

Platon: Der Staat (Politeia), übers. und hrsg. v. Karl Vretska, Stuttgart 2000.

Platon: Der siebente Brief, Übers., Anm. u. Nachw. v. Ernst Howald, Stuttgart 2004.

Thukydides: Geschichte des Peloponnesischen Krieges, übers. und mit einer Einf. und Erl. vers. v. Georg Peter Landmann, München 1993.

Literatur:

Bleicken, Jochen: Die athenische Demokratie, 4., völlig überarb. und wesentlich erw. Aufl., Paderborn 1995.

Bordt, Michael: Platon, Freiburg 1999. Eder, Walter (Hg.): Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v. Chr., Stuttgart 1995.

Görgemanns, Herwig: Platon, Heidelberg 1994.

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Leipzig 1984.

Maurer, Reinhart: Platons ‚Staat‘ und die Demokratie, Berlin 1970.

Meier, Christian: Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte, München 1997.

Mittermaier, Karl / Mair, Meinhard: Demokratie. Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute, Darmstadt 1995.

Suhr, Martin: Platon, 2., vollst. überarb. Aufl., Frankfurt / New York 2001.

Trampedach, Kai: Platon, die Akademie und die zeitgenössische Politik, Stuttgart 1994.

Fußnoten:

[1] Meier, Christian: Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte, München 1997, S. 691.

[2] Ebd. S. 691.

[3] Bleicken, Jochen: Die athenische Demokratie, 4., völlig überarb. und wesentlich erw. Aufl., Paderborn [u.a.] 1995, S. 682.

- [4] Eder, Walter (Hg.): Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v. Chr., Stuttgart 1995, S. 14.
- [5] Bleicken S. 680.
- [6] Ebd. S. 682-683.
- [7] Bordt, Michael: Platon, Freiburg 1999, S. 18.
- [8] Görgemanns, Herwig: Platon, Heidelberg 1994, S. 30-31.
- [9] Platon: Der siebente Brief, Übers., Anm. u. Nachwort v. Ernst Howald, Stuttgart 2004, S. 57.
- [10] Görgemanns S. 20.
- [11] Trampedach, Kai: Platon, die Akademie und die zeitgenössische Politik, Stuttgart 1994, S. 255.
- [12] Anm.: Beim Versuch, seine Vorstellungen eines Idealstaates (Politeia) während der Tyrannis des Dionysios I. und später Dionysios II. in Sizilien in die Realität umzusetzen, scheiterte Platon.
- [13] Platon: Der siebente Brief, Übers., Anm. u. Nachw. v. Ernst Howald, Stuttgart 2004, S. 57-58.
- [14] 7. Brief 352a.
- [15] Politeia 433a.
- [16] Pol. 433b.
- [17] Pol. 473d.
- [18] Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Leipzig 1984, S. 37.
- [19] Anm.: Als *Stratege* (altgriechisch: strategos) wurde im antiken Griechenland ein Heer- oder Flottenführer, aber auch ein hoher Beamter mit militärischen und zivilen Aufgaben bezeichnet. Seit Kleisthenes bestand das sogenannte *Kollegium der 10 Strategen*, das den Oberbefehl in Athen wechselweise innehatte und von großem politischen Einfluss war. Auch Perikles gehörte ihm an.

[20] Thukydides, II, 37.

[21] Politikos 291d-292a.

[22] Mittermaier, Karl / Mair, Meinhard: Demokratie. Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute, Darmstadt 1995, S. 23.

[23] Pol. 557a.

[24] Pol. 558c.

[25] Mittermaier / Mair S. 24.

[26] Pol. 558b.

[27] Pol. 564b.

[28] Pol. 564b.

[29] Anm.: Hier ist die negative Bedeutung des Begriffs gemeint. Während im antiken Griechenland ein einflussreicher Redner in Volksversammlungen als Demagoge bezeichnet wurde, was so viel wie Volksführer heisst, verbindet man den Begriff heutzutage gewöhnlich mit einem Volksverführer/Aufrührer bzw. einem Politiker, der sich der Demagogie bedient.

[30] Pol. 54d-e.

[31] Pol. 565b.

[32] Pol. 565c.

[33] Pol. 565d.

[34] Mittermaier / Mair S. 24.

[35] Ebd. S. 24.

[36] Pol. 559d-e.

[37] Pol. 564a.

[38] Pol. 564a.

[39] Görgemanns S. 22.

[40] Bleicken S. 88.

[41] Ebd. S. 88.

[42] 7. Brief 324c-d.

[43] 7. Brief 324d.

[44] 7. Brief 324d-325a.

[45] 7. Brief 324d-325a.

[46] Anm.: Das *daimónion* war bei Sokrates eine innere Stimme (Gewissen) göttlichen Ursprungs bzw. eine göttliche Eingebung, die ihn vor Verfehlungen bzw. unsittlichen Handlungen warnte.

[47] Meier S. 690.

[48] Ebd. S. 690.

[49] Meier S. 690.

[50] Nippel, Wilfried: Rezension zu: *Heitsch, Ernst (Hrsg.): Platon Werke I 2: Apologie des Sokrates. Übersetzung und Kommentar. Göttingen 2002.* In: H-Soz-u-Kult, 03.09.2004, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-3-130>, Datum: 26.11.2006 (22:10 Uhr).

[51] Ebd. Datum: 26.11.2006 (22:11 Uhr).

[52] Maurer, Reinhart: Platons ‚Staat‘ und die Demokratie, Berlin 1970, S. 44.

[53] 7. Brief 325d.

[54] 7. Brief 326a.

[55] 7. Brief 326a.

[56] 7. Brief 326b.

[57] Nippel, Wilfried: Rezension zu: *Haßkamp, Dorothee: Oligarchische Willkür –*

*demokratische Ordnung. Zur Athenischen Verfassung im 4. Jahrhundert v. Chr.*  
Darmstadt 2005. In: H-Soz-u-Kult,  
13.11.2006, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-4-116>, Datum: 29.11.2006 (16:50 Uhr).

[58] Pol. 557b.

[59] Maurer S. 186.

[60] Bleicken S. 464.

[61] Ebd. S. 464.

[62] Ebd. S. 464.

[63] Mittermaier / Mair S. 26.

[64] Suhr, Martin: Platon, 2., vollst. überarb. Aufl., Frankfurt / New York 2001, S. 123.

[65] Maurer S. 107.

[66] Ebd. S. 107.

---

# **Bakunin-Anarchismus vs. Marx-Kommunismus**

## **Inhaltsverzeichnis**

### **[1. Einleitung](#)**

### **[2. Hauptteil](#)**

#### [2.1 Zur Person Karl Marx](#)

#### [2.2 Zur Person Michael Bakunin](#)

#### [2.3 Der Konflikt zwischen Marx und Bakunin](#)



## [2.4 Vergleich zweier gegensätzlicher Sozialismuskonzeptionen](#)

### [2.4.1 Bakunin-Anarchismus](#)

### [2.4.2 Marx-Kommunismus](#)

### [2.4.3 Bakunin-Anarchismus versus Marx-Kommunismus](#)

## [3. Schlussbemerkung](#)

## [4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

### **1. Einleitung**

In diesem Beitrag sollen die wesentlichen kommunistischen Vorstellungen von Karl Marx und die anarchistischen Ideen Michael Bakunins verglichen werden. Die Motivation für das Verfassen dieser Arbeit ist in meinem Interesse für alternative Gesellschaftsmodelle zu suchen, die ohne den klassischen Staat auskommen und antiautoritärer organisiert sind. Der Konflikt zwischen Marx und Bakunin, die zwei absolut gegensätzliche Sozialismuskonzeptionen vertraten, wurde erstmals in der *Internationalen Arbeiterassoziation* bzw. der *Ersten Internationale* (1864 - 1877) ausgetragen. Diese Auseinandersetzung ist erst kürzlich wieder in der Forschung von Wolfgang Eckhardt thematisiert worden, der in den Bänden 5 und 6 der Reihe *Michael Bakunin - Ausgewählte Schriften* neben einer umfangreichen Einleitung Quellen und Dokumente zur Kontroverse zwischen Marx und Bakunin bis zum Jahr 1870 veröffentlichte.

Als wesentliche Forschungsliteratur, auf der diese Arbeit fußen wird, dient allerdings, da sie näher am Puls der damaligen Zeit und der ausgetragenen Kontroverse liegt, die Schrift *Marx und Bakunin* von dem Zürcher Arbeiterarzt Fritz Brupbacher (1874-1944), das im Jahre 1913 im sozialdemokratischen Birk-Verlag in München erschien und sowohl von Sozialdemokraten als auch Anarchisten mit großer Aufmerksamkeit als auch heftiger Kritik bedacht wurde. Die verwendete Ausgabe ist ein textlich unveränderter Nachdruck von *Marx und Bakunin*, die der Katrin Kramer Verlag im Jahre 1976 mit einem Vorwort von Kurt Lang neu herausgab. Das Werk von Fritz Brupbacher, der zwischen der vorletzten Jahrhundertwende bis zum Zweiten Weltkrieg zu den schillerndsten Figuren der schweizerischen Arbeiterbewegung gehörte, stellte einen wichtigen Beitrag zur Neubelebung und zum Überdenken der bis dahin festgefahrenen Diskussion über den Konflikt zwischen Marx und Bakunin dar. Brupbacher unternahm darin den Versuch, die Beiden „individualpsychologisch zu durchdringen“[1].

Obwohl man annehmen könnte, dass Brupbacher aufgrund seiner anarchischen Grundhaltung und Sympathien für Bakunin parteiisch zu Ungunsten von Marx argumentieren würde, so ist sein aufrichtiges Bemühen erkennbar, auch letzterem gerecht zu werden. Im Folgenden werden zunächst die zwei Protagonisten kurz vorgestellt, deren persönlicher Konflikt umrissen sowie ihre äußerst gegensätzlichen Sozialismuskonzeptionen verglichen und hinterfragt.

## **2. Hauptteil**

### **2.1 Zur Person Karl Marx**

Karl Marx (5.5.1818 – 14.3.1883), der in seiner Jugend Philosophie, Geschichte und Jura studierte, gilt insbesondere wegen zahlreicher Veröffentlichungen wie dem *Kapital*, seinem Hauptwerk, oder dem *Manifest der Kommunistischen Partei*, das er zusammen mit Friedrich Engels (28.11.1820 – 5.8.1895) verfasste, als einer der bedeutendsten Vordenker und Vertreter der neuen Bewegung des Sozialismus, der er mit seinen theoretischen Arbeiten ein wissenschaftliches Fundament schuf: Marx sah den Kommunismus, vereinfacht gesagt, als reale Bewegung an, die infolge der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft einen Zustand der freien Selbstentfaltung des Menschen herbeiführen sollte. Seine materialistische Geschichtsauffassung spiegelt sich unter anderem in der Feststellung wider, dass das gesellschaftliche Sein der Menschen ihr Bewusstsein bestimmt. Er wirkte in der am 28. September 1864 in London gegründeten *Internationalen Arbeiterassoziation*, kurz: *Internationale*, entscheidend mit. Den meisten in jener Zeit entstehenden sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien dienten die Überlegungen von Marx als programmatische Grundlage.

### **2.2 Zur Person Michael Bakunin**

Michail Aleksandrowitsch Bakunin (30.5.1814 – 1.7.1876) studierte nach einer abgebrochenen Offizierslaufbahn Philosophie, zuerst in Moskau, dann in Berlin. Später nahm er im Zuge der späten *Märzrevolution* am Dresdner Aufstand vom Mai 1849 teil, weshalb Gerichte in Sachsen und Olmütz ihn zum Tode verurteilten. Vor der Vollstreckung lieferte man ihn jedoch an Russland aus. In der Peter-und-Pauls-Festung (Sankt Petersburg), wo man ihn festhielt, schrieb er seine revolutionär-anarchistischen Gedanken nieder und sandte diese im Jahr 1857 an Zar Alexander I. als Bittschrift („Beichte“). In Abmilderung seiner Strafe verbannte man ihn nach Sibirien, von wo er 1861 über Japan und die USA nach

London floh. Dort beteiligte er sich an den Vorbereitungen zum polnischen Aufstand von 1863. Als Vertreter des *antiautoritären Sozialismus* begründete Bakunin den *kollektivistischen Anarchismus*. Seine Aktivitäten verhalfen dem Anarchismus zu einer sozialrevolutionären Bewegung, die international organisiert war. Michael Bakunins radikaler Freiheitsanspruch, der ihn zum scharfen Kritiker des Theismus (=der Glaube an einen persönlichen überweltlichen Gott, der die Welt als seine Schöpfung erhält und das Weltgeschehen lenkt) machte, war sein herausragendstes Wesensmerkmal.

### **2.3 Der Konflikt zwischen Marx und Bakunin**

Im Jahre 1844 traf Bakunin erstmals in Paris mit Marx zusammen - bis in die 1860er Jahre herrschte zwischen Marx und Bakunin ein distanziertes, jedoch nicht feindliches Verhältnis. Das schlug jedoch alsbald um: Seit dem Eintreten Bakunins in die *Internationale Arbeiterassoziation* verschlechterte sich die Beziehung zwischen den Beiden mehr und mehr. Worin mag der Grund dafür gelegen haben? Marx wirkte federführend bei der Gründung der *Ersten Internationale* mit - er verfasste nicht nur deren programmatische *Inauguraladresse*, sondern nahm auch eine leitende Funktion ein. Er und Friedrich Engels gehörten dem autoritären Flügel an: sie wollten „den Generalrat zu einem machtvollen Führungsinstrument der Internationale ausbauen [...] und [waren] inhaltlich auf die Eroberung der politischen Macht und die Erreichung materieller Vorteile, wie Lohnerhöhung usw., [für die Arbeiterschaft] ausgerichtet“[2]. Dagegen sprach sich der antiautoritäre Flügel für einen rein technischen Generalrat aus: er wollte einen föderalistischen Aufbau der Internationale und diese „den Arbeitskämpfen als revolutionäres Instrument direkt dienstbar machen [...] und inhaltlich auf eine radikale soziale Revolution“[3] hinarbeiten. Diese unvereinbaren Gegensätze legten bereits den Grundstein für alle zukünftigen Flügelkämpfe. Mit Bakunin trat schließlich auf Seiten der *Antiautoritären* ein impulsiver Agitator, ein Mann von großer Ausstrahlungskraft, der *Ersten Internationale* bei.

Er und Freunde von ihm konstituierten sich zugleich mit der *Alliance de la démocratie socialiste* als „ein Zweig der Internationale und nahmen deren Statuten an.“[4] Marx sah darin offensichtlich die Gefahr, seine dominierende Stellung in der Internationale an Bakunin zu verlieren. Und tatsächlich musste er kurze Zeit später auf dem *Baseler Kongress* eine schmerzliche Niederlage gegen seinen neuen Konkurrenten einstecken: „Die Bakunisten traten für die sofortige

Abschaffung [des Erbrechts] ein, was zur Abstimmungsniederlage der Marxisten führte.“[5] Während der von Marx verfasste Antrag des Generalrates mit klarer Mehrheit abgelehnt wurde, verfehlte der von Bakunin inspirierte nur knapp die absolute Mehrheit. Daran schließt sich eine wahre Anti-Bakunin-Kampagne an: Den Anfang machte die sogenannte „Konfidentielle Mitteilung“ von Marx, in der er Bakunin zu diffamieren versuchte. Unter anderem heißt es dort seitens Marx über Bakunin im Zusammenhang mit dem *Baseler Kongress* wörtlich: „B. setzte eine völlige *Konspiration* ins Werk, um sich die Majorität auf dem Basler Kongreß zu sichern. Sogar an *falschen* Vollmachten fehlte es nicht, wie die des Herrn Guillaume für Locle etc. B. selbst bettelte sich Vollmachten von Neapel und Lyon. Verleumdungen aller Art gegen den Generalrat wurden ausgestreut.“[6]

Seinen vorläufigen Höhepunkt fand die marxsche Kampagne in der *Allianz-Broschüre*, einer von Marx, Engels und Paul Lafargue verfassten Kampfschrift gegen Bakunin, die von falschen Vorwürfen nur so wimmelte. Dagegen fand Bakunin, trotz dieser erbitterten Polemik gegen ihn, in seiner Darstellung des Konflikts anerkennende Worte für die Verdienste von Marx: Er hatte „Respekt vor Marxens Abstraktionsfähigkeit und seiner Gelehrsamkeit in bezug auf das Generelle, speziell in der Ökonomie“[7]. Auch zeigt Bakunin nicht zuletzt in einem Brief aus dem Jahre 1868 an Marx persönlich seine „Achtung für den wissenschaftlichen Wert von Marxens ‚Kapital‘“[8]. Gleichwohl „empfand [Bakunin] für den Charakter von Marx nie eine große Sympathie“[9]. Marx indes war es zwar nicht gelungen, in der Folge die anarchistischen Ideen aus der Ersten Internationale zu verbannen, jedoch verhinderte er mit der Berufung des nächsten Kongresses der Internationale nach Den Haag im Jahre 1872, dass Bakunin an diesem teilnehmen konnte: Jedermann wusste, dass es ihm nicht möglich war, aus der Schweiz auszureisen, „denn er war schwerkrank und wurde sowohl in Frankreich als auch in Deutschland steckbrieflich gesucht.“[10]

Marx nutzte die ungewollte Abwesenheit von Bakunin, um weitere Propaganda gegen ihn zu machen: Auf dem Kongress wurde dann entschieden, Bakunin und seinen Anhänger James Guillaume aus der Internationale auszuschließen. Das führte zur Spaltung der Ersten Internationale: Die Anarchisten gründeten daraufhin ihre eigene Internationale - Anarchismus und Marxismus gingen nun endgültig ihre eigenen Wege. Jetzt konnte man „von einer eigenständigen anarchistischen Bewegung sprechen“[11]. Es wäre jedoch zu einfach, diese Entwicklungen allein als Resultat eines persönlichen Machtkampfes zwischen

Marx und Bakunin anzusehen: Die Ursache dafür liegt vielmehr in dem Zusammenprall zweier zutiefst gegensätzlicher Sozialismuskonzeptionen!

## **2.4 Vergleich zweier gegensätzlicher Sozialismuskonzeptionen**

Wie bereits festgestellt wurde, ist die Spaltung der *Ersten Internationale* nicht vorrangig auf persönliche Differenzen und Machtkämpfe zwischen Marx und Bakunin zurückzuführen – vielmehr ist sie das Ergebnis zweier sich unversöhnlich gegenüberstehender Sozialismuskonzeptionen. Auf eine knappe Formel zusammengefasst: *Bakunin-Anarchismus vs. Marx-Kommunismus*.

### **2.4.1 Bakunin-Anarchismus**

Michail Aleksandrowitsch Bakunin strebte eine klassen- und staatenlose Kollektivordnung an: er „entwickelte [...] die Vision einer internationalen Revolution, die weltweit mit allen staatlichen Institutionen und sozialen Zwangsverhältnissen Schluß machen soll“[12]. Seines Erachtens müsse sich diese Revolution durch einen vitalen Aufbruch aus den Kreisen des Volkes (gemeint als Gegensatz zu den Herrschenden bzw. Führungseliten!) vollziehen, der zu freiheitlichen Formen gesellschaftlicher Organisation führe: „zur Verwaltung des öffentlichen Lebens durch Delegierten-Komitees, zur Bildung von unabhängigen Kommunen (Gemeinden und Kreisen), zu einer groß angelegten Förderierung aller Initiativen, mit einem Wort: zur Anarchie.[13]“ Nur so sah Bakunin die Schaffung von vollkommener Freiheit gewährleistet. Dabei kam für ihn auch eine Art von revolutionärer Staat nicht in Frage. Er schloss die Verwirklichung der ganzen Freiheit in einem reformierten bürgerlichen Staat aus, da dieser „durch »die sogenannten praktischen Tagesnotwendigkeiten« der Realpolitik die Einlösung der sozialrevolutionären Forderungen nur hinauszögere.“[14]

Bakunin kritisierte die ganze Palette autoritärer Gesellschaftskonzepte, ob nun das Prinzip des Zentralismus, die rousseausche Lehre vom Gesellschaftsvertrag oder religiöse Formen, und stellte jedweden Legitimationsversuch der Herrschaft von Menschen über Menschen in Frage. Er sprach von einer Pseudovolksvertretung bei den Regierenden des bürgerlichen Staates, der „Verwaltung einer Mehrheit durch eine Minderheit im Namen der angeblichen Dummheit ersterer und der angeblichen Weisheit Letzterer“[15], einer Handvoll Privilegierter, die sich auf einen Pseudo-Volkswillen stützen. Bakunin trat dagegen für die Gründung der *Vereinigten Staaten von Europa* ein, die jedweder

Form von Staat entbehrten. Er proklamierte das Prinzip „der freie[n] Föderation der Individuen“[16]. Ein wichtiger Punkt der sogenannten Prinzipienklärung der von ihm gegründeten *Liga für Friede und Freiheit* zum Thema *Die Vereinigten Staaten von Europa* war, „daß kein zentralisierter, bürokratischer und eben dadurch militärischer Staat, selbst wenn er sich als Republik bezeichnet, in ernsthafter und aufrichtiger Weise einem internationalen Bund beitreten kann.“[17] Zudem forderten Bakunin und seine Anhänger die Abschaffung eines sogenannten *historischen Rechts* der Staaten.

Der Staat müsse „sich selbst in der nach Maßgabe der Gerechtigkeit frei organisierten Gesellschaft auflösen“[18]. In der Beseitigung der Zentralstaaten sah Bakunin die Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich die „ideale Gesellschaft, die freie Vereinigung aller freien Einheiten, die von unten nach oben organisiert seien, entwickeln“[19] könne. Sowohl die freie Vereinigung als auch umgekehrt die freie Abspaltung sollte das wichtigste politische Recht dieser Einheiten sein. Eine Kernforderung von Bakunin, die all diesen Vorstellungen zugrundelag, war, dass „jedes Volk, jede Provinz und jede Gemeinde das absolute Recht [haben müsse], frei, autonom zu sein, zu leben und sich zu regieren nach eigenem Willen.“[20] Dabei setzte er voraus, dass jede Einheit aus eigenem Antrieb heraus nicht nur ihre Freiheit, sondern auch die anderer Einheiten schützen werde, wenn diese angetastet würde.

Hinsichtlich seiner kollektivistischen Vorstellungen im ökonomischen Sinne sprach Bakunin vom „ökonomisch notwendige[n] Prinzip der kollektiven Bebauung des gemeinsamen Bodens [...] das Prinzip, nach dem der Ertrag oder sein Gegenwert gleichmäßig verteilt wird“[21], und zwar nicht nach juristischer, sondern rein menschlicher Gerechtigkeit, die von den Fähigeren und Stärkeren mehr Arbeit als den Unfähigen und Schwächeren verlangt sowie den Lohn nicht nach dem Arbeitsmaß, sondern den Bedürfnissen jedes Einzelnen verteilt. Außerdem meinte Bakunin, dass die Ideen des Anarchismus jedem Menschen „als der klare, vollkommene und logische Ausdruck seines eigenen Instinkts“[22] innewohnen würden und „die Volksmassen die Freiheit, nach der sie dürsten, [...] mit Gewalt erobern“ müssten: „indem sie ihre elementaren Kräfte außerhalb des Staates und gegen ihn organisieren müssen.“[23]

## **2.4.2 Marx-Kommunismus**

Mit der *Kritik der politischen Ökonomie*, die im *Kapital* niedergeschrieben ist,

beabsichtigte Karl Marx den Nachweis zu erbringen, dass die Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion nur für eine historisch begrenzte Phase Geltung haben und insbesondere durch ihre Entfaltung auf ihre eigene Aufhebung und damit eine sozialistische Gesellschaftsordnung hinwirken. Er bemerkte im *Nachwort zur zweiten Auflage des Kapitals*, dass er bei der Abfassung desselbigen eine dialektische Methode zur Anwendung bringe, die das direkte Gegenteil von der des Philosophen Friedrich Wilhelm Hegel sei: Während für Hegel „der Denkprozeß [...] der Demiurg des wirklichen [wäre], das nur seine äußere Erscheinung bildet“[24], ist bei Marx „umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle.“[25] Auf die praktischen Verhältnisse, die Marx zu analysieren gedachte, geht er im Nachwort auch ein.

So stellte er u. a. fest, dass die moderne Industrie einen periodischen Zyklus durchlaufe, deren Gipfelpunkt eine allgemeine Krise wäre: „sie ist wieder im Anmarsch, obgleich noch begriffen in den Vorstadien“[26]. Die Kritik von Marx zielte auf das real existierende kapitalistische Wirtschaftssystem ab, das zur Ausbeutung der Arbeiterklasse führe. In seinen Augen entwickelt die „kapitalistische Produktion [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“[27] Nach Marx stellte die ideelle Gleichstellung aller Menschen nach dem Bürgerrecht den Gegensatz von Arbeit und Besitz her – die gleiche Behandlung von materiell ungleich Ausgestatteten schaffe die Voraussetzung dafür, dass sich die ökonomischen Unterschiede zum Schaden der Lohnarbeiter auswirkten. Das Recht auf Eigentum sorge insofern für die Eigentumslosigkeit der überwiegenden Mehrheit der Menschen, da sie so nicht über die Produktionsmittel verfügen könnten.

Daher hänge das Maß der Freiheit des Einzelnen von dem Umfang seiner ökonomischen Mittel ab: Für Marx war der Arbeiter allein „frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen.“[28] Er hielt den bürgerlichen Staat – ebenso wie Bakunin – für eine Pseudo-Demokratie, die als eine Art von politischem Oberbau zur Wahrung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und damit der Unterdrückung der Proletarier (Arbeiter) diene. Alles sei zu Gunsten des Wirtschaftswachstums darauf ausgerichtet, die

Gewinne der Kapitalisten zu maximieren, wobei die Arbeiter möglichst lange und intensiv bei geringen Löhnen arbeiten müssten. Marx prophezeite, dass der Kapitalismus an einer Abfolge von durch ihn selbst hervorgerufener ökonomischer Krisen zugrunde gehen wird: die Schere zwischen Arm und Reich, die Verelendung, würde immer größer und damit auch der Unmut des Proletariats, das sich schließlich in revolutionärer Form der Produktionsmittel bemächtigen und diese vergesellschaften werde: daraufhin folge eine *Diktatur des Proletariats*. Gleichzeitig käme es zur Abschaffung der Kapitalistenklasse. Von jetzt an wäre die Arbeit ausschließlich ein Mittel zum Zwecke der Bereicherung der allgemeinen Lebensverhältnisse, statt zur Vermehrung des Kapitals. Am Ende dieses Prozesses stände das Absterben des Staates und der Beginn des sogenannten *Reichs der Freiheit*: Ist die Arbeit in der ersten Phase des Kommunismus noch eine Notwendigkeit, um zu überleben, wird sie in der zweiten durch die Verkürzung des Arbeitstages eine sinnstiftende Tätigkeit, „wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört“[29].

### **2.4.3 Bakunin-Anarchismus vs Marx-Kommunismus**

Nachdem wir die Grundelemente der beiden Sozialismuskonzeptionen näher betrachtet haben - natürlich nicht bis ins letzte Detail, da dies den engen Rahmen dieser Arbeit sprengen würde -, gilt es nun, diese miteinander zu vergleichen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass zwischen Marx und Bakunin eine nicht unbedeutende Verbindung besteht: beide waren Materialisten, sahen die Ökonomie als Basis der Gesellschaft an, setzten sich für die Abschaffung des Kapitalismus sowie jeder Art von Staatsreligion ein und sprachen beim bürgerlichen Staate von einer Pseudo-Demokratie. Die dramatischen Gegensätzlichkeiten zwischen den Vorstellungen von Marx und Bakunin treten dagegen besonders bei der Rolle des Staates in einer postkapitalistischen Gesellschaft hervor: So war Marx der Auffassung, das Proletariat müsse den bürgerlichen Staat erobern und zum Instrument seines Befreiungskampfes umfunktionieren. Bakunin trat dagegen für die Zerschlagung des Kapitalismus und des Staates in ein und derselben Revolution ein. Er wehrte sich vehement gegen einen Staatssozialismus, „den Sozialismus im Sinne des kommunistischen Manifestes, der alle Kräfte der Gesellschaft im Staate konzentrieren wolle und somit die Verneinung aller Freiheit sei.“[30]

Hier wird deutlich, dass bei Bakunin die *Idee der absoluten Freiheit* in den Vordergrund tritt, während es bei Marx die der *ökonomischen Gleichheit* ist.



Marx konstatiert, dass der Staat zunächst noch aufrechterhalten werden müsse, um zu regieren und die Produktionsmittel zu zentralisieren: zu dieser autoritären Überwachungs- und Leitungsfunktion gehöre die Kontrolle und Planung der Produktion. Dieser politischen Übergangsphase, der *revolutionären Diktatur des Proletariats*, folge schließlich eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist.“[31] Diese neue Gesellschaft funktioniere im Sinne: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“[32] Demgegenüber forderte Bakunin die „gänzliche Beseitigung des Prinzips und der Vormundschaft des Staates.“[33]

Er wollte die Gesellschaft „von unten nach oben [organisieren], auf dem Weg der freien Vereinigung und die Abschaffung des individuellen und erblichen Eigentums, das eine Staatsinstitution sei.“[34] Wahrlich von prophetischem Gehalt, schaut man sich einmal spätere Staatssysteme (wie in der damaligen Sowjetunion) des real existierenden Kommunismus an, ist die geäußerte Kritik Bakunins, dass eine Regierung im Staatskommunismus „eine einzige Staatsbank gründen [werde], die die ganze kommerziell-industrielle, landwirtschaftliche und sogar wissenschaftliche Produktion auf sich konzentriert“[35], wobei das Volk in zwei Armeen aufgeteilt würde: nämlich in eine industrielle und eine landwirtschaftliche, die unter dem Kommando einer neuen privilegierten wissenschaftlich-politischen Klasse stehe: den staatlichen Ingenieuren. In Anbetracht dieser Vorstellungen von Marx und Bakunin kann man deren unterschiedliche Konzeptionen gut und gerne auch *anarchischer Föderalismus* versus *Staatssozialismus* nennen! Der freiheitsliebende Bakunin empfand eine tiefe Abneigung gegen die autoritären, allzu wissenschaftlichen Ideen von Marx – bei aller Wertschätzung für dessen Abstraktionsfähigkeit und Gelehrsamkeit in Bezug auf die Ökonomie: denn im Sinne der Marxschen Vorstellungen wäre das *Individualbewusstsein* der Menschen während der *Diktatur des Proletariats* dem *Klassenbewusstsein* zum Opfer gefallen.

Versucht man, die beiden Protagonisten individualpsychologisch zu durchdringen, kommt man zu folgendem Schluss: Marx betrachtete die Welt hauptsächlich in der Rolle des Wissenschaftlers, der seinen Fokus auf das Allgemeine legte, Bakunin dagegen mehr als Künstler, der seinen Blick auf das Individuelle richtete.[36] Marx diene „seine Theorie als [...] Leitfaden seines Handelns“[37], während Bakunins Leitfaden „der Wille zur Freiheit, den er in sich und in aller lebendigen Substanz sah“[38], war. Bakunin meinte, „daß das natürliche und

gesellschaftliche Leben immer dem Denken vorausgeht, welches nur eine seiner Funktionen, nie aber sein Resultat sein wird“[39], dass sich das Leben niemals aus abstrakten Reflexionen entfalte - wozu man die Theorien von Karl Marx zählen kann - und selbst „die rationalste und tiefsinnigste Wissenschaft [...] nicht die Formen des zukünftigen gesellschaftlichen Lebens erahnen“[40] kann. Das Erkennen dieser fundamentalen Unterschiede im Wesen und Weltbild der Beiden kann zum besseren Verständnis ihrer verschiedenen Denkweisen und scharfen Auseinandersetzungen dienen. Abschließend sei noch gesagt, dass Marx und Bakunin auf dem Felde der Politik zwar die wichtigen Ideengeber zweier gegensätzlicher Sozialismuskonzeptionen, jedoch keine einsamen Helden waren, die sich auf der Weltbühne duellierten: es gibt weitaus mehr Akteure, zu nennen ist z. B. Friedrich Engels als enger Freund und Mitstreiter von Karl Marx, die eine nicht unwesentliche Rolle spielten. Welche der beiden in dieser Arbeit behandelten Sozialismusströmungen im weiteren Verlauf der europäischen Geschichte zunächst einmal die breitere Manifestierung in Politik und Gesellschaft fand, lässt sich mit dem Verweis auf die Entwicklungen Anfang des 20. Jahrhunderts leicht beantworten: Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich beide auf Marx beriefen, prägten die Parteienlandschaft, während die Bewegungen der Anarchisten keine bedeutende Rolle mehr spielten: sie wurden u. a. in Russland von den Kommunisten verdrängt und in sogenannten Säuberungsaktionen gegen Ende der russischen Revolution gewaltsam niedergeschlagen. Auch heutzutage nehmen die Vertreter des Anarchismus gesamtgesellschaftlich eine Minderheitenposition ein.

### **3. Schlussbemerkung**

Bei der Gegenüberstellung von *Marx-Kommunismus* versus *Bakunin-Anarchismus* haben sich neben einigen Gemeinsamkeiten wie die Kritik an einer Pseudo-Demokratie im bürgerlichen Staate, dem Willen zur Abschaffung jeder Form von Staatsreligion oder dem Faktum, dass sowohl Marx als auch Bakunin die Ökonomie als Grundlage jeder funktionierenden Gesellschaft ansahen, vor allem klare Gegensätze feststellen lassen: Während Marx den Staat als Mittel zum Zwecke der Auslöschung der Bourgeois-Herrschaft und der Befreiung des Proletariats einzusetzen gedachte, wollte Bakunin diesen sofort in ein- und derselben Revolution vernichten, da er sich im Sinne einer *Idee der absoluten Freiheit* gegen jeden Zentralismus wandte und für eine freie Organisation der Gesellschaft von unten nach oben eintrat.

In der *Ersten Internationale* war diese Unvereinbarkeit der ideologischen Vorstellungen von einem sozialistisch-zentralistischen Staat auf der einen und eines freiheitlich-föderalistischen Sozialismus auf der anderen Seite mit einem Zusammenprall von libertär-sozialrevolutionärem (Bakunin) und politisch-parlamentarischem Flügel (Marx) verbunden, der schließlich zu deren Spaltung führte. Bakunin lehnte die Forderung von Marx nach einer *Diktatur des Proletariats* sowie die führende Rolle einer revolutionären Kaderpartei ebenso wie staatliche Hierarchien ab, da für ihn jede Art von Staat die Verneinung der individuellen Freiheit bedeutete. Er setzte auf dezentrale, kollektive und konsensuale Entscheidungsstrukturen. Grundsätzliche Einigkeit zwischen *Bakunin-Anarchismus* und *Marx-Kommunismus* bestand in der Einschätzung, dass die Notwendigkeit einer sozialen Revolution bestehe, die eine radikale Umwälzung der Besitzverhältnisse zu bewirken habe – dazu gehörte auch die von den Anarchisten geteilte Zielvorstellung des Kommunismus von einer klassenlosen Gesellschaft. Hinsichtlich der Realisierbarkeit der unterschiedlichen Auffassungen ist festzustellen, dass es Marx – im Gegensatz zu Bakunin – mit seinen kommunistischen Theorien gelang, breite Massen der Arbeiterbewegung, denen er eine für sie nachvollziehbare Zukunftsperspektive aufzeigte, anzusprechen.

Er arbeitete systematisch reflexiv und analysierte die bestehenden Verhältnisse, um daraus seine strategisch-langfristigen Überlegungen zu entwickeln. Aus heutiger Perspektive ist aber vor allem zu kritisieren, dass er nicht die Gefahr sah, dass der von ihm proklamierte sozialistische Staat ebenso diktatorische und oligarchische Strukturen entwickeln könne. Bakunin dagegen war sich dessen nur zu gut bewusst. Sein radikaler Anspruch, die gesellschaftlichen Verhältnisse unmittelbar – notfalls mit Gewalt – im Sinne seiner anarchistischen Ideen zu verändern, könnte man als kurzfristig bezeichnen. Doch im Gegensatz zu Marx war er bekennderweise kein Theoretiker und entwickelte daher auch kein langfristig angelegtes Konzept. Auch ein situationsbedingter Pragmatismus war ihm fremd gewesen. Vor allem seine ungestüme Bedenkenlosigkeit, mit der er die Zerstörung des Bestehenden forderte, traf schon zu damaligen Zeiten auf viel Kritik. In all seinen antiautoritären Vorstellungen und seinem Umgang mit Zeitgenossen spiegelt sich ein unbedingter Trieb zur Freiheit, eine radikale Empörung gegen jede Form der Entmündigung und Entwürdigung des Menschen wider – diese idealistische Haltung war zugleich seine große Stärke, aus der sich seine enorme Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft speiste.

## 4. Quellen- und Literaturverzeichnis

### Quellen:

Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 23, Das Kapital, Bd. I, (Karl) Dietz Verlag, Berlin/DDR 1968.

Michael Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Horst Stuke, Ullstein Verlag, Frankfurt a. Main 1972.

Michael Bakunin: Die revolutionäre Frage. Föderalismus, Sozialismus, Antitheologismus. Aus dem Französischen von Michael Halfbrodt, hrsg. v. Wolfgang Eckhardt, Unrast, Münster 2000. Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 4, Manifest der Kommunistischen Partei, 6. Auflage, (Karl) Dietz Verlag, Berlin/DDR 1972.

Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 19, Kritik des Gothaer Programms, 4. Auflage, (Karl) Dietz Verlag, Berlin/DDR 1973.

Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 16, 6. Auflage, Artikel und Korrespondenzen 1869, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage, (Karl) Dietz Verlag, Berlin/DDR 1975.

Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 25, Das Kapital, Bd. III, (Karl) Dietz Verlag, Berlin/DDR 1983.

### Literatur:

Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976.

Karam Khella: Die erfundene Realität. Die marxistische Wirtschaftstheorie. Kritik der Kritik der politischen Ökonomie. Theorie und Praxis Verlag, Hamburg 1997.

Walter G. Neumann: Der Kommentar III. Karl Marx: Methode, Geschichtsbegriff, Anthropologie und konkrete Utopie, Verlag für die Gesellschaft, Hannover 1998.

Olaf Gerlach/ Stefan Kalmring/ Andreas Nowak (Hrsg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Zur Aktualität der Kritik der Politischen Ökonomie, VSA-Verlag 2003.

Was ist eigentlich Anarchie? - Einführung in Theorie und Geschichte des Anarchismus, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 2003.

Fußnoten:

[1] Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, Vorwort von Karl Lang, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976, S. V.

[2] Was ist eigentlich Anarchie? - Einführung in Theorie und Geschichte des Anarchismus, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 2003, S. 90.

[3] Ebd. S. 90.

[4] Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976, S. 56.

[5] Was ist eigentlich Anarchie? - Einführung in Theorie und Geschichte des Anarchismus, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 2003, S. 90.

[6] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 16, 6. Auflage, Artikel und Korrespondenzen, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage, Berlin/DDR 1975, S. 411.

[7] Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976, S. 89.

[8] Ebd S. 89.

[9] Ebd S. 85.

[10] Was ist eigentlich Anarchie? - Einführung in Theorie und Geschichte des Anarchismus, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 2003, S. 91.

[11] Ebd S. 92.

[12] M. Bakunin: Die revolutionäre Frage. Föderalismus, Sozialismus, Antitheologismus. Aus dem Französischen von Michael Halfbrodt, hrsg. v. Wolfgang Eckhardt, Münster 2000, S. 9.

[13] Ebd S. 9.

[14] Ebd S. 10.

[15] Michael Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Horst Stuke, Frankfurt a. Main 1972, S. 564.

[16] Ebd S. 32.

[17] M. Bakunin: Die revolutionäre Frage. Föderalismus, Sozialismus, Antitheologismus. Aus dem Französischen von Michael Halfbrodt, hrsg. v. Wolfgang Eckhardt, Münster 2000, S. 31.

[18] Ebd. S. 60.

[19] Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976, S. 52.

[20] Ebd. S. 52.

[21] Michael Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Horst Stuke, Frankfurt a. Main 1972, S. 562.

[22] Ebd. S. 643.

[23] Ebd. S. 604.

[24] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 23, Das Kapital, Bd. I, Berlin/DDR 1968, S. 27.

[25] Ebd S. 27.

[26] Ebd S. 28.

[27] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 23, Das Kapital, Bd. I, Berlin/DDR 1968, S. 530.

[28] Ebd. S. 183.

[29] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 25, Das Kapital, Bd. III, Berlin/DDR 1983, S. 828.

- [30] Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976, S. 56.
- [31] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 4, Manifest der Kommunistischen Partei, 6. Auflage, Berlin/DDR 1972, S. 482.
- [32] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 19, Kritik des Gothaer Programms, 4. Auflage, Berlin/DDR 1973, S. 21.
- [33] Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976, S. 56.
- [34] Ebd. S. 56.
- [35] Michael Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Horst Stuke, Frankfurt a. Main 1972, S. 617.
- [36] Vgl. Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, hrsg. v. Katrin Kramer Verlag, Berlin 1976, S. 85.
- [37] Ebd. S. 85.
- [38] Ebd. S. 85.
- [39] Michael Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Horst Stuke, Frankfurt a. Main 1972, S. 563.
- [40] Ebd. S. 636.